Die Formen der neuzeitlichen Arbeiterbewegung

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines doctor rerum politicarum
der hohen juristischen Fakultät der Universität Bern
vorgelegt

von

Hermann Krueger
aus Riga

Weinfelden
A.-G. Neuenschwander'sche Verlagsbuchhandlung
1929

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhalts-Verzeichnis.

Einleitung 5

Erstes Kapitel.

Die Genossenschaften 7

I. Grundsätzliches 7
II. Die Konsumgenossenschaften 8
1. Die geschichtliche Entwicklung 8
a) Großbritannien 8
b) Frankreich 12
c) Deutschland 14
d) Schweiz 17
e) Belgien 22
2. Das Wesen der Konsumgenossenschaft 23
3. Die volkswirtschaftliche Bedeutung 25
III. Die Produktivgenossenschaften 26
IV. Die internationale Genossenschaftsbewegung 28
V. Zahlenmäßige Angaben 35

Zweites Kapitel.

Die Gewerkschaften 41

I. Die Entstehung 41
II. Die geschichtliche Entwicklung 41
1. Großbritannien 41
2. Frankreich 47
3. Deutschland 51
4. Internationale Verbindungen 68
III. Organisation und Verfassung 76
IV. Die Ziele der Gewerkschaftsbewegung 80
1. Das Koalitionsrecht 80
2. Die weiteren Ziele 80
a) Allgemeine Fürsorgetätigkeit 80
b) Beeinflussung des Arbeitsmarktes 81
c) Leben und Gesundheit des Arbeiters 82
d) Die Arbeitszeit 82
e) Der Lohn 84
f) Das Mitbestimmungsrecht 87

V. Mittel und Wege des gewerkschaftlichen Strebens und Ringens 87
VI. Zahlenmäßige Angaben 94

Drittes Kapitel.

Die sozialistische Partei 95
I. Die marxistische Lehre 95
II. Ihre Entwicklung 96
1. Großbritannien 96
2. Frankreich 102
3. Deutschland 108
4. Die Internationale 114

Viertes Kapitel.

Schlußbetrachtung 117
Literatur- und Quellenengabe 123

Einleitung.

Dem modernen Proletariat genügen nicht die bekannten sozialpolitischen Reformen, es sieht in seinen zur Selbsthilfe geschaffenen Organisationen eine der wichtigsten Maßnahmen zur Umgestaltung seiner Lage.

Drei Hauptgruppen der Arbeiterorganisation sind vor allen Dingen zu unterscheiden. Die eine versucht die Existenzmöglichkeit des Arbeiters zu verbessern, indem sie ihm in der Hauptsache den Lebensmittel- und Warenbezug durch Ausschaltung des Zwischenhandels ermöglicht, zum Teil aber auch den Arbeiter zum Besitzer seines Produktes machen, den Unternehmer ausschalten will. Dabei tritt sie nicht als Zwangskorporation auf, sondern als freies wirtschaftliches Gebilde. Hier haben wir den großen Komplex der Genossenschaftsbewegung vor uns, deren Hauptaufgabe auf wirtschaftlichem Gebiet liegt. Wichtig für den neuzeitlichen Lohnarbeiter ist der Konsumverein und die Produktivgenossenschaft. Oft werden auch Baugenossenschaften als Arbeitergenossenschaften genannt. Sie verlangen aber zu große Beträge von ihren Mitgliedern, so daß sie praktisch für den Arbeiterstand nicht von Bedeutung sind; sie kommen mehr für die mittleren Schichten der Bevölkerung in Frage.

Eine andere Gruppe will auf den Abschluß eines für den Arbeiter günstigen Tarifvertrages Einfluß gewinnen (Gewerkschaften).

Genossenschaftswesen und Gewerkschaftsbewegung stehen aber auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftform, wenn sie diese auch oft negieren. Sie wollen in der Zeit des Kapitalismus dem Arbeiter förderlich sein und sind rein wirtschaftliche Kampforganisationen der Arbeiter.

Ganz anders verhält es sich mit der dritten großen Gruppe der Arbeiterorganisation: der sozialistischen Partei. Diese kämpft für eine ideale Arbeiterpolitik auf dem postulierten Boden einer neuen Wirtschaftsform.

Außer diesen Koalitionskomplexen trifft man noch Vereinigungen von Arbeitern zu Bildungs-, Sport- und ähnlichen Zwecken an. Diese wollen im Grunde genommen nur die außerdienstliche Zeit des Arbeiters verbessern, das Proletariat geistig und körperlich heben. Sie dienen ausschließlich der Gesinnungspflege. Man nennt diese mannigfaltigen Organisationen kurzweg Arbeitervereine. In der Arbeiterbewegung spielen sie keine große Rolle; nur eine Minderheit von Proletariern sammeln sie unter ihre Banner. Meist stehen diese Arbeitervereine in planmäßigen Beziehungen zu den Gewerkschaften oder politischen Parteien, sind Anhängsel von diesen.

Erstes Kapitel.

Die Genossenschaften.

I. Grundsätzliches.

Wenn wir die Genossenschaften als Form der neuzeitlichen Arbeiterbewegung betrachten, so müssen wir uns hauptsächlich mit zwei Arten der Genossenschaftsbewegung befassen. Nur die Konsumvereine und die Produktivgenossenschaften spielen für den Arbeiter heute eine große Rolle. In allen anderen Genossenschaften ist er entweder gar nicht oder nur sehr schwach vertreten. Diese beiden Arten von Genossenschaften sind aber tatsächliche Formen der Arbeiterbewegung.

Die Entstehung der «Genossenschaften war an zwei Voraussetzungen geknüpft: in formalrechtlicher Hinsicht an die Entstehung des modernen Staates, das Aufhören jeder Form von Unfreiheit, und die Gewerbefreiheit, durch die die Grenzen beseitigt werden, die der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit der Bürger in früheren Epochen gesetzt waren. In wirtschaftlicher Hinsicht sind die Genossenschaften ein Kind der kapitalistischen Entwicklung, die die Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft umformt, ein von der Verwertung seiner Arbeitskraft im kapitalistischen Großbetrieb lebendes Proletariat schafft und besondere Bedürfnisse bei den Handwerkern in den Städten und Bauern auf dem Lande hervorruft, deren Befriedigung zur Aufgabe der Genossenschaften wird[1]).»

[1]) Müller August, Genossenschaftswesen. Teubners Handbuch der Staats- und Wirtschaftskunde. Abt. 2. Band I. Heft 5, Seite 39. Leipzig und Berlin 1924.

Somit verdanken die Genossenschaften als Formen der Arbeiterbewegung ihre Entstehung Selbsthilfeakten des besitzlosen Proletariats, das durch Zusammenschluß seiner schwachen zersplitterten Einzelkräfte eine Gesamtgröße schuf. Dieser Zusammenschluß sollte die Durchführung einer die Kräfte des Einzelnen übersteigenden gemeinschaftlichen Tätigkeit ermöglichen.

II. Die Konsumgenossenschaften.

1. Die geschichtliche Entwicklung.

a) Großbritannien.

Großbritannien, das Mutterland der Großindustrie, ist auch die Heimat der Konsumgenossenschaft. In den schottischen Textildistrikten wurden die ersten Versuche zur Bildung von Genossenschaften, um den Arbeitern den Lebensmittelbezug zu verbilligen und zu erleichtern, gemacht. Vom ersten Versuch genossenschaftlicher Gründung der Webergenossenschaft in Fenwick bei Kilnmarnock in der Grafschaft Aireshire im Jahre 1769 bis zum Jahre 1844 wurden in England verschiedene genossenschaftliche Experimente unternommen. Die Träger waren vorwiegend Industriearbeiter. Die Gründungen sollten «der Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Ideen dienen, die damals den Arbeiter erfüllten»[2]). Das Ergebnis war nicht befriedigend, das Ziel war zu weit gesteckt. Die Arbeiter, mit ihnen die Genossenschaften, wurden in die politischen Kämpfe hineingezogen, was seinen Ausdruck in den stürmischen Chartistenbewegungen fand.

Zu erwähnen wäre für diese Periode die konsumgenossenschaftliche Bewegung des Arztes William King, der in Brighton einen Konsumverein namens «Union shop» (Verbandsladen) im Jahre 1828 gründete. Er war es, der als erster auf die gewaltige Bedeutung der Konsumgenos-

[2]) Müller August, a. a. O. Seite 40.

senschaften hinwies, daher wird er oft der Vater der Konsumgenossenschaften genannt.

Der große Sozialreformer Robert Owen, der Zeit seines Lebens die Lage des Proletariats zu verbessern versuchte, betrachtete die Konsumvereine noch recht geringschätzig; sie waren theoretisch für ihn nur ein Uebergang zur Produktivgenossenschaft. Im Vergleich mit seinen kommunistischen Gemeinden waren die Konsumgenossenschaften für Owen zu kleinliche Gebilde. Erst seine Schüler wandten sich deren Gründung zu.

Im Jahre 1844 stellte sich die von der Chartistenbewegung enttäuschte Arbeiterschaft wieder auf den Boden der wirtschaftlichen Selbstbetätigung. In Rochdale, einem Textilarbeiterstädtchen in der Nähe von Manchester, litten die Arbeiter sehr unter der Krise und der Arbeitslosigkeit. Sie versammelten sich öfter, um einen Ausweg aus ihrer schweren Lage zu suchen. Hierbei empfahlen einige zur Befreiung aus der Not einen Konsumverein zu gründen. Zunächst stieß dieser Vorschlag auf Widerspruch seitens der Mehrzahl der Arbeiter; man wies auf die eingegangenen Konsumvereine hin. Die Verfechter der konsumgenossenschaftlichen Idee erklärten das Fiasko der älteren Konsumvereine daher, daß sie Waren auf Kredit geliefert, die Genossen die Schulden aber nicht bezahlt hätten; die Leiter wären unerfahren gewesen; die Genossen hätten nicht immer im eigenen Vereinsladen gekauft. Ein Weber namens Charles Howarth, ein Schüler von Robert Owen, machte auf eine, vielleicht die wichtigste Ursache des Mißerfolges der bisherigen Konsumvereine aufmerksam und zwar auf die unzweckmäßige Verteilung des Reingewinns. Den größten Teil desselben erhielt der Genosse, der die meisten Geschäftsanteilscheine besaß, unabhängig davon, ob er im Vereinsladen kaufte oder nicht. Da die Mitglieder oft nicht in ihrem Laden kauften, blieb überhaupt kein Reinertrag übrig. Howarth schlug eine neue Methode der Gewinnbeteiligung vor und zwar nach Maßgabe der Menge des Warenbezuges. Unabhängig von der Höhe der Ge-

schäftsanteile sollte der Anteil am Reinertrage des Genossen, der im Vereinsladen mehr kaufe, größer sein. Die Geschäftsanteile aber sollten nur wie Obligationen zu einem bestimmten Prozentsatz verzinst werden.

Nachdem sie 28 Pfund Sterling unter sich im Laufe eines Jahres gesammelt hatten, eröffneten am 21. Dezember 1844 in einer kleinen Gasse von Rochdale die 28 «redlichen Pioniere», arme Weber und Spinner, ihren winzigen Laden mit einem Warenbestand im Werte von 14 Pfund Sterling. Butter, Zucker, Mehl, Grieß und Kerzen waren die wenigen Artikel, mit denen das Geschäft angefangen wurde.

Diese «redlichen Pioniere» vermieden in ihrer Genossenschaft sämtliche Weltanschauungsfragen politischer und religiöser Art. Sie haben das Organisationsproblem für die Genossenschaften gelöst, sie haben die richtige Verfassungsform gefunden, sie haben zuerst die Grundsätze angewandt, die in der Folgezeit überall Eingang fanden. Ihre Grundsätze sind bis auf den heutigen Tag noch überall dort anzutreffen, wo das Genossenschaftswesen sich erfolgreich entwickelt. Die 36 Artikel der Statuten dienten später den Konsumgenossenschaften der ganzen Welt als Grundlage. Die hauptsächlichsten Grundsätze lassen sich in folgenden sieben Punkten kennzeichnen[3]):

1. Sämtliche Mitglieder, ungeachtet der Höhe ihrer Anteile, sind in der Generalversammlung gleichberechtigt. Sie wählen ihre geschäftsführenden Organe und kontrollieren die Tätigkeit derselben.

2. Der gesamte Betrieb ist nach den Grundsätzen der Lauterkeit und Oeffentlichkeit zu führen.

3. Beim Verkauf der Waren sind ortsübliche Marktpreise zu berechnen.

4. Die Betriebsmittel, Anteilscheine, die ratenweise einzuzahlen sind, werden verzinst. Der Zinsfuß ist aber beschränkt.

---

[3]) Müller August, a. a. O. Seite 40.

5. Barzahlung.

6. Nachdem von den Ueberschüssen ein Teil für Reserve- und andere Fonds, ein Teil für Bildungszwecke[4]) entnommen worden ist, wird der größere Teil verteilt.

7. Keine Einmischung in politische oder religiöse Angelegenheiten. Die Mitgliedschaft ist unabhängig vom politischen, konfessionellen oder sozialen Glaubensbekenntnis.

Somit haben einige arme Weber, indem sie sich genossenschaftlich organisierten, tatsächliche Pionierarbeit für die Konsumgenossenschaften geleistet.

Hier blieb aber diese Bewegung nicht stehen, ein kühnerer Traum sollte erfüllt werden: ohne Kapital wollte man an die Stelle des Kapitalisten, des Großhändlers, des Fabrikbesitzers treten. Hierbei hatten die Anhänger der konsumgenossenschaftlichen Idee zum Unterschiede von den Produktivgenossenschaftern, die die Vergenossenschaftlichung der Produzenten erstrebten, eine solche der Konsumenten im Auge. Daher traten die Konsumvereine bzw. ihre Großeinkaufsgesellschaften als Unternehmer auf und gewährten ihren Lohnarbeitern keine Gewinnbeteiligung.

Die Versuche der christlichen Sozialisten, die in Frankreich aufgekommenen Produktivgenossenschaften auch nach England zu verpflanzen, waren inzwischen fehlgeschlagen. Als die Urheber vom Erfolg des Konsumvereins in Rochdale hörten, stellten sie ihre ganzen Kenntnisse, Beziehungen und Geldmittel in den Dienst der Konsumgenossenschaftsbewegung. Dank den Bemühungen der christlichen Sozialisten wurde vom englischen Parlament im Jahre 1852 das erste Genossenschaftsgesetz verabschiedet. Nunmehr waren die Genossenschaften legalisiert, ihnen wurde das Recht einer juristischen Person verliehen. Die Mitgliederzahl wuchs, mit ihr das gemeinsame Vermögen durch Rücklagen des Unterschiedsbetrages zwischen Einkaufs-

[4]) Für Bildungszwecke wurden satzungsgemäß 2 ½ % benutzt. Vergl. Borght R. van, Grundzüge der Sozialpolitik, Seite 479. Leipzig 1904.

und Verkaufspreis; die Genossenschaft konnte immer mehr im großen kaufen. Bald wurde der Händler im Großhandel ersetzt, es wurden Fabriken angegliedert. An immer zahlreicheren Orten wurden Konsumvereine nach dem Rochdaler Vorbild gegründet. Im Jahre 1864 wurde in Manchester auf Betreiben eines der Pioniere, Greenwood, die englische Großeinkaufsgesellschaft, der Konsumverein der Konsumvereine, für gemeinsamen Masseneinkauf und für gemeinsame Massenproduktion[5]), gegründet. Die schottischen Konsumvereine riefen 1868 ihre Großeinkaufsgesellschaft in Glasgow ins Leben.

Die von Frankreich hereinwirkende Richtung der Produktivgenossenschaften wurde bald ganz überwunden; diese endeten als kapitalistische Unternehmungen oder als Anhängsel der Konsumvereine. Genossenschaftlicher Unterricht soll die Masse und ihr die Führer erziehen. Um den Bedarf und Ueberschuß an Mitteln zwischen den Konsumvereinen zu regulieren, ist ein eigenes Bankgeschäft der Großeinkaufsgesellschaft angegliedert. Gewaltige Warenlager, Einkaufsabteilungen, sowie eigene Fabriken und Plantagen in den Rohstoffländern, eigene Dampfer, eigene Mühlen, teilweise Befriedigung des Wohnungsbedarfs der Mitglieder, eigene Landwirtschaft bringen es dazu, daß bis auf wenige noch fehlende Zweige alles produziert wird, dessen die Mitglieder der Konsumvereine bedürfen.

b) Frankreich.

Charles Fourier war in Frankreich der Vorbote des Konsumvereins- und des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, für die er die eigenartige Bezeichnung «kommunales Kontor» gebrauchte. Sein Prospekt des «kommunalen Kontors» gibt schon einen klaren Umriß der ländlichen Genossenschaften mit ihren Funktionen des Warenbezugs und -Absatzes und der Kreditgewährung. Aber der-

[5]) Wilbrandt Robert, Konsumgenossenschaften, S. 20. Stuttgart 1922.

artige Genossenschaften entstanden in Frankreich erst später. Der erste Konsumverein wurde von Anhängern Fouriers im Jahre 1836 in Lyon gegründet, er führte ein halb illegales Dasein und ging bald wieder ein. Nunmehr beschäftigte man sich in Frankreich nur mit der Produktivgenossenschaft. Erst im Jahre 1885 tauchte wieder das konsumgenossenschaftliche Problem auf und zwar durch die in diesem Jahre durch de Boyve und Fabre gegründete sogenannte Schule von Nîmes, die neue Richtung des Genossenschaftsgedankens, die an die Pioniere von Rochdale anknüpfend die Ideologie der englischen christlichen Sozialisten weiterentwickelte. Der Konsumverein ist nach dieser Schule das Organ der neuen Wirtschaftsordnung, die auf gegenseitiger Mitarbeit der Verbraucher beruht und die gegenwärtige, auf der Konkurrenz der Produzenten beruhende ersetzt. Die Genossenschaft müsse allmenschlich werden, obgleich sie unter Arbeitern entstanden ist. Der Schule von Nîmes trat bald nach ihrer Gründung Charles Gide bei, der zur Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung ungemein viel beigetragen hat.

Vom 28. bis 31. Juli 1885 fand auf Initiative der Schule von Nîmes in Paris der erste Kongreß der Konsumvereine Frankreichs statt, welcher den Anlaß zur Gründung der «union coopérative» gab.

Der Boden der politischen Neutralität des Verbandes wurde aber bald erschüttert. Seit 1888 tauchen klassenkämpferische Genossenschaften auf. Es kam zur Spaltung, im Jahre 1895 bildeten die sozialistischen Konsumvereine ihren eigenen Verband, die «Bourse des sociétés coopératives socialistes de consommation». Zwischen beiden Verbänden entstanden heftige Kämpfe. Hierunter litt die Entwicklung des französischen Konsumgenossenschaftswesens erheblich. Beide Verbände vermochten nicht mal ein Drittel der in Frankreich bestehenden Konsumvereine an sich zu ziehen; von rund 2500 im Jahre 1909 bestehenden Konsumvereinen gehörten nur 400 der Union und

365 der Bourse an[6]). Auf dem Kongreß in Calais erklärte sich 1911 die Bourse für parteipolitisch neutral und gab sich den neuen Namen «Confédération des coopératives ouvrières et socialistes». Im Jahre 1912 söhnten sich beide Richtungen aus, gründeten einen neuen Verband unter dem Namen «Fédération nationale des coopératives de consommation» mit dem Zusatz «Organe d'émancipation des travailleurs» und eine Großeinkaufsgesellschaft, die sich sehr schnell entwickelt hat.

c) Deutschland.

In Deutschland fanden die ersten zaghaften Versuche in der Konsumgenossenschaftsbewegung Mitte der 40er Jahre statt. Sogenannte Sparvereine wurden gegründet; mit den Ersparnissen der Mitglieder wurden im Sommer Wintervorräte gekauft und diese unter die Mitglieder entsprechend den eingezahlten Beträgen verteilt. Urheber dieser Bewegung war der Buchhalter Littke.

Die eigentlichen Begründer des deutschen Konsumgenossenschaftswesens waren jedoch Viktor Aimé Huber, Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Huber besuchte Rochdale und veröffentlichte 1854 die erste ausführliche Beschreibung über das Werk der redlichen Pioniere. Als Kenner der englischen Entwicklung begann er eine Propagandatätigkeit für das Genossenschaftswesen in Deutschland. Zuerst setzte sich Huber für die Gründung von Konsumgenossenschaften ein. Als weitere Phase, wenn sich erst die Arbeiter gewöhnt hätten die notwendigen Lebensbedürfnisse zu günstigen Bedingungen zu erlangen, sah er die Vereinigung der Arbeiterschaft zu Zwecken der Produktion. Huber hielt es aber für unerläßlich, daß sich an den Genossenschaften auch die oberen Gesellschaftsklassen beteiligten; er sah hierin eine Möglichkeit, den Klassenkampf zu beseitigen.

---

[6]) Jacob Eduard, Volkswirtschaftliche Theorie der Genossenschaften, Seite 369. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1913.

Neben dem Theoretiker Huber wirkte als Praktiker Schulze aus Delitzsch, der Vater der deutschen Genossenschaftsbewegung. Im Jahre 1849 gründete er in seiner Heimatstadt eine Kranken- und Sterbekasse für Handwerker und zwei Rohstoffassoziationen für Schuhmacher und Tischler. Um den Kreditmangel seiner Gründungen zu beheben, rief er im Jahre 1850 nach dem Beispiel der Nachbarstadt Eilenburg, in welcher im selben Jahre von Dr. Bernhardi ein Vorschuß- und Konsumverein gegründet worden war, einen Vorschuß- und Sparverein ins Leben. Im Jahre 1852 endlich wurde auf Anregung Hubers von Schulze in Delitzsch der erste Konsumverein gegründet, dem später viele andere folgten. 1859 vereinigte Schulze-Delitzsch seine Gründungen im ersten deutschen Genossenschaftsverband, dem «Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften». Er faßte alle bestehenden Genossenschaftsarten zusammen, da für ihn die ganze Genossenschaftsbewegung eine untrennbare Einheit darstellte. Der Versuch des Verbandes, alle Organisationen zu vereinigen, scheiterte aber an den sozialen Gegensätzen der Handwerker, Bauern und Arbeiter. Die Bauern gehen zuerst ihre eigenen Wege, gründen selbständige landwirtschaftliche Genossenschaften, die sehr mannigfaltig und formenreich sind. Diese Bewegung wurde stark von Raiffeisen beeinflußt, der sich hauptsächlich der Landbevölkerung annahm. Ein charakteristisches Merkmal der Raiffeisenvereine besteht darin, daß sie gleichzeitig mehrere genossenschaftliche Funktionen ausüben; sie sind in der Hauptsache als Darlehenskassen aufzufassen.

Rechtlich wurden in Preußen die Genossenschaften als «erlaubte Gesellschaften des Allgemeinen Preußischen Landrechts» behandelt, daher besaßen sie keine Rechtspersönlichkeit, konnten keine Geschäfte abschließen. Diesem rechtlichen Zustande verdankten die Genossenschaften auch ihre schwankende Stellung, die geändert zu haben das Verdienst von Schulze-Delitzsch ist. Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten wurde mit seiner Hilfe am 27. März

1867 das «Gesetz betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften», das deutsche Genossenschaftsgesetz, durchgesetzt. Nach einigen Ergänzungen und Aenderungen wurde es am 4. Juli 1868 zum Norddeutschen Bundesgesetz erhoben. Nunmehr erst konnte eine Genossenschaft durch die Eintragung in das Genossenschaftsregister die Rechtspersönlichkeit erlangen.

Schulze-Delitzsch, der seine Genossenschaften hauptsächlich für Handwerker ins Leben rief und jede Staatshilfe verwarf, erstand ein heftiger Feind in der Person von Ferdinand Lassalle, der die Bedeutung der Konsumgenossenschaften als Hilfsmittel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse nicht gelten lassen wollte, sondern nur für die Gründung von Produktivgenossenschaften mit materieller Staatshilfe sich einsetzte. Das Verständnis für die Konsumvereine versperrte und diskreditierte für Lassalle und seine Anhänger die Vereinigung der Konsumvereine im «Allgemeinen Verband» unter dem gemeinsamen Namen «Genossenschaften» mit den reinen Handwerkergenossenschaften. Der Geist der deutschen Genossenschaften war ein anderer als in England. Dort wurden sie erfaßt als Selbsthilfe des kleinen Mannes, zur Erhaltung des Handwerkertums. Der Sinn des englischen Vorbildes, freier Aufbau neuer Gemeinwirtschaft an Stelle kapitalistisch vermittelter Tauschwirtschaft, war unvereinbar mit der im «Allgemeinen Verband» herrschenden Auffassung[7]).

Als die Konsumvereinsbewegung energisch zu Großeinkauf und Eigenproduktion schritt, dadurch für die im Allgemeinen Verband vorherrschenden Mittelstandsinteressen bedrohlich anwuchs, wurde im Jahre 1902 auf der Kreuznacher Tagung eine große Zahl solcher Konsumvereine aus dem Verbande ausgeschlossen. Diese ausgeschlossenen Konsumvereine, in denen überwiegend Lohnarbeiter, Beamte und Angestellte tonangebend waren, begründeten 1903 den «Zentralverband deutscher Konsum-

[7]) Wilbrandt Robert, Konsumgenossenschaften, a. a. O. Seite 22.

vereine». Und dieser neue Verband, ungehemmt durch kleinbürgerliche Rücksichtnahme, brachte ein neues Tempo in die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung. Bald entstanden Bäckereien im größten Stil, eine Schlächterei als Riesenbetrieb, gewaltige Wohnungsbauten, eigene Landwirtschaft, die Großeinkaufsgesellschaft, Fabriken. So wächst die deutsche Bewegung dem englischen Vorbild nach.

Obgleich die politische und religiöse Neutralität im allgemeinen von den deutschen Konsumvereinen gewahrt wurde, so vereinigte der Zentralverband meist Konsumvereine, deren Mitglieder sozialistisch orientiert waren. Die Konsumvereine endlich, in denen das katholische Element ein Uebergewicht hatte, schlossen sich zum «Reichsverband deutscher Konsumvereine» zusammen. Somit verteilten sich die deutschen Konsumvereine auf die genannten drei großen Verbände.

Nach der deutschen Revolution (1919) fand ein Massenübertritt der Mitglieder des Schulze-Delitzschen Allgemeinen Verbandes zum Zentralverband statt. Der Allgemeine Verband hörte auf für die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung Bedeutung zu haben, er entwickelte sich immer mehr zum Verband von Kreditgenossenschaften.

d) Schweiz.

Die Umwandlung der landwirtschaftlichen Schweiz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ein industrielles Land begünstigte auch hier das Aufkommen der Genossenschaftsbewegung. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden unter den Konsumenten verschiedene genossenschaftliche Einrichtungen, um gemeinsam einzukaufen und den Zwischenhändler auszuschalten; doch fanden diese Organisationen keine ihren Bestrebungen entsprechende juristische oder ökonomische Form. Zu den am frühesten genannten Vereinen gehören die Konsumgenossenschaften von Genf, Zürich, Schwanden, Mollis (Glarus), Utzenstorf (Kanton Bern) und andere.

So entstand in den 30er Jahren im Kanton Glarus eine Art Konsumgenossenschaft, die sich Aktienbäckerei nannte. In den 40er Jahren verbreitete die allgemeine Teuerung die genossenschaftliche Idee, es kamen Brotgenossenschaften auf, die sich Fruchtvereine nannten. Doch diese schwachen und losen Vereinigungen haben für die Gegenwart keinerlei Dokumente hinterlassen.

Der erste Konsumverein, über dessen Prinzipien und Funktionen wir uns unterrichten können, ist die im Jahre 1847 in Basel entstandene «Allgemeine Arbeitergesellschaft». Ihr Hauptzweck war der gemeinsame Einkauf und die Belieferung der Mitglieder mit Brot und anderen Lebensmitteln zu billigen Preisen. Der Ueberschuß scheint im Verhältnis zu den Bezügen erstmalig in der Schweiz verteilt worden zu sein, obgleich die «redlichen Pioniere von Rochdale» hier noch unbekannnt waren.

Die nächste Vereinigung war der Züricher Konsumverein, der im Jahre 1851 von acht Personen, unter ihnen Karl Bürkli und Treichler, als bescheidene Einkaufsvereinigung gegründet wurde. Die Eigentümlichkeit dieses Vereins war der Grundsatz der Verzinsung der Anteilscheine nur auf Verlangen des Mitgliedes und des Verkaufs zu niedrigen Preisen, infolgedessen gab es keine Rückvergütung. Der materielle Erfolg dieses Konsumvereins war anfangs außerordentlich. Infolge des vollständigen Fehlens eines wirklichen Betriebskapitals wurde aber der Verein gezwungen, sich eine solide Basis durch Anlehnung an einen Garantieverein zu sichern. Nun glitt er ins kapitalistische Fahrwasser, innere Zwistigkeiten traten hinzu, und zehn Jahre nach der Gründung wurde er eine Aktiengesellschaft, eine Großfirma mit zahlreichen Filialen.

In den Jahren 1852 und 1853 entstanden in der ganzen Schweiz zahlreiche Konsumvereine. Selbst der Gedanke der gemeinsamen Großeinkaufsstelle wurde schon auf der ersten Konsumvereins-Konferenz in Zürich im Jahre 1853 behandelt, ohne jedoch seine Verwirklichung

zu finden. Allen diesen Konsumgenossenschaften fehlte aber das Rückvergütungssystem. Der Verkauf zu Selbstkostenpreisen konnte sie nicht auf die Dauer lebensfähig erhalten, so daß nur wenige von ihnen bis in die Gegenwart ihre Tätigkeit noch ausüben, z. B. die 1851 begründete Konsumgesellschaft von Fontainemelon, der Konsumverein Horgen und die Lausanner «Société vaudoise de consommation».

Erst im Jahre 1863 wurde in Schwanden (Glarus) vom Fabrikanten Jenny-Ryffel, der England bereist hatte, eine Vereinigung nach Rochdaler Muster gegründet. Aehnliche Organisationen bildeten sich auch in den benachbarten Orten, fanden über die Kantonsgrenzen hinaus aber kaum Nachbildung.

Da tritt der Kaufmann B. Collin-Bernoulli, der das Werk Hubers über die Rochdaler Pioniere studiert hatte, auf den Plan. Er setzt sich begeistert für diese Idee ein, begreift aber auch, daß die Form der Konsumgenossenschaft sich den Verhältnissen des Landes anzupassen habe. Die britische Bewegung betonte stets die Notwendigkeit, gute Waren zu vermitteln, erwähnte aber selten die Preisfrage. In der Schweiz jedoch spielte der billigere Preis eine hervorragende Rolle, wenn auch die Rückvergütungen dadurch unter dem Niveau der britischen zurückblieben. Außerdem ist ein besonderer Charakterzug der schweizerischen Konsumvereine die geringe Bedeutung, die man dem Genossenschaftskapital beimißt. Man wollte jedermann die Aufnahme ermöglichen, die Mitglieder sollten sich aus allen Schichten der Gesellschaft rekrutieren und keine kapitalistischen Interessen durch den Besitz vieler Anteilscheine in der Genossenschaft entstehen lassen. Man beschaffte sich das notwendige Kapital lieber durch Anleihen, Annahme von Spareinlagen der Mitglieder, Ausgabe von Obligationen und die Anlage von unteilbaren Reservefonds. Collin-Bernoulli fand Anhänger und eröffnete im Jahre 1865 das erste Verkaufslokal des Allgemeinen Konsumvereins von Basel. Und heute

bildet dieser Verein unter dem Namen «Allgemeiner Konsumverein beider Basel» nicht nur die bedeutendste Konsumgenossenschaft der Schweiz, sondern auch eine der bedeutendsten der Welt. Das Beispiel von Basel fand begeisterte Nachahmer, bald besaßen die meisten wichtigeren Ortschaften der deutschen Schweiz Konsumvereine nach diesem Muster.

Auch in der französischen Schweiz brach sich die Konsumgenossenschaftsbewegung Bahn. Im Jahre 1866 gründeten in Genf Arbeiter die Konsumgenossenschaft «La Fidélité», die es aber nicht zur größeren Entwicklung bringen konnte. Die meisten der ähnlichen Vereinigungen, die im Jura entstanden, erfreuten sich aber eines raschen Aufstieges. Eigenart dieser Vereinigungen ist, daß sie als ausgesprochene Arbeiter-Konsumvereine gegründet worden sind, und zwar als Aktiengesellschaften, da die Gesetzgebung jener Zeit eine andere juristische Form nicht zuließ. Die gewöhnlich 5 Franken betragenden Aktien fanden Aufnahme in den breiten Schichten der Bevölkerung. Verkauft wird an jedermann, nicht nur an Mitglieder, die Rückvergütung wird für alle Käufer gleich hoch bemessen. Der Reservefonds ist Eigentum der Aktionäre, kann unter sie verteilt werden. Dieser Umstand und daß die Aktie übertragbar war, führte dazu, daß in Kürze die Aktien in Händen von einigen wohlhabenden Leuten sich befanden. Unter dem Einfluß des Schweizerischen Verbandes bildeten sich viele dieser Konsumvereine des Jura später nach dem Vorbilde wirklicher Genossenschaften um; einige behielten jedoch ihre bisherige Form, ihren bisherigen Charakter bei.

Zwei Jahre nach Begründung der «Fidélité» hielt das Rochdaler Prinzip seinen Einzug in die französische Schweiz. Im Jahre 1868 wurde in Genf die «Société coopérative Suisse de consommation» gegründet, die ursprünglich nur Schweizerbürger aufnahm und die Rochdaler Grundsätze strikter durchführte als der Konsumverein in Basel.

Eine weitere Art der Entstehung von Konsumvereinen verdankt die schweizerische Genossenschaftsbewegung den um das Jahr 1870 in Zürich und den angrenzenden Gebieten entstandenen «Arbeiterbildungsvereinen». Mehrere von ihnen befaßten sich auch mit dem Einkauf und der Verteilung verschiedener Bedarfsartikel. Diese Unternehmungen wurden durch die genossenschaftliche Propaganda gefördert. Da einige dieser Warenvermittlungsstellen sich bewährten, wurden sie mit der Zeit, von der eigentlichen Bildungsinstitution getrennt, auch zu wirklichen Konsumvereinen.

Dem Zürcher Versuch von 1853, sich zu verbinden, folgte ein solcher 1869 in Olten. Aber erst auf Initiative des Allgemeinen Konsumvereins von Basel wurde in der Versammlung in Olten am 12. Januar 1890, die 42 Vertreter von 27 Konsumgenossenschaften vereinigte, der Verband schweizerischer Konsumvereine gegründet (J. Fr. Schär). Die erste Verfassung dieser Organisation ist sehr einfach. Der Verband besteht aus lokalen Genossenschaften, die sich gegenseitig helfen und ihre Mitglieder in jeglicher Hinsicht unterweisen wollen. Mithin war die Aktion des Verbandes ursprünglich mehr moralischer als wirtschaftlicher Natur. In eifriger wirtschaftlicher Tätigkeit festigte jedoch der Verband seine Stellung. Im Jahre 1892 wurde der Engrosbezug der Waren beschlossen. Auf der Generalversammlung des Jahres 1893 in Baden wurden die Statuten geändert, von nun ab ist der Verband schweizerischer Konsumvereine dem Sinne des Gesetzes nach nicht mehr ein «Verein», sondern eine «Genossenschaft», die sich mit wirtschaftlichen Unternehmungen befaßt. Das Prinzip der politischen und konfessionellen Neutralität wird zum ersten Male im Jahre 1909 in den Statuten ausgesprochen. Der Verband entwickelte sich in schnellem Tempo, die Zentralstelle wuchs rapide, ebenso rasch vermehrten sich die Mitgliedervereine.

Vom britischen System, selbst die verschiedenen Zweige der Produktion zu organisieren, ist der Verband

abgekommen. Nur die Druckerei, die Schuhfabrik und die Landwirtschaftsgüter sind die einzigen Betriebe, die direkt als Produktionszweige des Verbandes gelten können. Die anderen Betriebsetablissements sind im juristischen Sinne autonome unter der Aegide des Verbandes entstandene Genossenschaften, die in der Hauptsache mit Verbandskapital gegründet worden sind. Auch sie gehören dem Verbande an und werden meist von den gleichen Personen geleitet.

Neben dem Verbande sind im Laufe der Zeit noch einige genossenschaftliche Organisationen entstanden. Die wichtigste von ihnen in bezug auf die moderne Industriearbeiterbewegung ist der «Verband der Genossenschaften Konkordia». Die hier zusammengeschlossenen Konsumvereine unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkte von den bisher behandelten Schweizer Genossenschaften. Sie lehnen die Neutralität ab und bezeichnen sich als katholisch. Außerdem verwenden sie einen Teil ihrer Ueberschüsse für kirchlich-soziale Zwecke. Und während die meisten Genossenschaften die Haftbarkeit ihrer Mitglieder auf den Betrag der von ihnen gezeichneten Anteile beschränken, schreiben diese katholischen Genossenschaften die solidarische und unbeschränkte Haftung vor. Die erste derartige Genossenschaft wurde im Jahre 1902 in St. Gallen durch eine Raiffeisenkasse begründet. Sehr langsam nur breitete sich diese Bewegung aus. 1908 vereinigten sich die Konkordia-Genossenschaften zu einem Verband und gründeten eine Einkaufszentrale. Nachdem sie in der 1905 entstandenen katholischen «Genossenschaftsbank» eine solide finanzielle Stütze fanden, machte auch diese katholische Bewegung schnelle Fortschritte.

e) Belgien.

Der belgische oder Genter Konsumvereinstyp weicht völlig von der bisher geschilderten Konsumvereinsbewegung ab. In Belgien beschäftigte sich, im Gegensatz zu

anderen Ländern, die sozialistische Partei von Anfang an mit den Konsumvereinen, die sie mit der Partei und der Gewerkschaft verband. Eingeführt wurde dieser Typ von den Führern der belgischen Arbeiterpartei Edouard Anseele und van Bevern, die im Jahre 1881 in Gent, dem Zentrum der Textilindustrie, den Konsumverein «Vooruit de Gand», der zum Vorbild der belgischen Konsumvereine wurde, ins Leben riefen. Dieser Typus kennt keine politische Neutralität, er ist eng verbunden mit der sozialdemokratischen Bewegung. Die Räume der den Konsumvereinen gehörenden Volkshäuser werden von der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften unentgeltlich benutzt. Die Geschäftsanteile sind so niedrig bemessen, daß auch die ärmsten Bevölkerungsschichten sie erwerben können. Außerdem aber ist den Genossen die Verpflichtung auferlegt, dem Verein Vorschüsse zu leisten, indem sie im voraus Blechmarken auf Brot und die anderen Produkte erwerben. Auch werden einige Produkte zu höheren Marktpreisen verkauft.

Bei den Konsumvereinen sind mannigfaltige charitative Anstalten eingerichtet, wie z. B. Pensionskassen für ältere Mitglieder, Krankenpflege usw. Die Geldmittel der Mitglieder werden auf jede Art und Weise, sei es in Form mehrerer Geschäftsanteile oder in Form von Spareinlagen, herangezogen. Nach einem Ausspruche von Vandervelde sind die belgischen Konsumvereine die «Melkkühe der Arbeiterpartei».

Dieser belgische Typus fand Nachahmer in Paris und insbesondere in Nordfrankreich.

2. Das Wesen der Konsumgenossenschaft.

Bezeichnend für die moderne Genossenschaft ist besonders «die Freiwilligkeit und die Beschränkung auf das Wirtschaftliche»[8]). Der Konsumverein ist eine Vereinigung

[8]) Müller August, a. a. O. Seite 39.

von Käufern oder Verbrauchern, die die Linderung oder Beseitigung der Verteuerung seitens der Warenvermittler bezweckt und zwar durch die Selbstversorgung der Mitglieder. Mithin will der Arbeiterkonsumverein den Realwert der Geldlöhne erhöhen. Wir haben gesehen, daß Konsumvereine stets organisiert worden sind, um den gemeinsamen Bedarf durch die vereinigten Konsumenten selbst besser zur Befriedigung zu bringen, als das im händlerischen Tauschverkehr zu erwarten wäre. So findet im Gegensatz zu der kapitalistischen Unternehmung eigentlich kein Handel statt, sondern eine Selbstversorgung einer Gruppe von Verbrauchern. Durch Beiträge der Mitglieder mit den nötigen Mitteln ausgestattet, übernimmt die Genossenschaft allmählich die Funktionen der Lieferanten, meist zunächst der Kleinhändler und Bäcker; der Konsumverein verkauft an deren Stelle an die Mitglieder. Es wird kein Kapital angelegt, um es gewinnbringend zu verwerten, das Kapital herrscht nicht wie bei der Aktiengesellschaft, sondern das gemeinsam gebildete Vermögen dient dazu, die beste und billigste Bedarfsbefriedigung erzielen zu können. Daher wird auch nicht die Rückvergütung nach der Menge des eingezahlten Anteils, wie es beim Aktionär ist, verteilt, sondern nach der Menge der bezogenen Waren.

Diese Gemeinschaft gibt der Stellung des Konsumenten Macht. Der Konsumvereinigung gelingt es der Monopolbildung kartellierter Unternehmungen wirksamen Widerstand entgegen zu setzen, am besten durch eigene, nur vom Willen der Konsumenten allein geleitete Produktion. Und diese Eigenproduktion ist ja auch das eigentliche Ziel der Konsumvereine. Vorläufig handelt es sich noch fast ausschließlich um den Konsum der zu des Lebens Notdurft gehörigen Güter. Aber das Ziel ist weiter gesteckt, es sind bereits Keime für die Organisation des geistigen Konsums vorhanden; auch auf diesem Gebiete soll der kapitalistische Geschäftsbetrieb ausgeschaltet werden (Volksbühnenverein; Buchgemeinschaften in Deutschland).

3. Die volkswirtschaftliche Bedeutung.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des organisierten Konsums liegt vor allem darin, Planwirtschaft zu treiben; er «gibt die Möglichkeit nach dem statistisch feststellbaren Durchschnittsbedarf zu produzieren, für Notfälle Vorräte anzulegen, kurz zu wirtschaften und gemäß der Wirtschaftlichkeit vom Standpunkt der Gesamtheit alles planmäßig einzurichten,» denn «Absatzstreben und Absatznot sind hier unbekannt»[9]). Alle Hilfseinrichtungen des Tausches fallen hier fort. An Mitteln sparend, verhütet die Konsumentenorganisation Mangel für die Gesamtheit. Der Konsumverein will eine Rationalisierung der Produktion durchsetzen, die Spekulationswirtschaft in eine Bedarfsdeckungswirtschaft umwandeln.

Nach Karl Jansen, dem Redakteur des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, kann «der Weg zur vollkommensten Wirtschaftsordnung nur über die Genossenschaftsbewegung führen»[10]). Hierbei verfolgt der Konsumverein stets das wirtschaftliche Prinzip, das Höchstmaß des Erfolges mit dem Mindestmaß von Mitteln zu erreichen, indem er die Zwischeninstanzen ausschaltet, «die sich zwischen Produktion und Konsumtion eingeschoben haben, ohne daß für sie ein Bedürfnis vorliegt» (W. Kulemann)[11]). Und auch Werner Sombart sieht die größte Bedeutung der Konsumvereinsbewegung zunächst nicht darin, daß sie den Massen billigere Lebensmittel verschafft, «als in der Tatsache, daß sie berufen ist, bei der Ueberführung unserer heutigen kapitalistischen Verkehrswirtschaft in eine höhere organische Wirtschaftsordnung eine entsprechend wichtige Rolle zu spielen»[12]).

---

[9]) Wilbrandt Robert, Konsumgenossenschaften, a. a. O. Seite 40.

[10]) Schloesser Robert, Die Konsumgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen. 2. Auflage, Seite 20. Köln 1926.

[11]) Schloesser Robert, Die Konsumgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen, a. a. O. Seite 21.

[12]) Ebenda, Seite 36.

III. Die Produktivgenossenschaften.

Die andere für den Industriearbeiterstand wichtige Form der Genossenschaft, die Produktivgenossenschaft, die Schulze-Delitzsch als letztes Endziel der Genossenschaftsbewegung erstrebte, hat nicht eine so glänzende Entwicklung zu verzeichnen. Sie ist «eine theoretische Konstruktion wirtschaftlicher Reformatoren: Saint-Simon, Fourier in Frankreich und namentlich Robert Owen in England»[13]). Praktisch sind alle Versuche der Arbeits- oder Produktivgenossenschaft bedeutungslos geblieben.

Diese Genossenschaft ist eine Vereinigung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln auf genossenschaftlicher Grundlage. Ihre Mitglieder sind gleichzeitig Arbeiter und Unternehmer. In der Produktivgenossenschaft arbeiten die Arbeiter unter den Formen der kapitalistischen Technik für sich selbst, sie schalten den kapitalistischen Unternehmer aus.

Noch in den 60er Jahren wurden die Produktivgenossenschaften von Hermann Schulze-Delitzsch als Lösung der sozialen Frage aufgefaßt. Ferdinand Lassalle erwartete von ihnen die Befreiung der Arbeiterklasse. Sie erfüllten aber gar nicht die auf sie gesetzten Hoffnungen. Es fehlte ihnen an genügenden Mitteln, an tüchtiger Leitung, an Arbeitsfreudigkeit und an Disziplin. Auf dem Warenmarkte unterlagen sie dem privaten Unternehmer noch weit mehr als bei der Produktion. «Alle Opfer haben ihnen keine Lebenskraft einflößen können[14].» Erlangte jedoch eine Produktivgenossenschaft tatsächliche Erfolge, so schloß sie in der Regel ihre Mitgliederlisten oder setzte ein für Arbeiter unerschwinglich hohes Eintrittsgeld fest. Falls eine Vermehrung der Arbeitskräfte in einer solchen florierenden Produktivgenossenschaft notwendig war, so wurden

---

[13]) Liefmann Robert, Die Unternehmungsformen mit Einschluß der Genossenschaft und der Sozialisierung. 3. Auflage, Seite 89. Stuttgart 1923.

[14]) Bernstein Eduard, Die Arbeiterbewegung, Seite 44. Frankfurt a. M. 1910.

diese als Lohnarbeiter beschäftigt wie in jedem anderen kapitalistischen Betriebe. Auf diese Art und Weise verwandelten sich die meisten Arbeiterproduktivgenossenschaften in kapitalistische Unternehmungen, so daß mit wenigen Ausnahmen in ihnen heute Lohnarbeiter beschäftigt werden. Als Basis für eine Sozialisierung unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gedacht, ist diese Bewegung schnell versandet, hat vollkommen versagt.

Ihre Heimat haben die Produktivgenossenschaften in Frankreich. Für den produktivgenossenschaftlichen Sozialismus traten Fourier, Considérant und Cabet ein. Praktische Bedeutung erlangten diese Ideen erst durch Buchez, nach dessen Plänen im Jahre 1832 die erste eigentliche Produktivgenossenschaft in Paris gegründet wurde. Ihr folgten viele andere. Louis Blanc erlebte durch Mitwirkung des Staates einen Aufschwung dieser Arbeitsgenossenschaften, doch nur allzubald trat nach der Entziehung der Kredite der Rückschlag ein. Am meisten sind Genossenschaften von Bau- und ähnlichen Arbeitern vertreten. Ihnen folgen die Produktivgenossenschaften der Druckereiarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter und anderer Berufe. Aber alle diese Genossenschaften haben sich nicht recht entwickeln können. Es kommt öfter vor, daß die Anteile der Produktivgenossenschaften sich in Händen von Gewerkschaften, Konsumvereinen oder politischen Parteien befinden. Die Arbeiter sind dann doch nur Lohnarbeiter, ihr Desinteressement an der Organisation ist leicht erklärlich.

In Großbritannien bemühten sich die christlichen Sozialisten, diese Art Genossenschaften heimisch zu machen. Doch gingen sie nach kurzem Dasein zu Grunde oder wurden zu Kapitalgesellschaften. Am meisten zu ihrem Bestehen tragen noch die Konsumvereine als Mitglieder der Produktivgenossenschaft bei.

Stärker haben sich die Produktivgenossenschaften in Italien verbreitet, wo ihre Mehrzahl mit Häuserbau, Anlage von Straßen und ländlichen Melioriationsarbeiten be-

schäftigt ist. Sie erleiden aber durch den Faszismus einen starken Rückgang.

In Deutschland hatte die Produktivgenossenschaft ihren stärksten Vertreter in Lassalle, der sich an Louis Blanc anlehnte und die Staatshilfe für sie verlangte. Sein System ist aber nie zur praktischen Bedeutung gelangt. Schulze-Delitzsch, der jede Staatshilfe verwarf, sah in ihr den Gipfel seines Genossenschaftssystems. Aber auch er hat in dieser Hinsicht praktisch für das Proletariat keine Erfolge aufzuweisen.

IV. Die internationale Genossenschaftsbewegung.

Der Gedanke, das Genossenschaftswesen international zu umfassen, ist nachweislich erstmalig von Robert Owen vertreten worden. Da zu jener Zeit auf dem Kontinent sich noch keine Genossenschaftsbewegung regte, konnte die von Owen im Jahre 1835 in London ins Leben gerufene «Association of all Classes of all Nations» nicht internationalen Charakter gewinnen; sie verschwand, ohne eine Spur zu hinterlassen. Als aber nach dem Rochdaler Prinzip nicht nur in Großbritannien, sondern auch auf dem Festlande die Konsumvereine immer mehr Boden gewannen, tauchte der Gedanke einer internationalen Genossenschaftsorganisation wieder auf.

Auf dem britischen Genossenschaftskongreß in London im Jahre 1869 waren erstmalig fremde Genossenschafter (Victor Aimé Huber, Lujo Brentano, Max Hirsch, Louis Blanc, Arles Dufour, Gustav Vogt u. a. m.) als Gäste zugegen.

Der großen Entwicklung der französischen Konsumvereine durch die Schule von Nîmes blieb es jedoch vorbehalten, die zaghaften Annäherungsversuche zu verwirklichen, indem die britischen Genossenschaften im Jahre 1885 offiziell zum ersten Kongreß der Konsumvereine Frankreichs geladen wurden. Somit wurde dieser zum Markstein für die internationale Genossenschaftsbewegung,

da auf ihm erstmalig britische und französische Genossenschafter in freundschaftliche Berührung traten.

Der Kongreß zu Lyon (1886) vereinigte schon die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Schweiz; der folgende in Mailand entwarf einen englisch-französisch-italienischen vorläufigen Organisationsplan. Der Vorstand der Cooperative Union wünschte aber keinen genossenschaftlichen Dreibund, er wollte wenigstens auch den Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für den internationalen Bund gewinnen. Die Anhänger Schulze-Delitzschs jedoch versprachen sich nichts von einer internationalen Vereinigung; sie lehnten ab. Dadurch scheiterte dieser erste konkrete Versuch der internationalen Genossenschaftsföderation. Auch die Kongresse der nächsten Jahre in Carlisle, Tours und Plauen brachten nicht die internationale Bindung zur Verwirklichung. Der Grund des Scheiterns «lag vor allem in dem Mangel einer klaren konstruktiven Idee, eines praktischen, sich auf das tatsächlich Erreichbare beschränkenden Programms...»[15]). Der internationale Bund sollte nicht nur genossenschaftliche Streitfragen entscheiden, er sollte auch Klassenkämpfe und Völkerkriege verhüten, sowie eine im christlichen Geiste wirkende Sozialreform herbeiführen. In den eigenen genossenschaftlichen Reihen entfaltete sich zudem der Gegensatz zwischen den zur Eigenproduktion übergegangenen Großeinkaufsgesellschaften und den Produktivgenossenschaften bezüglich der Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Dieser führte zu einer leidenschaftlichen Debatte auf dem Kongreß zu Dewsbury im Jahre 1888 zwischen den Anhängern beider Richtungen, die mit einem Kompromiß schloß. Es kam zu keiner Spaltung, die Lage wurde aber auch nicht geklärt, es blieb alles beim alten: die Großeinkaufsgesellschaften bauten ihre Produktionsbetriebe weiter aus, die Produktivgenossenschaften blieben Annäherungsversuchen gegenüber unzugänglich.

[15]) Müller Hans, Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung, Seite 43. Halberstadt 1924.

Nachdem die eifrigsten Verfechter des internationalen Genossenschaftsgedankens die vorläufige Unmöglichkeit der Verwirklichung ihrer Idee eingesehen hatten, beschlossen sie in Glasgow (1890) diese Frage zurückzustellen. Nunmehr trat öffentlich in der Entwicklung der internationalen Bewegung ein Stillstand ein. Nur die persönliche Freundschaft unter den Führern der englischen, französischen und italienischen Genossenschaften hielt noch die losen internationalen Beziehungen aufrecht.

Da die englische Großeinkaufsgesellschaft weiter auf ihrer Eigenproduktion beharrte und einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter in ihren Produktionsbetrieben, mithin einer Annäherung an die Produktivgenossenschaften, nicht entgegenkam, gründeten im Jahre 1892 die Anhänger der internationalen Idee privat, nicht als Führer der Genossenschaften, den «Bund der Freunde der genossenschaftlichen Produktion». Sie traten hauptsächlich für die Produktivgenossenschaften ein, d. h. für die Gewinnbeteiligung der Arbeiter, und beschränkten daher ihren Bund nicht nur auf genossenschaftliche Organisationen, sondern nahmen in ihn alle Firmen und Gesellschaften auf, die dem Prinzip der Gewinnbeteiligung der Arbeiter freundlich gegenüberstanden. Die privaten Unternehmer brachten dem Bunde wenig Interesse entgegen. Die Gründungsversammlung war eine vorwiegend produktivgenossenschaftliche Veranstaltung. Das vorgetragene Programm sprach außer von der Gewinnbeteiligung bei den Produktivgenossenschaften überhaupt nichts von Genossenschaften.

Auf dem ersten Kongreß des internationalen Bundes in London im Jahre 1893 kehrte man zur eigentlichen Genossenschaftsidee zurück. Man beschloß, die privaten Unternehmer fallen zu lassen, dafür aber die Kredit- und Konsumgenossenschaften aufzunehmen und den Namen des Bundes in «Internationaler Genossenschaftsbund» umzuändern. Im Jahre 1895 gelang es, die wichtigste Konsumgenossenschaft, die Cooperative Union, als Vertreterin der britischen Genos-

senschaften für die neue Organisation zu gewinnen. Am 19. August 1895 wurde auf dem Kongreß in London der «Internationale Genossenschaftsbund» mit dem Sitz in London gegründet. Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, die Schweiz, Ungarn, Dänemark und Serbien hatten ihre genossenschaftlichen Vertreter gesandt. Außerdem waren Delegierte, die aber nicht Genossenschaften vertraten, aus den Vereinigten Staaten, Australien, Indien und Argentinien erschienen.

Somit war der Genossenschaftsbewegung ein anerkannter internationaler Mittelpunkt gegeben. Keineswegs war es aber gelungen, klare und bestimmte Richtlinien für die Entwicklung des internationalen Bundes aufzustellen: der Zwiespalt bezüglich der Verteilung des Reingewinns an die Arbeiter zwischen Konsumverein bzw. Großeinkaufsgesellschaft einerseits und der Produktivgenossenschaft andererseits war nicht überbrückt worden. Die Anhänger der Produktivgenossenschaft sahen das Gewinnbeteiligungsprinzip als notwendigen Bestandteil des Genossenschaftswesens an, ein Standpunkt, der von den Konsumgenossenschaftern nicht geteilt wurde.

Der Pariser Internationale Genossenschaftskongreß im Jahre 1896 schuf die ersten Bundesstatuten. Die leidenschaftlichsten Debatten für und gegen die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ließen fast den Bund scheitern. Letzten Endes einigte man sich wieder auf einem Kompromiß: man beschloß den Augenblick zu beschleunigen, an welchem alle Genossenschaften die Gewinnbeteiligung eingeführt hätten. Wichtig ist das auf diesem Kongreß als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung proklamierte Neutralitätsprinzip.

Nach dem Kongreß des Jahres 1897 in Delft machte sich im Bunde immer mehr das Uebergewicht der Konsumvereine über die Produktivgenossenschaften, der Idee der Selbsthilfe des Konsumenten über die des Erwerbes des Arbeiters, der Gewinnbeteiligung, geltend. Im Jahre 1901 (5. Kongreß in Middlesborough) erlangten die Anhänger

des englischen Konsumvereinssystems im Bunde das Uebergewicht.

Der 6. Kongreß in Budapest im Jahre 1904 brachte mit der fast einstimmigen Auffassung, «daß die Konsumvereinsbewegung als eine auf planmäßige, systematische Organisation des Volkskonsums gerichtete soziale Reformbewegung»[16]) anzusehen sei, den sogenannten Genossenschaftssozialismus ans Ruder. Die Ablehnung jeglicher Staatshilfe führte zum Austritt der deutschen und österreichischen landwirtschaftlichen sowie der Schulze-Delitzschen Genossenschaften. Der Verlust war schmerzlich, schloß aber für den Internationalen Bund auch einen Gewinn in sich; nunmehr wurde er in seiner Bewegung weniger gehemmt und konnte sich freier entwickeln. Die Scharte wurde bald durch den Beitritt zahlreicher neuer Konsumvereine ausgewetzt.

Auf dem Bundeskongreß in Cremona (1907) prallten die Meinungen bezüglich der Frage, ob der Konsumverein ein Mittel des Klassenkampfes sei, aneinander, ohne sie zu klären.

So hatte sich in den ersten zwölf Jahren der internationalen Genossenschaftsbewegung ergeben, daß die Idee der Gewinnbeteiligung der Arbeiter zu Gunsten des Konsumenteninteresses verdrängt wurde; daß sich nicht alle Genossenschaften infolge der Gegensätze in den Anschauungen und in den Interessen in einem Bunde vereinigen lassen; und vielleicht am wichtigsten, daß der feste Wille der Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaften zu einer internationalen genossenschaftlichen Vereinigung vorhanden war.

Um den Bund auszugestalten, wurde im Jahre 1908 ein Bundessekretariat errichtet und ein monatliches Korrespondenzblatt herausgegeben.

Auch von den Großeinkaufsgenossenschaften als solchen wurde der Plan einer engeren internationalen Vereini-

[16]) Müller Hans, Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung, a. a. O. Seite 139.

gung ventiliert. Auf den diesbezüglichen Kongressen traten unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten auf, so daß er im Jahre 1910 in Hamburg aufgegeben wurde.

Das neue Sekretariat des Bundes unterzog inzwischen die ganz unzulänglichen Statuten einer eingehenden Revision und legte gemeinsam mit der Revisionskommission und dem Zentralvorstand im Jahre 1910 dem 8. Internationalen Genossenschaftskongreß in Hamburg vollständig neue Satzungen vor. Diese behandelten nur praktische Aufgaben, legten sich auf keinerlei Lehren und Prinzipien fest und bekundeten das Offenstehen des Internationalen Bundes für Genossenschaften aller Richtungen. Von besonderer Wichtigkeit ist die neue Formulierung des Neutralitätsprinzips: der Bund verlangt nur noch die Respektierung seiner eigenen Neutralität, den Genossenschaften bleibt es überlassen, sich politischen Parteien anzuschließen. Ferner wurde auf diesem Kongreß der antikapitalistische Charakter der Genossenschaftsbewegung mit Nachdruck betont.

Von 1910 bis 1913 baute sich der Bund demokratisch aus. Seine Mitgliederzahl vergrößerte sich ganz gewaltig, innerhalb derselben trat aber eine große Verschiebung ein. Interessant ist ein Vergleich des Bestandes der Mitglieder im Jahre 1910 mit dem des Jahres 1913.

Es waren an Bundesmitgliedern vorhanden[17]):

Verbände:

	1910	1913
1. Allgemeine	11	7
2. Kreditgenossenschaftliche	12	4
3. Landwirtschaftliche	21	11
4. Wohn- und baugenossenschaftliche	1	1
5. Produktivgenossenschaftliche	5	5
6. Konsumgenossenschaftliche	39	27
Uebertrag	89	55

[17]) Müller Hans, Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung, a. a. O. Seite 217.

	1910	1913
Uebertrag	89	55
Einzelgenossenschaften:		
1. Kreditgenossenschaften	32	24
2. Landwirtschaftliche Genossenschaften	6	5
3. Wohn- und Baugenossenschaften	5	57
4. Produktivgenossenschaften	59	87
5. Konsumgenossenschaften	713	3698
Summa:	904	3926

Man konstatiert eine allgemeine Abnahme der Verbände der Kredit- und landwirtschaftlichen Genossenschaften, eine große Vermehrung der Konsum-, Produktiv-, Wohn- und Baugenossenschaften. Das Endresultat zeigt die starke Vermehrung der Mitgliederzahl des Internationalen Genossenschaftsbundes.

Auf dem 9. Kongreß in Glasgow im Jahre 1913 wurde infolge der vom Balkan drohenden Weltkriegsgefahr durch eine Friedensresolution gegen den Krieg manifestiert, den man als schlimmsten Feind des internationalen genossenschaftlichen Zusammenwirkens bezeichnete.

Der leitende Ausschuß in England versuchte die absolute Neutralität auf den britischen Kongressen zu wahren. Er nahm nicht teil an der im Jahre 1916 in Paris tagenden Internationalen Genossenschaftskonferenz, da diese nicht international sein konnte. Dieser Kongreß, der schlecht besucht war, betonte trotz dem an den Fronten wütenden Völkerringen den genossenschaftlichen Internationalismus. Die Genossenschaftsverbände in den Ländern der Zentralmächte erklärten auf ihren Tagungen ebenfalls, daß der Krieg ihr Verhältnis zum Internationalen Genossenschaftsbunde nicht ändere. In den neutralen Ländern versuchten die Genossenschafter die Beziehungen zwischen den Verbänden in den kriegführenden Ländern und der Bundesleitung wiederherzustellen. So sollte zwischen den Genossenschaften der einzelnen Länder keine eigentliche Entfremdung eintreten. Sie selbst wurden

durch den Krieg vor neue schwierige volkswirtschaftliche Aufgaben gestellt, die ihre Position stärkten.

Nach dem Kriege glaubten die Genossenschafter, daß eine genossenschaftliche Aera angebrochen sei; sie hofften, den Friedensvertrag beeinflussen zu können und arbeiteten daher verschiedene Denkschriften für die internationalen Handelsbeziehungen aus.

Auf der Konferenz im Jahre 1920 im Haag erschienen wieder erstmalig nach dem Kriege die Vertreter der deutschen Genossenschaften. Sie tagte aber noch im Zeichen der Verstimmungen und Spannungen aus der Kriegszeit. Obgleich man es sich nicht eingestehen wollte, hegte man doch zueinander Mißtrauen.

Wieder bedeutungsvoll war der 10. Internationale Genossenschaftskongreß in Basel im Jahre 1921, auf welchem politische Reibungen nicht mehr vorkamen. Die Genossenschaftsbewegung hatte die Kriegspsychose überwunden. Der Kongreß nahm eine Statutenabänderung vor, in welcher nochmals die antikapitalistische Tendenz der Genossenschaften und für die Konsumvereine das Rochdaler Prinzip betont wurden. Der Internationalität kam man weitgehendst entgegen, indem der Beschluß gefaßt wurde, daß auch der leitende Ausschuß, der bisher nur aus den britischen Mitgliedern des Zentralvorstandes bestand, internationalisiert werde.

Seitdem arbeitet der Internationale Genossenschaftsbund intensiver denn je an der Ausgestaltung der internationalen Bewegung.

V. Zahlenmäßige Angaben.

Das vorhandene Zahlenmaterial über die Konsumvereine erfaßt meist nur die in Verbänden zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften, nicht aber die Splittervereine. Noch schwieriger ist genaues Zahlenmaterial über die Produktivgenossenschaften im sozialen Sinne zu erlangen, da diese oft, wenn auch nicht erkennbar, kapitalistische Betriebe geworden sind.

Nachstehende Tabellen sollen einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Genossenschaftsbewegung in den behandelten Ländern geben.[18]) (Erklärung dazu S. 40)

I	II	III	IV
Deutschland.			
1. Reichsverband Deutscher Konsumvereine. Gegr. 1912.	31. 12. 25	K	319 G, 718 934 M.
1a «Gepag» Groß-Einkaufs- und Produktions-Aktiengesellschaft Deutscher Konsumvereine. Gegr. 1923.	31. 12. 25	K	319 G, 718 934 M.
2. Verband sozialer Baubetriebe G.m.b.H. Gegr. 1920.	31. 12. 25	P	7 + 168[1]), 14 006[2])
3. Zentralverband Deutscher Konsumvereine. Gegr. 1903.	31. 12. 25	K	1110 G[3]), 3 382 011 M.[3])
3a «G. E. G.» Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine. Gegr. 1894.	31. 12. 25	K	894 G.[4])
3b Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Gegr. 1904.	31. 12. 25	K	858 G.
3c Sächsisches Bekleidungswerk, G.m.b.H. Gegr. 1922.	31. 12. 25	K	2 G.
Belgien.			
1. Office coopératif belge. (Belgischer Genossenschaftsverband.) Gegr. 1920.	31. 12. 25	K P	54 G, 270 189 M. 19 G, 3472 M.
1a Fédération des sociétés coopératives belges (F. S. C.). Großeinkaufsgesellschaft belgischer Genossenschaften. Gegr. 1900.	31. 12. 25	K	73 G.
2. Société coopérative fédérale de Belgique. (Die vereinigten Konsumgenossenschaften Belgiens.) Gegr. 1890.	31. 12. 26	K	55 G, 90 000 M.
Frankreich.			
1. Fédération nationale des Coopératives de consommation (F. N. C. C.) Zentralverband der Konsumvereine. Gegr 1912.	31. 12. 24	K	1558 G, 1 351 457 M.
1a Magasin de gros des Coopératives de France (M. D. G.) Großeinkaufsgesellschaft französischer Konsumvereine. Gegr. 1922.	31. 12. 25	K	1563 G, 1 291 947 M.
2. Chambre consultative des Associations ouvrières de production. (Kammer der Arbeiter-Produktivgenossenschaften.) Gegr. 1884.	1926	P	350 G, 35 000 M.[7])

[18]) Nachstehendes Zahlenmaterial ist dem Internationalen Arbeitsjahrbuch, 6. Teil: Genossenschaftsorganisationen, Genf 1927, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, entnommen.

[1]) Die Organisation setzt sich aus 19 Gewerkschaftlichen Zentralverbänden und der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen. Am 31. 12. 25 gehörten dem Verband insgesamt 7 Bauhüttenverbände und 168 Einzelbetriebe an.

[2]) Zahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

V	VI a	VI b	VI c	VII	VIII
RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	
115989273	—	—	—	—	
—	31572426	—	31572426	4423437	341/161
68429966	—	—	—	—	—
616188362[3])	—	—	—	—	—
—	228169471[5])	—	228169471[5])	35339389	4327/2677
—	7706350[6])	—	7706350[6])	7706350[6])	601/477
—	2304537	—	2304537	2304537	395/395
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
416820350					
15086527	271525	—	271525	—	
	141913153	—	141913153	1979640	132
100000000	3000000	—	3000000	—	
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
1402090682	—	—	—	—	
	351693427	—	351693427	20534053	1059/462
100000000	—	—	—	—	

[3]) Nur Konsumgenossenschaften. Außerdem sind 19 Arbeits- und sonstige Genossenschaften mit insgesamt 7353 Mitgliedern dem Zentralverband angeschlossen.

[4]) Zahl der angeschlossenen Genossenschaften. Im ganzen arbeiteten mit der G. E. G. 1080 Genossenschaften.

[5]) 1926 — RM. 294173971.

[6]) 1926 — RM. 9762527.

[7]) Ungefähr 20000 Hilfskräfte nicht einbegriffen.

I	II	III	IV
Großbritannien.			
1. The Cooperative Union Ltd. (Genossenschaftsverband.) Gegr. 1869.	31. 12. 25	K P V	K[1]) = 1289 G, 4 910 983 M. P = 105 G, 38 186 M.
2. Cooperative Wholesale Society Ltd. (C. W. S.). Englische Großeinkaufsgesellschaft. Gegr. 1864.	26. 12. 25	K	1171 G, 3 778 659 M.
3. Scotish Cooperative Wholesale Society Ltd. (S. C. W. S.) Schottische Großeinkaufsgesellschaft. Gegr. 1868	31. 12. 25	K	265 G + 610 M²), 682 613 M.
4. «E & S» Joint Cooperative Wholesale Society Ltd. (Englisch - Schottische gemeinsame Großeinkaufsgesellschaft.) Gegr. 1923.	31. 12. 25	K	2 V (Nr. 2 + Nr. 3).
5. Cooperative Productive Federation Ltd. (C. P. F.). Verband der Arbeiter-Produktivgenossenschaften. Gegr. 1882.	31. 12. 25	P	42 G, 14 261 M.
6. National Cooperative Publishing Society Ltd. (N. C. P. S.). Verlagsgenossenschaft Großbritanniens. Gegr. 1873.	31. 12. 25	K	557 G, 62 940 M.
7. Irish Section of the Cooperative Union. (Irische Abteilung des Genossenschaftsverbandes.) Gegr. 1888.	31. 12. 25	K	34 G, 45 589 M.
Schweiz.			
1. Verband der Genossenschaften «Konkordia» der Schweiz. Gegr. 1908.	30. 6. 26	K	90 G, 7 350 M.
2. Verband schweizer. Konsumvereine (V. S. K.). Gegr. 1890.	31. 12. 25	K	521 G, 352 250 M.
2a. Genossenschaft für Möbelvermittlung. Gegr. 1919.	31. 12. 26	K	44 G.
2b. Minoterie coopérative du Léman (Leman Mühlengenossenschaft). Gegr. 1917.	31. 12. 25	K	31 G.
2c. Milch-Einkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine (M. E. S. K.). Gegr. 1916.	31. 12. 26	K	20 G.
2d. Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine (M. S. K.). Gegr. 1912.	31. 12. 26	K	202 G.
2e. Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (S. G. G.). Gegr. 1918.	31. 12. 25	K	380 G.
2f. Schuh-Coop. Gegr. 1925.	31. 12. 26	K	88 G.

[1]) In Großbritannien (England, Schottland und Irland) werden 1289 Konsumgenossenschaften mit 4 910 983 Mitgliedern, 4 Großeinkaufsgesellschaften (Nr. 2, 3 und 6, die vierte ist die Irische landwirtschaftliche Großeinkaufsgenossenschaft Irish Agricultural Wholesale Society Ltd., die hier nicht behandelt worden ist) und 127 Genossenschaften verschiedener Art gezählt. Von diesen Genossenschaften verschiedener Art sind 105 Produktiv- und Werkgenossenschaften mit 38 186 Mitgliedern.

V	VIa	VIb	VIc	VII	VIII
£	£	£	£	£	
183 584 049					
5 844 350	—	—	—	—	—
—	76 585 764	—	76 585 764	26 418 863[3])	34908/30429
5 612 280	17 714 967	—	17 714 967	8 778 006	9729/7432
—	6 798 901	—	6 798 901	1 442 552	1705/929
2 285 358	—	295 928	295 928	—	—
—	56 863	—	56 863	—	64/64
1 698 041	—	—	—	—	—
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
9 926 045	5 283 480	—	5 517 815	—	29
275 899 752	119 062 388	—	125 251 195[4])	—	504
—	359 896	—	359 896	—	5/2
—	1 976 679	—	1 976 679	—	—
—	7 258 862	—	7 258 862	—	—
—	11 735 539	—	11 735 539	—	50
—	1 372 930	—	1 372 930	—	—
—	5 670 517	—	5 670 517	5 551 322	139

Unter «Produktiv- und Werkgenossenschaften» werden einerseits Genossenschaften, welche in erster Linie Konsumentenvereinigungen sind, und andererseits Genossenschaften, welche in erster Linie in wenigen Fällen ausschließlich Arbeiterproduktivgenossenschaften sind, verstanden.

[2]) Arbeiter und Angestellte als Mitglieder.

[3]) Die Produktion der Bau- und Maschinenabteilungen inbegriffen.

[4]) 1926 — Fr. 126 303 039.—.

Erklärung zu vorstehenden Tabellen:

Spalte I: Name und Gründungsjahr der Organisation.

Spalte II: Datum der Erhebung.

III—V. Angeschlossene Genossenschaften.

Spalte III: Art der angeschlossenen Genossenschaften.

K = Konsumgenossenschaften.
P = Produktivgenossenschaften.
V = Verschiedene Genossenschaften.

Spalte IV: Zahl der angeschlossenen Genossenschaften und ihrer Mitglieder.

G = Einzelgenossenschaften.
M = Einzelmitglieder.
V = Verbände oder Zentralen.
\+ zeigt die Einzelmitglieder an, die der Vereinigung direkt angeschlossen waren.

Spalte V: Warenumsatz der angeschlossenen Genossenschaften.

VI—VIII. Handelstätigkeit der Organisationen.

Spalte VI: Warenumsatz der Organisationen:

a. Warenabgabe an die Genossenschaften (zu ihrer Warenbeschaffung).

b. Warenabgabe auf Rechnung der angeschlossenen Genossenschaften (Absatz der Erzeugnisse ihrer Mitglieder).

c. Gesamtwarenumsatz der Organisation.

Spalte VII: Wert der Eigenproduktion der Organisation.

Spalte VIII: Zahl der in der Organisation beschäftigten Personen. (Bei zwei Zahlen bedeutet die zweite Zahl die in der Eigenproduktion der Organisation bsschäftigten Personen.)

Zweites Kapitel.

Die Gewerkschaften.

I. Die Entstehung.

Als Vorgänger der Gewerkschaften können die mittelalterlichen Gesellenverbände, an die erstere direkt anknüpfen, angesehen werden. Trotzdem besteht ein Unterschied zwischen beiden Organisationen, einerseits infolge der persönlichen Eigenschaften ihrer Träger, und andererseits sind die Gewerkschaften nicht so scharf getrennte Berufsvereine wie Gilden und Zünfte, sondern sie vereinigen oft früher getrennte Berufe zu Industrieverbänden. Die ehemalige Abgeschlossenheit zwischen den Berufen hat mehr einer solchen zwischen den sozialen Klassen eines und desselben Berufes Platz gemacht.

Somit können die Gesellenverbände wohl in ihrer Form und Taktik als Vorläufer der Gewerkschaften aufgefaßt werden, keineswegs aber als wesensgleiche Gebilde. Die Gewerkschaften, die Karl Marx «Preisfechter der Arbeiterklasse» genannt hat, sind nur ein letztes Glied einer langen Kette von Gemeinschaftsbildungen ähnlicher Art, entstanden durch das Bedürfnis des Menschen mit Gefährten eine Verbindung zu schließen[1]).

II. Die geschichtliche Entwicklung.

1. Großbritannien.

Unter dem Namen «Trade Unionismus» ist die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien beheimatet.

---

[1]) Sombart Werner, Dennoch! Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, Seite 2. Jena 1900.

Zuerst entstanden in England Berufsvereine von Schneidern, Hutmachern und Wollarbeitern. Die bedeutsamen technischen Neuerungen führten nicht nur die Industrie zum schnellen Aufblühen, sondern auch die Arbeiterberufsvereine zur rascheren Entfaltung. Ein Gesetz vom Jahre 1799 brachte das Koalitionsverbot, das jede Vereinigung der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer untersagte. Die Aufhebung (1813/14) der Handwerkerschutzgesetze der Königin Elisabeth beantworteten die Arbeiter mit heimlichen Verbindungen, planlosen Aufständen und Maschinenzerstörungen. Um den Unruhen entgegenzutreten, wurde im Jahre 1824 die Koalitionsfreiheit wieder hergestellt.

Dieser Zeitpunkt kann als eigentlicher Beginn der Gewerkschaftsbewegung in England bezeichnet werden, denn erst jetzt schlugen die Berufsvereine tiefere Wurzeln. Die Unternehmerschaft bekämpfte diese ihr unbequemen Arbeiterorganisationen mit Erfolg, denn im Jahre 1825 wurde ein Gesetz, das die Koalitionsfreiheit stark einschränkte, erlassen. Nach diesem wurden die Arbeiterverbände als «schädlich für Handel und Industrie, gefährlich für den Frieden des Landes und im besonderen als nachteilig für die Interessen aller Beteiligten»[2]) bezeichnet. Das neue Gesetz ließ nur Verbindungen zu, welche die Verbesserung der Lohn- und Arbeitszeitfragen regeln wollten; Verabredungen zu allen anderen Zwecken waren verboten.

Bis zum Jahre 1829 erlitten die Gewerkschaften zahlreiche Niederlagen. Da trat Robert Owen mit seiner «Trades Union» auf den Plan. Diese Gewerkschaft sollte keine berufliche Organisation sein, sondern alle Arbeiter in einem einzigen umfassenden Verbande umschließen. Am 6. März 1833 gründete Owen auf einem Kongreß in London die «Grand National Consolidated Trades Union», welche in kurzer Zeit die stattliche Zahl von rund einer

[2]) Citrine Walter M., Die Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens. Deutsch von E. F. Rimensberger, Seite 5. Amsterdam 1926.

halben Million Mitglieder aufweisen konnte. Die Arbeiterschaft wurde von einem Gewerkschaftstaumel ergriffen. Die Maßnahme der Unternehmer, daß sich ihre Arbeiter unterschriftlich verpflichten mußten, keiner Gewerkschaft anzugehören, hatte Massenaustritte aus der «Trades Union» zur Folge und führte im Jahre 1834 zu ihrer Auflösung. Die folgende Gründung der «British and Foreign Consolidated Association of Industry, Humanity, and Knowledge» zur Versöhnung der Klassen konnte sich infolge des Hereinbrechens der Chartistenbewegung nicht auswirken. Da die Parlamentsreform vom Jahre 1831 der Arbeiterschaft keine Vorteile gebracht hatte, setzte sie in der «Charte» ihr Programm mit rein politischen Forderungen fest, kämpfte erbittert für dieses, wurde jedoch von der Regierung und dem Parlament abgewiesen. Es kam zu Aufständen, die in den Jahren 1837—1842 ihren Höhepunkt erreichten, ohne für die Arbeiter Erfolge zu zeitigen. Durch die Unterstützung dieser Kämpfe hemmten die Gewerkschaften ihre eigene Entwicklung. Diese Spanne bis zum Jahre 1843 wird in der Entwicklung der Trade Unions die revolutionäre Periode genannt[3]).

Wohl als Folgeerscheinung des unglücklichen Ausgangs des Kampfes um die «Charte» gaben die Trade Unions alle sozialrevolutionären Pläne auf. Sie wandten nicht mehr Streiks an, sondern setzten sich für Einigungsämter und Schiedsgerichte ein. Durch die Gründung von Gewerkschaftsbibliotheken und -blättern sollten Wissen und Kenntnisse unter die Arbeiter verbreitet werden.

Ab 1851 wurde die Freizügigkeit innerhalb der Gewerkschaften freigegeben. Und im Jahre 1871 wurde die Bewegung durch die «Trade Unions Act» gesetzlich sanktioniert, den Gewerkschaften wurde eine Reihe von Vergünstigungen gewährt, wie z. B. eine Einschreibung als Vermögensverein, Schutz der Vereinsgelder und dergleichen mehr.

---

[3]) Kuhlemann W., Die Gewerkschaftsbewegung, Seite 7. Jena 1900.

Die planmäßige sozialistische Propaganda setzte sich in den 80er Jahren in der englischen Arbeiterbewegung fest. Sie hob nicht nur das Klassenbewußtsein des Proletariats, sondern sie bemächtigte sich auch der Gewerkschaften. Es wurden Organisationen gegründet, die von den Mitgliedern ganz geringe Beiträge verlangten, deren Unterstützungstätigkeit sich lediglich auf Streikvergütungen beschränkte. Diese «neuen» Gewerkschaften eroberten sich im Sturm das Heer der ungelernten Arbeiter, führten die Massen der Gewerkschaftsbewegung zu.

Die Trade Unions, die nach Berufen gegliedert waren, traten immer mehr für eine Zusammenfassung der Arbeiter in Industrieverbände ein. Diese Tendenz zeigte sich hauptsächlich nach der Beendigung des Weltkrieges. Auch geben sie jetzt ihren Standpunkt auf, nur bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzuarbeiten, und fordern die Ersetzung der Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft.

Somit machte sich das Zusammengehen der Gewerkschaften mit den politischen Arbeiterparteien bemerkbar. Im Jahre 1920 wurde der «Council of Action» zur gemeinsamen Betätigung der Trade Unions und der politischen Arbeiterparteien gegründet.

Nachstehende Tabelle zeigt das Anwachsen der englischen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1892 bis 1924[4]).

Jahr	Zahl der Gewerkschaften am Ende des Jahres	Zahl der Mitglieder am Ende des Jahres			Prozentsätze der Zunahme (+) und Abnahme (—) im Vergleich zum Vorjahr
		Männer	Frauen	Total	
		in Tausend			%
1892	1233			1576	—
1893	1279	Angaben nicht		1569	— 1,1
1894	1314	erhältlich		1530	— 1,9
1895	1340			1504	— 1,7
1896	1358	1466	142	1608	+ 7,0
1897	1353	1584	147	1731	+ 7,6
1898	1326	1608	144	1752	+ 1,2
1899	1325	1761	150	1911	+ 9,1
1900	1323	1868	154	2022	+ 5,8
1901	1322	1873	152	2025	+ 0,1
1902	1297	1857	156	2013	— 0,6
1903	1285	1838	156	1994	— 1,0
1904	1256	1802	165	1967	— 1,3
1905	1244	1817	180	1997	+ 1,6
1906	1282	1999	211	2210	+10,7
1907	1283	2263	250	2513	+13,7
1908	1268	2230	255	2485	— 1,1
1909	1260	2214	263	2477	— 0,3
1910	1269	2287	278	2565	+ 3,5
1911	1290	2804	335	3139	+22,4
1912	1252	3026	390	3416	+ 8,8
1913	1269	3702	433	4135	+21,0
1914	1260	3708	437	4145	+ 0,3
1915	1229	3868	491	4359	+ 5,2
1916	1225	4018	626	4644	+ 6,5
1917	1241	4621	878	5499	+18,4
1918	1264	5324	1209	6533	+18,8
1919	1360	6600	1326	7926	+21,3
1920	1364	6994	1340	8334	+ 5,1
1921	1251	5618	1004	6622	—20,5
1922	1203	4744	870	5614	—15,2
1923	1161	4597	813	5410	— 3,6
1924	1165	4720	811	5531	+ 2,2

[4]) Citrine, Walter M., a. a. o. Seite 24 und 25.

Nach einem verlorenen Generalstreik wurde den Trade Unions durch das «Gesetz über Gewerkschaften und Arbeitskämpfe» (Trade Unions and Trade Disputes Acts, 1927), das den Gewerkschaftskongreß seiner bisherigen Streikbefugnisse beraubt, ein schwerer Schlag versetzt. Im folgenden seien die Bestimmungen des neuen englischen Gewerkschaftsgesetzes kurz zusammengefaßt:

1. Der Streik ist ungesetzlich und strafbar, wenn er über den Rahmen einer rein industriellen Auseinandersetzung hinausgeht. Jeder Generalstreik sowie jeder Sympathiestreik sind ungesetzlich.

2 Die Bestimmungen über das Streikpostenstehen werden verschärft.

3. Die Koalitionsfreiheit der Beamten und öffentlichen Angestellten wird eingeschränkt.

4. Beiträge der Gewerkschaften dürfen nur dann der politischen Arbeiterpartei zugute kommen, falls der Beitragzahlende schriftlich sich einverstanden erklärt hat.

Die Arbeiterschaft hat gegen dieses Gesetz einen vergeblichen Kampf geführt. Für sie bedeutet seine Annahme eine Erhöhung der Rechtsunsicherheit, da das Risiko jeder Gewerkschaft bei der Ausrufung eines Streiks vergrößert worden ist. Die «Trade Unions and Trade Disputes Acts, 1927» fördern nicht den Gedanken des zurzeit vielbesprochenen Wirtschaftsfriedens, sondern verschärfen in der Heimat der klassischen Gewerkschaftsbewegung den Klassenkampf. Ob die Unternehmerschaft mit diesem Ausnahmegesetz ihren eigenen Interessen dient, ist fraglich. Denn ein zu schroffes Gesetz ist stets ein unwirksames gewesen[5]).

---

[5]) Vergl. hierzu: Croner Fritz, Das Gesetz gegen die englischen Gewerkschaften. Gewerkschafts-Archiv, Jena, 4. Jahrg. Band 6. Heft 6. Juni 1927. Seite 267 ff. — Weingartz B., Der Kampf um das Streikrecht in England, Gewerkschafts-Archiv a. a. O. Band 7. Heft 1. Juli 1927. Seite 10 ff. — Stutterheim Kurt v., Die Rache der Tories. Berliner Tageblatt Nr. 207 vom 3. Mai 1927. — Derselbe, Schwarzer Tag für die englischen Arbeiter. Berliner Tageblatt Nr. 294 vom 24. Juni 1927.

2. Frankreich.

Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich sind auf die durch Arbeiter gegründeten gewerblichen Hilfskassen, die schon nach bestimmten Berufen getrennt waren, zurückzuführen. Die Arbeiterschaft wollte sich meist nur gegen außerordentliche Schicksalsschläge wappnen, stellte selbst jedoch noch keine Forderungen. Bei der langsamen industriellen Entwicklung Frankreichs trat zunächst der Gegensatz der Interessen zwischen Unternehmer- und Lohnarbeiterstand nicht scharf hervor.

Als gegen Ende der Restauration die Arbeiter sich unterdrückt fühlten, verwandelten sie ihre Hilfskassen in Widerstandskassen. Diese forderten die Erhöhung der Löhne und die Verringerung der Arbeitszeit. Es gelang ihnen auch schon, mit den Unternehmern Kollektivverträge abzuschließen.

Die Revolutionen von 1789 und 1848 waren rein politischer Natur. Erstere leistete der Arbeiterbewegung überhaupt keinen Vorschub, die letztere brachte nur einen Aufschwung des Genossenschaftswesens. Erst der Staatsstreich Napoleons III. ebnete der Arbeiterschaft wieder den Weg. Der Kaiser machte ihr Zugeständnisse und begünstigte die Absendung einer Arbeiterdeputation zur Londoner Ausstellung (1862). Hier lernten die französischen Arbeiter den Trade Unionismus kennen, den sie, zurückgekehrt, vertraten. Jetzt entstanden aus den Widerstandskassen Gewerkschaften, die den Lohnkampf aufnahmen. 1864 erfolgte die Aufhebung des Koalitionsverbots.

Die Kommune unterdrückte die Gewerkschaften, konnte aber die Bewegung nicht aufhalten. Das Verbot des Zusammenschlusses mehrerer Gewerkvereine im Jahre 1872 zum «Cercle de l'union syndicale ouvrière» beantwortete die Arbeiterschaft mit der Gründung einer gegenseitigen Kreditgesellschaft für Syndikalkammern und Kooperativgenossenschaften.

Am 10. Oktober 1876 fand in Paris der erste französische Arbeiterkongreß unter Ausschluß der Politiker

statt, auf welchem es zur Vereinigung der Gewerkschaften zu einer «Union nationale» behufs Vertretung der Gesamtinteressen der französischen Arbeiterschaft kam. Man forderte die ungehinderte Entwicklung der Gewerkschaften und Genossenschaften, speziell der Produktivgenossenschaften, und stellte sich auf den Boden des Trade Unionismus. Für die Gewerkschaftsbewegung lehnte man die Vermischung mit Politik ab. Auch auf dem zweiten Gewerkschaftskongreß, der im Jahre 1878 in Lyon stattfand, wurden die Forderungen der Ueberführung der Produktionsmittel in Gemeinbesitz, sowie die Schaffung einer eigenen Arbeiterpartei abgelehnt, da die Gewerkschaften nur zur Organisierung des Klassenkampfes da wären, keineswegs aber die Mittel hätten, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern.

Mit der Zeit gewannen die revolutionären Elemente mehr Einfluß; die Gewerkschaften begannen das Hauptaugenmerk auf den Kampf mit dem Unternehmertum zu richten; die gegenseitige Unterstützung trat in den Hintergrund. Mit dem Aufgeben der schüchternen Haltung machten sich immer hartnäckiger die Bestrebungen der Gewerkschaften, auf die Produktionsverhältnisse Einfluß zu gewinnen, geltend. Auf dem dritten Kongreß im Jahre 1879 in Marseille, der nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Sozialisten anderer Berufe besucht war, ging die Leitung der gewerkschaftlichen Bewegung an die politische revolutionäre Partei über, deren Führer Jules Guesde, Brousse und Lafargue überzeugte Marxisten waren. Naturgemäß wurde daher auf diesem Kongreß, der sich «Congrès ouvrier socialiste de France» nannte, die Einführung des Kollektiveigentums an allen Produktionsmitteln beschlossen. Doch dieser Sieg der politischen Richtung enthielt schon den Keim zur Spaltung in der Bewegung des französischen Proletariats.

Im folgenden Jahre auf dem Kongresse zu Havre schied die politische Gruppe, vertreten durch 55 Abgeordnete, von der rein gewerkschaftlichen, die durch

57 Abgeordnete repräsentiert wurde. Beide Richtungen hielten nebeneinander Sitzungen ab und beanspruchten als der eigentliche Kongreß angesehen zu werden. Die gewerkschaftliche Gruppe gab sich den Namen «Alliance socialiste républicaine». Die politische Gruppe hatte sich unter Beihilfe von Marx und Engels in London ihr Programm ausgearbeitet, welches erklärte, daß in der Arbeiterbewegung die Gewerkschaften und Streiks nur die Hilfsmittel für die Organisation und Agitation seien. Die «Alliance socialiste républicaine» organisierte eine eigene Zentralstelle in der «Union des Syndicats». Sie schloß jede politische Tätigkeit aus und sah die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse nur durch die Gewerkschaften im Wege friedlicher Verständigung mit den Unternehmern.

Das Jahr 1884 brachte das Syndikatsgesetz «Loi relative à la création des Syndicats professionels». Da die revolutionäre Richtung dieses Gesetz heiß bekämpfte, begünstigte die Regierung die reinen Gewerkschaften, die sich ihm unterwarfen.

Der im Jahre 1886 in Lyon abgehaltene rein gewerkschaftliche Kongreß unter Ausschluß der politischen Parteien brachte der gewerkschaftlichen Richtung eine empfindliche Niederlage. Er bildete den Verband aller Syndikate, die «Fédération nationale des syndicats ouvriers», in welchem die marxistisch-guesdistische Richtung, der «Parti ouvrier», herrschte. An den nächsten Kongressen nahm die rein gewerkschaftliche Richtung nicht teil. Die politischen Gegensätze ließen keine Einigung aller Gewerkschaften zu.

Einen erheblichen Einfluß auf die gewerkschaftliche Bewegung übten die Arbeitsbörsen aus, lokale Vereinigungen von Gewerkvereinen, die in vielen französischen Städten gegründet wurden. Die erste wurde im Jahre 1887 in Paris eröffnet. Sie erhielt einen Zuschuß vom Gemeinderat. Sehr bald entwickelte sich diese Börse zum Mittelpunkt der dem Syndikatsgesetz feindlich gegenüberstehenden Gewerkschafter. Sie umfaßte Angehörige der verschiedenen Berufe,

stellte daher die gemeinsamen Interessen höher als die einzelner Gruppen, schaffte dadurch unter der Arbeiterschaft ein umfassenderes Solidaritätsgefühl. Da sie das Klassenbewußtsein der Arbeiter stärkte und das Proletariat zum sozialen Kampfe aufstachelte, versuchten die Behörden, sie zu unterdrücken. Die Pariser Arbeitsbörse begründete eine Streikkasse, verfolgte den Plan eines Generalstreiks und bereitete den künftigen Bürgerkrieg vor. Der Aufforderung der Regierung im Jahre 1893, daß sämtliche Gewerkschaften dem Syndikatsgesetz sich unterwerfen sollten, wurde nicht Folge geleistet, was der Regierung ein willkommener Anlaß zur Schließung der unbequemen politisierenden Arbeitsbörse war. Erst im Jahre 1896 wurde wieder eine neue Börse in Paris mit anderer Verfassung eröffnet. Jedoch blieb auch dieser neuen Börse wieder ein Teil der Syndikate fern.

Im Jahre 1892 erfolgte der Zusammenschluß der Arbeitsbörsen von elf Städten, die sich der politischen Guesdistenpartei nicht angeschlossen hatten und etwa 500 Syndikate umfaßten, zur «Fédération nationale des Bourses du travail».

Auf dem Kongreß der Börsen und Gewerkschaften zu Nantes im Jahre 1894 siegte die radikale Richtung. Das Jahr 1895 schaffte auf dem Kongreß in Limoges die Vereinigung aller Syndikate unter dem Namen «Confédération générale du travail», die für möglichste gewerkschaftliche Zentralisation, unabhängig von politischen Einflüssen, eintreten sollte. Nachdem im Jahre 1896 die marxistische Richtung sich mit dem politischen «Parti ouvrier» vereinigt hatte, war für die Gewerkschaftsbewegung nur noch dieser Zentralverband der Arbeit und der Verband der Arbeitsbörsen maßgebend. Der Bund der Arbeitsbörsen wurde zum Zentrum aller Syndikate, die den Generalstreik vertraten. Die Tätigkeit des Zentralverbandes der Arbeit war anfangs eine sehr bescheidene. Auf den weiteren Gewerkschaftskongressen wurde stets der apolitische Charakter dieses Zentralverbandes betont, die Verbände und Vereine dieser

Organisation durften nicht politischen Parteien angehören, da der Zusammenschluß der Arbeiterschaft in Gewerkschaften lediglich zum Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet bestimmt sei. Allmählich erwarb sich der Zentralverband die Sympathien der Arbeiterschaft, namentlich durch seinen energischen Kampf gegen die unzulängliche Sozialpolitik der Regierung.

Nach langwierigen Verhandlungen kam auf dem Kongreß zu Montpellier im Jahre 1902 die Fusion der Arbeitsbörsen mit dem Zentralverband zustande. Dieser Bund sollte außerhalb der politischen Parteien stehen; sein Endziel war aber das Verschwinden von Lohnarbeiterstand und Unternehmertum. Jetzt machte diese Zentralorganisation der Arbeiterschaft rasche Fortschritte. Siegreich ist der revolutionäre Flügel über den reformistischen Syndikalismus im Zentralverbande geblieben.

Die Form des französischen Gewerkschaftskampfes, die sogenannte direkte Aktion, ist heute noch ein prinzipielles Merkmal der Syndikate; sie unterscheidet die französischen von den englischen und deutschen Gewerkschaften.

Zur Abwehr der anarchistischen Elemente gründeten die reformerischen Syndikate im Jahre 1909 ein «Comité d'Union syndicaliste». Erst nach dem Weltkriege hatten die Anstrengungen des «Parti ouvrier» Erfolg, die syndikalistische Bewegung für sich zu gewinnen: die Gewerkschaften schlossen sich den sozialistischen Parteien zur gemeinsamen Aktion an. Unter dem Einfluß des Bolschewismus spaltete sich die Syndikatsbewegung; die kommunistischen Elemente gründeten eine eigene Organisation, die «Comités syndicalistes révolutionnaires».

3. Deutschland.

Im Revolutionsjahre 1848 fand in Berlin die erste Arbeiterversammlung statt. Sie gründete ein Zentralkomitee, das an das Frankfurter Parlament schon ganz be-

stimmte Forderungen richtete, z. B. Bestimmung der Arbeitszeit und ein Minimum des Arbeitslohnes; Kommissionen von Arbeitern und Unternehmern zur Aufrechterhaltung des festgesetzten Lohnes; Aufhebung aller Ausnahmegesetze für die Reisen der Arbeiter; allgemeine Heimatsberechtigung und Freizügigkeit u. a. m. Leiter dieser Versammlung war der junge Schriftsetzer Stephan Born, der mit Marx und Engels bekannt war und deren Ideen vertrat. Im Herbst desselben Jahres fand nochmals auf Betreiben Borns ein Arbeiterkongreß in Berlin statt, auf welchem 35 Arbeitervereine vertreten waren. Dieser schuf die «Arbeiterverbrüderung», eine zentrale Organisation über ganz Deutschland, die sich in Lokal- und Bezirkskomitees gliederte. Ueber dem ganzen stand als Spitze das «Zentralkomitee der Deutschen Arbeiter» in Leipzig, dessen Vorsitzender Born wurde. Diese Vereine waren noch nicht beruflich gegliedert.

Vorher, im Juli, fand auch in Frankfurt ein Arbeiterkongreß statt. Der hier gebildete «Allgemeine Deutsche Arbeiterverein» hatte zum Hauptzweck, für die Verbesserung der sozialen Lage sowie für die geistige und gesellige Unterhaltung aller arbeitenden Stände zu sorgen. Er sollte strengste politische Neutralität üben. Geistiger Führer dieser Bewegung war der Kasseler Professor Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo).

Im Jahre 1849 kam es in Heidelberg zwischen Marlo und Born zum Prinzipienkampf. Marlo forderte die zünftlerische Reorganisation der Wirtschaft, Born dagegen vertrat den Sozialismus. Marlo unterlag. Es wurde beschlossen, die Zentralkomitees von Frankfurt und Leipzig zu einem gemeinschaftlichen Zentralkomitee für die Arbeiter Deutschlands mit dem Sitz in Leipzig zu vereinigen. Dieser neuen Organisation schlossen sich viele Arbeitervereinigungen an. Durch Beschluß des Bundesrates vom 13. Juli 1854 wurden alle Vereine, die kommunistische, sozialistische oder politische Ziele verfolgten, von den deutschen Bundesstaaten aufgelöst. Somit fand die Arbeiterverbrü-

derung, die es in ihrer höchsten Blüte auf rund 250 Ortsvereine gebracht hatte, ein frühzeitiges Ende.

Der Auflösung verfielen auch einige im Jahre 1848 gegründete Berufsvereine, die örtlich begrenzt waren.

Es kam zu einer Periode gewerkschaftlicher Stille. Die sich ungemein entwickelnde Industrie hoffte, die Arbeiter sich zu Bundesgenossen zu erziehen. Sie schritt zu diesem Zwecke zur Gründung von Arbeiterbildungsvereinen, Konsumvereinen und ähnlichen Veranstaltungen. Nach Bebel schossen diese Arbeitervereine zu Anfang der 60er Jahre «aus dem Boden, wie Pilze nach einem warmen Sommerregen»[6]).

Durch Berichte von Wilhelm Liebknecht und Max Hirsch über die gewaltige Bedeutung der Gewerkschaften, mit dem Bekanntwerden der Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels, faßte der Organisationsgedanke in der Arbeiterschaft festeren Fuß. Sie verlangte nach Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und Koalitionsfreiheit. Dem Liberalismus, der selbst das größte Interesse an der Gewerbefreiheit hatte, gelang es, die Verwirklichung dieser Wünsche durchzusetzen. Nunmehr war es der Arbeiterschaft möglich, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Ferdinand Lassalle, der erste Führer der Arbeiterschaft nach der Erlangung der Koalitionsfreiheit, war kein Anhänger des Gewerkschaftsgedankens. Er sah in der Gewerkschaft nur «den hoffnungslosen Versuch der Ware Arbeit sich als Mensch zu gebärden». Die soziale Frage konnte nach ihm nur durch die Erringung der politischen und staatlichen Macht seitens der Arbeiterschaft gelöst werden. Daher trat er für das allgemeine und freie Wahlrecht sowie für die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe ein. Im Jahre 1863 erschien Lassalles «Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongres-

[6]) Bebel August, Aus meinem Leben. 4. Auflage. Stuttgart 1919. I. Teil. Seite 51.

ses» als politisch-soziale Programmschrift für den Arbeiterkongreß in Leipzig. Auf diesem wurde der «Allgemeine Deutsche Arbeiterverein» gegründet. Der Lassallesche Verein stellte sich zur Aufgabe, die Massen politisch zu organisieren und das Proletariat «klassenbewußt» zu machen.

Die Propagierung von Gewerkschaften in der Art der englischen Trade Unions durch Hirsch und Liebknecht ließ die Epigonen Lassalles, um sich nicht zu isolieren, nachgeben. Es wurden wirtschaftliche Organisationen für Arbeiter geschaffen. 1865 wurde der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein gegründet, dem die Fachvereine der Goldarbeiter, Buchdrucker, Schneider usw. folgten.

Jean Baptiste von Schweitzer[7]) und Fritzsche, die nach dem Tode Lassalles die Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Händen hatten, begrüßten auf der Generalversammlung in Hamburg im Jahre 1887 die Trade Unions als Vorkämpfer der Arbeitersache, «um sozialistische Erkenntnis zu verbreiten».

Inzwischen war ein begeisterter Apostel des Genossenschaftswesens, Dr. Max Hirsch, nach England gereist, um dort Anregungen und Belehrungen für seine soziale Arbeit zu suchen. Der ausgezogene Genossenschafter kehrte als warmer Freund der Gewerkschaften in die Heimat zurück. In seinen «Sozialen Briefen aus England», die er in der Franz Dunckerschen «Volkszeitung» veröffentlichte, setzte er sich für die Einführung von Gewerkschaften nach englischem Muster in Deutschland ein. Der von Lassalleanern im Jahre 1868 nach Berlin einberufene Deutsche Arbeiterkongreß trat scharf gegen die Mitglieder der Fortschrittspartei Schulze-Delitzsch und Max Hirsch,

---

[7]) Die Rolle von Schweitzers in der Arbeiterbewegung ist sehr umstritten. Bebel sieht den eigentlichen Zweck in der Tätigkeit v. Schweitzers darin, «eine der Regierung politisch gefügige Arbeiterbewegung» zu schaffen; er ist sogar überzeugt, daß v. Schweitzer im Dienste Bismarcks stand. In Mehring findet v. Schweitzer einen Verteidiger.

aber auch gegen Liebknecht und Bebel auf. Hirsch und Duncker, die opponieren wollten, wurden hinausgewiesen. Auf diesem Kongreß wurde eine zentralisierte Gewerkschaft, der «Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsverband» gegründet. Er war als eine Zentralleitung von 32 Berufsgruppen, «Arbeiterschaften» gedacht. Indem der Vorsitz dieses neuen gewerkschaftlichen Verbandes von Schweitzer und Fritzsche übertragen wurde, verband man den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, die politische Schöpfung Lassalles, durch Personalunion mit diesem.

Aus nicht erklärlichen Gründen wurde der Verband, der einen guten Erfolg verzeichnen konnte, auf Antrag von Schweitzers im Jahre 1870 in den «Allgemeinen Deutschen Arbeiterunterstützungsbund» umgewandelt. Dieser setzte sich aus örtlichen Vereinen ohne berufliche Gliederung zusammen; seine Mitglieder hatten die Grundsätze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins anzuerkennen. Der neue Bund wurde nicht populär. Im Jahre 1874 wurden die Arbeiterschaften aufgelöst.

Karl Marx fand die Organisation der Arbeiterklasse in politisch-neutrale Gewerkschaften unentbehrlich. Obwohl ihm das englische Gewerkschaftssystem vorschwebte, vertrat er doch die Notwendigkeit der internationalen Vereinigung. Von den englischen Arbeitern unterstützt, gründete Marx am 28. September 1864 in London die «Internationale Arbeiterassoziation», die sich zu seinem kommunistischen Manifest bekannte[8]).

Seit der Begründung der Internationalen Arbeiterassoziation nahm der Einfluß der Marxisten in den von der liberalen Fortschrittspartei gegründeten Arbeiterbildungsvereinen immer mehr zu. Auf der Tagung dieser Vereine in Gera im Jahre 1867 errang bei der Wahl zum Vorsitzenden das Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation

---

[8]) In einem besonderen Abschnitt wird näher auf diese internationale Organisation eingegangen.

August Bebel mit 19 gegen 13 Stimmen den Sieg über Max Hirsch. Bebel versuchte sofort, die Arbeiterbildungsvereine der Internationale zuzuführen. Es gelang ihm auch auf dem nächsten Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine in Nürnberg, sein Musterstatut für «Internationale Gewerksgenossenschaften» durchzusetzen, sein Programm im Sinne der Internationale zur Annahme zu bringen. Nach Bebels Selbstbiographie sollte mit dem Titel «Internationale Gewerksgenossenschaften» «in der Hauptsache mit dem Namen die Tendenz ausgedrückt werden»[9]). Es kam eine Anzahl dieser Organisationen zustande.. Zu Beginn des Jahres 1869 wurde die «Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter» gegründet, ihr folgten auf dem Fuß die Gewerksgenossenschaften der Maurer und Zimmerer, der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Schneider, Kürschner und Kappenmacher, der Schuhmacher, der Buchbinder, der Berg- und Hüttenarbeiter.

Außer diesen unter sozialistischem Einfluß stehenden Organisationen war eine größere Anzahl von Berufsvereinen, sogenannten Fachvereinen, örtlich gebildet worden. Diese schlossen sich keinem der beiden Verbände enger an. Sie wurden meist politisch neutral betrieben, den Mitgliedern aber war es freigestellt, sich in politischen Vereinen zu betätigen. Das erweckte in dem Tischler York die Idee, die Gewerkschaften überhaupt auf eine neutrale Basis zu stellen.

York wollte die Gewerkschaften in beruflicher Gliederung zu Zentralverbänden vereinigen und sie aus der politischen Abhängigkeit von beiden sozialistischen Parteien befreien. Der Eisenacher Kongreß (1869) führte zur Erörterung der Gewerkschaftsfrage. Das Prinzip von Schweitzers, die Aufnahme in die Gewerkschaft vom politischen Glaubensbekenntnis abhängig zu machen, wurde mißbilligt, dagegen auf Antrag Yorks eine Resolution zu Gunsten

[9]) Bebel August, a. a. O. I. Teil. Seite 220.

der Einigung der Gewerkschaften angenommen. Schließlich kam im Jahre 1872 in Erfurt ein Gewerkschaftskongreß, der für geeinigte neutrale Gewerkschaften eintrat, zustande. Der Tod Yorks (1875) setzte seinen Ideen ein frühzeitiges Ende.

Im Anschluß an den Gothaer Kongreß, der die sozialistischen Parteien einigte, fand im Jahre 1875 die Einigung der sich bekämpfenden sozialistischen Berufsvereine statt.

Ende 1877 zählt Geib unter Ausschluß der Hirsch-Dunckerschen Organisationen in Deutschland 30 Gewerkschaften mit 49 055 Mitgliedern in 1 266 Ortsgruppen. Schmöle errechnete 29 Gewerkschaftsverbände mit 58 000 Mitgliedern in 1 300 Zweigvereinen. Mithin waren von rund zwei Millionen Arbeitern in jener Zeit noch nicht einmal 3% in den Gewerkschaften organisiert.

Weiter konnte sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung vorderhand nicht entwickeln. Das «Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie» vom 21. Oktober 1878, bekannt unter dem Namen «Sozialistengesetz», richtete sich nicht nur gegen die sozialistischen Vereine und Gewerkschaften, sondern auch gegen Genossenschaften und Krankenkassen. Die neuen sozialen Versicherungsgesetze wurden von der Arbeiterschaft kühl aufgenommen. Den Christlich-Sozialen gelang es nur einige evangelische Arbeitervereine ins Leben zu rufen. Erst die Erlaubnis zur Gründung von neutralen Fachvereinen ließ die Gewerkschaftsbewegung auferstehen. Nach Braun stieg die Zahl der Fachvereine in Berlin von 18 des Jahres 1882 auf 50 im Jahre 1884. Aehnlich war die Entwicklung an anderen Orten. Diesen lokalen Vereinen gelang es sogar, sich zu zentralisieren, was die Arbeiterschaft in Lokalisten und Zentralisten spaltete.

Trotz aller Unterdrückungen kann nach einer Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beim Ablauf des Sozialistengesetzes die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung 58 Zentralverbände mit 3 872 Zweigvereinen und 301 200 Mitgliedern aufweisen, nach

einer Polizeistatistik sogar 320 213 Mitglieder. Somit hatten sich in der Zeit der Geltung des Sozialistengesetzes die Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften versiebenfacht.

Im Jahre 1890 wurde das Ausnahmegesetz aufgehoben. Die Gewerkschaftskonferenz dieses Jahres schuf eine Spitzenvertretung, die Generalkommission, mit dem Sitz in Hamburg. Das Hauptproblem für die Gewerkschaften war zu entscheiden, ob sie selbständige Gebilde oder nur Anhängsel der politischen Partei seien. Sie entschlossen sich für die Selbständigkeit. Der Kongreß zu Halberstadt im Jahre 1892 entschied sich für die territoriale Zentralisation (Verbände über ganz Deutschland mit zentralistischer Spitze und ebensolcher Exekutive) der Gewerkschaften. Es zeigten sich aber auch schon die ersten Ansätze der Industrieverbände.

Um die Mitte der 90er Jahre entfaltete sich Deutschland nach der Ueberwindung mehrerer wirtschaftlichen Krisen zum machtvollen Industriestaate. Die Arbeiterschaft begann einzusehen, daß nicht die sozialistische Partei, sondern der Berufsverein die gegebene Form zur Umgestaltung ihrer Lebenslage sei. Die Gewerkschaften gewannen das Vertrauen der Masse; diese vernachlässigte sie nicht mehr neben der politischen Partei. Die stetige, fast ununterbrochene Vergrößerung und Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung hielt bis zum Beginn des Weltkrieges an.

Nachstehende Tabelle gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der deutschen freien Gewerkschaften von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Weltkrieges[10]).

---

[10]) Zwing Karl, Geschichte der Deutschen Freien Gewerkschaften. 2. Auflage. Jena 1926. Seite 82.

Jahr	Zentral-verbände	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	
		insgesamt	davon weibliche
1891	62	277 659	—
1892	56	237 094	4 355
1893	51	223 530	5 384
1894	54	246 494	5 251
1895	53	259 175	6 697
1896	51	329 230	15 265
1897	56	412 359	14 644
1898	57	493 742	13 481
1899	55	580 473	19 280
1900	58	680 427	22 844
1901	57	677 510*)	23 699
1902	60	733 206	28 218
1903	63	887 698	40 666
1904	63	1 052 108	48 604
1905	64	1 344 803	74 411
1906	66	1 689 709	118 908
1907	61	1 865 506	136 929
1908	60	1 831 731*)	138 443
1909	57	1 832 667*)	133 888
1910	53	2 017 298	161 512
1911	53	2 339 785	191 332
1912	50	2 553 162	222 809
1913	49	2 573 718	230 347
1914	48	2 075 759**)	210 314

*) Kleiner Rückgang, Krisenjahre. **) Rückgang wegen Mobilmachung.

Nachdem Max Hirsch und Franz Duncker im Jahre 1868 in Berlin vom Gründungskongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverbandes entfernt worden waren, beriefen sie eine Protestversammlung ein. Auf dieser begründete Max Hirsch vor seinen Anhängern seine «Grundzüge für die Konstituierung der deutschen Gewerkvereine». Es wurde die Gründung der nach Hirsch und Duncker benannten Gewerkvereine beschlossen. Hirsch

betonte stets, daß er nur nationale Gebilde schaffen wolle; daher lehnen diese Gewerkvereine den internationalen Gedanken prinzipiell ab, wenn auch ein Ideenaustausch mit Vereinen gleicher Richtung im Auslande nicht verworfen wird. Max Hirsch sah nur im staatlichen Arbeiterschutz die Möglichkeit zur Besserung der Lage des Arbeiters. Nach ihm sind die Gewerkvereine nationale Gebilde, die den Klassenkampf verwerfen und religiöse Neutralität üben. Sie sollten ganz nach dem Muster der englischen Trade Unions aufgezogen werden. Die Grundlage waren lokale Ortsvereine, die zu nationalen Gewerkvereinen, an deren Spitze ein Generalrat stand, zusammengefaßt wurden. 1869 wurde der «Verband der Deutschen Gewerkvereine H. D» mit einem Zentralrat als Spitzenorganisation gegründet.

Die Deutschen Gewerkvereine hatten anfangs einen großen Zustrom. Ende 1869 wiesen sie 13 nationale Organisationen mit 258 Ortsvereinen und rund 30 000 Mitgliedern auf. Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 schmolz die Zahl der Mitglieder auf 6000 zusammen. Verhängnisvoll für sie war ein von Waldenburger Bergleuten geführter Streik zum Schutz ihres Koalitionsrechts. Dieser endete mit der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit, wobei die Führer des Streiks und 1 114 Arbeiter ihren Lebensunterhalt verloren. In der Zeit des Sozialistengesetzes zogen die Gewerkvereine keinen Nutzen aus der Lahmlegung der freien Gewerkschaften.

Nach dem Fallen des Sozialistengesetzes gab es nach einer Polizeistatistik Ende 1890 neben 320 213 Mitgliedern der freien Gewerkschaften 63 000 Angehörige der Deutschen (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkvereine. Die Gewerkvereine gerieten immer mehr ins Hintertreffen, im Jahre 1905 zählten sie in 2 158 Ortsgruppen 117 097 Mitglieder, während die sozialistischen freien Gewerkschaften über 1 344 803 Mitglieder in 9 525 Zweigvereinen verfügten. Selbst von den im Jahre 1894 gegründeten Christlichen Gewerkschaften, die im nächsten Abschnitt behandelt werden, wurden sie überflügelt.

Die Gruppe der Christlichen Gewerkschaften ist die dritte Form der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Während die freien Gewerkschaften sozialistisch sind, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine von der liberalen Partei ins Leben gerufen wurden, so stellt sich diese Gruppe von Arbeiterorganisationen auf den Boden des Christentums.

Eigentlicher Initiator dieser Richtung war der Mainzer Bischof von Ketteler, ein Feind des Liberalismus. Bezüglich der Genossenschaften teilte er die Meinung Lassalles, daß sie der Arbeiterschaft nicht helfen könnten. Die sozialistische Arbeiterpartei aber wurde von Bischof von Ketteler wegen ihrer Religionsfeindlichkeit abgelehnt. Hilfe sah er für die Arbeiterschaft nur in der Erfüllung des Wirtschaftssystems mit christlichem Geist durch die Bildung von konfessionellen Vereinen. Diese seit 1869 erstandenen christlich-sozialen und konfessionellen (katholischen) Arbeitervereine waren die Vorläufer der nachmaligen christlichen Gewerkschaften.

Nach den Ideen der evangelischen Sozialpolitiker wie Adolf Stöcker, Rudolf Todt, Adolf Wagner u. a. entstand als Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie und gegen den Katholizismus im Jahre 1882 in Gelsenkirchen der erste evangelische Arbeiterverein, dem weitere folgten. Bereits im Jahre 1890 wurde der «Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine» gegründet. Der Kulturkampf mit seinen religiösen Befehdungen wurde auch in die Arbeitervereine beider christlichen Richtungen hinübergetragen. Der gemeinsame Gegensatz gegen die Sozialdemokratie brachte nach den Tagen des Kulturkampfes die evangelischen und katholischen Arbeitervereine einander näher.

Am 28. August 1894 wurde unter der Leitung des Bergmannes August Brust der «Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund» gegen die Einflüsse der Sozialdemokratie gegründet. Der ersten Gründung folgten recht bald ähnliche anderer christlich gesinnten Arbeitergruppen. Die christlichen Gewerkvereine sollten politische und konfessionelle, nicht aber welt-

anschauliche Neutralität üben, sie sollten christlich, interkonfessionell, antisozialistisch sein.

Ihre Mitgliederzahl wuchs sehr schnell. Im Jahre 1899 fand schon der erste Christliche Gewerkschaftskongreß statt, auf welchem die Gründung des «Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften», der am 1. Januar 1901 ins Leben trat, beschlossen wurde. Im Jahre 1905 waren diesem christlichen Gewerkschaftsverbande bereits 195 401 Arbeiter angeschlossen, außerdem noch 8 Verbände mit 77 354 Mitgliedern, die sich auf den Boden der christlichen Gewerkschaften stellten. Die Spitzenvertretung dieses Zentralverbandes wurde das «Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften».

Es gab auch Arbeiter, denen die Voraussetzungen der Harmonie der Interessen von Kapital und Arbeit der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sowie die Friedfertigkeit der christlichen Gewerkschaften noch zu aggressiv waren. Diese erstrebten die Förderung ihrer Interessen grundsätzlich im freundlichen Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeber und zwar in der Weise, daß zuerst die Arbeitgeberinteressen zur Geltung kommen. Auch sie schafften sich Arbeitervereinigungen und zwar wirtschaftlich friedliche, die unter dem Namen «gelbe» Gewerkschaften bekannt sind.

Der Ursprung dieser Bewegung stammt aus Frankreich. Die gelben Arbeitervereinigungen wurden um die Jahrhundertwende als Gegengewicht gegen die syndikalistischen Gewerkschaften meist als katholische Arbeitervereine gegründet. Da die sozialistischen Arbeiter sich als Abzeichen eine rote Heckenrose ins Knopfloch steckten, dekorierten sich diese friedliebenden Arbeiter mit der gelben Ginsterblüte. Nach einer anderen Version soll die Bezeichnung «gelb» von ihren Kundgebungen stammen, die sie um sie auffallender zu gestalten, auf gelbem Papier druckten. Angenommen wird auch, daß die Bezeichnung davon herrühre, daß, als in Montceau-les-Mines sämtliche Fensterscheiben des Sitzes einer solchen Organisation eingeschla-

gen waren, sie durch gelbes Papier ersetzt wurden[11]). Nach Feßmann sind es mehr die Nebenbedeutungen des Wortes «gelb» in der französischen Sprache (Renegat, betrogener Ehemann, Feigling, hoffnungslos, krank)[12]), mithin ist nach dieser Erklärung die Bezeichnung «gelb» mehr als Schimpfwort zu betrachten.

Die «Gelben» verließen sich so sehr auf ihren Arbeitgeber, daß sie gegen jegliche staatliche Sozialpolitik waren. Aus diesem Grunde bekämpften sie naturgemäß alle politischen Parteien, die den Staat dazu lenkten.

Diese Bewegung griff schnell auf Deutschland über. Hier wurden die gelben Gewerkschaften meist von kampfmüden oder nicht organisiert gewesenen Arbeitern gegründet. Seit 1905 ist im Einvernehmen mit den Arbeitgebern eine ganze Reihe solcher wirtschaftsfriedlichen Werkvereine entstanden. Wegen ihrer ständigen Verhandlungsbereitschaft werden sie meist als Organisationen des Streikbruchs aufgefaßt und erfreuen sich der lebhaftesten Förderung seitens der Unternehmer. Entstanden ist diese Bewegung wohl als Reaktion gegen die Ueberspannung des Klassenkampfprinzips. Jedenfalls sind diese Vereinigungen nicht eigentliche Berufsvereine oder Gewerkschaften, vielmehr Werkvereine, die sich nicht nach beruflicher Betätigung der Mitglieder gliedern, sondern die Arbeiter eines Unternehmens umfassen. «Wird ein starker Druck von Arbeitgebern zu Gunsten der Werkvereine ausgeübt, so entsteht die Gefahr einer Gesinnungsheuchelei, deren Vertreter der Berliner Volkswitz als Blutapfelsinen kennzeichnet, nämlich außen gelb und innen rot[13]).» Diese gelben Organisationen gefährden im höchsten Grade die Einheit und Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung.

---

[11]) Louis Paul, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich (1789—1912). Deutsch von Hedwig Kurucz-Eckstein. Stuttgart 1912. Seite 145.

[12]) Herkner Heinrich, Die Arbeiterfrage. 6. Auflage. Band I. Seite 210. Berlin 1916.

[13]) Ebenda Seite 216.

Obgleich diese gelben, wirtschaftsfriedlichen Werkvereine keine eigentlichen Gewerkschaften sind, sind sie hier erörtert worden, da sie meist mit den Gewerkschaften zusammen genannt werden.

Sämtliche Spielarten der deutschen Gewerkschaften entwickelten sich trotz der Unterdrückung.

Im Jahre 1913 wiesen die deutschen Gewerkschaften folgende Mitgliederzahlen und Vermögen auf[14]):

	Mitglieder	Vermögen
Freie Gewerkschaften	2 548 763	88 000 000 M.
Christl. Gewerkschaften	342 785	9 682 796 -
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	109 225	1 728 528 -

Da brach im Jahre 1914 der Weltkrieg aus. Die Mitgliederzahl schmolz sehr stark, waren doch gleich in den ersten Kriegsmonaten «über 3/4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder eingezogen worden, und bis Ende 1915 hatten die militärischen Einziehungen die Gewerkschaften um über die Hälfte des Mitgliederbestandes gelichtet»[15]). Die Mitgliederwerbung war infolge des Krieges äußerst gering und konnte keineswegs einen Ausgleich für die Verluste schaffen. Den größten Tiefstand erreichte die Mitgliederzahl im Jahre 1916. Es zählten in diesem Jahre im Durchschnitt[14]):

Freie Gewerkschaften	956 000 Mitglieder
Christliche Gewerkschaften	174 000 -
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	58 000 -

Im Jahre 1917 setzte schon wieder die Zunahme der Mitgliederzahl ein und zwar durchschnittlich bei den[16]):

Freien Gewerkschaften	um 46,5%
Christlichen Gewerkschaften	- 40%
Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen	- 37%

[14]) Weber Adolf, a. a. O. Seite 84.
[15]) Zwing Karl, Geschichte a. a. O. Seite 163.
[16]) Weber Adolf, a. a. O. Seite 84.

Bemerkenswert ist hierbei eine starke Zunahme der weiblichen Mitglieder.

Naturgemäß erlitten die Einnahmen der Gewerkschaften ebenfalls eine gewaltige Einbuße.

Nach der deutschen Revolution von 1918 fand ein gewaltiger Zustrom neuer Mitglieder insbesondere zu den freien Gewerkschaften statt. Jetzt endlich konnten von dem Koalitionsrecht auch die bisher rechtlich oder faktisch verhinderten Berufsgruppen, obgleich sie schon längst dazu «reif» waren, nach erfolgter gewerkschaftlicher Organisierung, Gebrauch machen: nicht nur Landarbeiter, Staats- und Gemeindearbeiter, sondern auch die Organisationen der kaufmännischen und technischen Angestellten, sogar die Beamten bekannten sich offen zu der gewerkschaftlichen Organisationsform. Die Gewerkschaften waren «gesellschaftsfähig» geworden. Die Spitzenvereinigungen der Unternehmer erkannten am 15. November 1918 die Gewerkschaften als berufene Vertretungen der Arbeiterschaft an.

Die Staatsumwälzung hatte die Macht der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften gewaltig vermehrt. Der Nürnberger Kongreß der Gewerkschaften von 1919 «bezeichnet den Punkt, an dem die Wirksamkeit der Gewerkschaften von der Mitbestimmung bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen übergreift auf das Gebiet der unmittelbaren Mitbestimmung bei der Verwendung der Arbeitskräfte und Produktionsmittel und bei der Gestaltung einer gesellschaftlichen Organisation der Arbeit»[17]). Dieser Kongreß beschloß den Wiederaufbau des zerrütteten Wirtschaftslebens in der Richtung der Gemeinwirtschaft unter Abbau der Privatwirtschaft zu fördern. Um den Gewerkschaften ihre unabhängige Vertretung der Arbeiterinteressen zu sichern, wurden für die Ausübung des Mitbestimmungsrechts Betriebsräte, die sich auf die Macht der Gewerkschaften stützen sollten, in Aussicht genommen. Die

[17]) Seidel Richard, Die Gewerkschaften nach dem Kriege. Seite 3. Berlin 1925.

deutsche Gewerkschaftsbewegung glaubte sich auf dem Wege der Sozialisierung. Doch die sozialistische Wirtschaftsordnung läßt sich nicht mit einem Schlage durchführen. Immerhin erreichten die Gewerkschaften den wichtigen Artikel 165 der Reichsverfassung, in welchem es heißt: «Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken...»

Den freien Gewerkschaften strömten die Massen zu. Die veränderte rechtliche Lage der Arbeiterorganisationen, ihre Macht ließ die Massen auf die baldigste Verwirklichung ihrer sozialen Ziele hoffen. Noch mehr maßgebend für den Zustrom waren Opportunitätsgründe, denn die Gewerkschaften erschienen den demobilisierten Kriegern «als die wesentlichen Träger der wirtschaftlichen Demobilmachung und als Träger der Tarifverträge»[18]), von ihnen wurde die Sicherung des Arbeitsplatzes und eines auskömmlichen Lohnes erwartet.

Am 4. Februar 1920 erhielt die deutsche Arbeiterschaft das Gesetz über die Betriebsräte, welches ein Kompromiß war und niemand befriedigte. Durch dieses Gesetz erhielt das neugeschaffene Institut der Betriebsräte drei Gruppen von Obliegenheiten:

1. Die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zum Schutz des Arbeitsfriedens: die Mitwirkung bei der Feststellung und Einhaltung der Arbeitsbedingungen, die Bekämpfung der Betriebsgefahren.

2. Die Mitwirkung an der Betriebsleitung: Beratung und Vorschlag neuer Arbeitsmethoden, Recht auf Auskunft durch Vorlage und Erläuterung der Betriebsbilanz, Vertretung im Aufsichtsrat.

3. Die Mitwirkung bei der Einstellung und der Entlassung von Arbeitnehmern.

---

[18]) Seidel Richard, a. a. O. Seite 37.

Trotzdem das Betriebsrätegesetz für die Arbeiterbewegung einen weiteren Schritt vorwärts bedeutete, so ist doch nicht zu verkennen, daß gerade dieses Gesetz eine Schwächung der Gewerkschaften brachte. Der Rätegedanke wollte den Einzelbetrieb zum Fundament der Arbeiterorganisation machen, die berufliche oder industrielle Gliederung der Arbeiterschaft beiseiteschieben. Die große Masse, der die jahrelange gewerkschaftliche Schulung fehlte, erkannte nicht gleich die Gefahr, sie wählte oft zu Betriebsräten die hierfür von ihrem Standpunkt aus nicht geeigneten Leute. Es kam dazu, daß einzelne Betriebsräte die Arbeiterschaft von den Gewerkschaften zu entfremden suchten. Der Zug der Betriebsräte ging dahin, eine von den Gewerkschaften unabhängige selbständige Arbeiterorganisation zu schaffen. Die Selbständigkeitsbestrebungen der Betriebsräte, in denen infolge ihrer Träger Arbeiter- und Angestelltenintéressen verquickt waren, gingen so weit, daß sie Streiks auf eigene Faust ohne Parole der Gewerkschaftsleitung unternahmen. Sehr schwer nur gelang es den Gewerkschaften, die Betriebsräte sich gefügig zu machen. Und schon erstanden den deutschen Gewerkschaften zwei neue Feinde, die eine Krise heraufbeschworen. Einerseits versuchten die «kommunistischen Keimzellen» die freien sozialistischen Gewerkschaften zu sprengen. Andererseits aber brach über Deutschland die Inflation herein, die Geldentwertung zerstörte das Organisationsvermögen, legte die Agitationsmöglichkeiten lahm, lockerte die Verbindung mit den Massen. Währungs- und Wirtschaftskrise, die wankende Lohngestaltung brachten in die Massen einen panikartigen Schrecken, schufen Mißtrauen gegen die Gewerkschaften. Den überaus geschwächten Gewerkschaften gelang es nicht, die 1918 eroberte Machtstellung zu behaupten. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften nahm rapide ab. Das Unternehmertum ging zum Angriff über. Diese sogenannte Krise der Gewerkschaften wies neben den heftigsten Lohnkämpfen und gewaltiger Zunahme der Arbeitslosigkeit den Verlust des im Jahre 1918 eroberten achtstündigen Höchst-

arbeitstages auf. Nur allmählich gelang es den Gewerkschaften, sich wieder zu stärken. Sie suchen jetzt das Verlorene wiederzugewinnen.

Die Beteiligung von Angestellten und Beamten an der Gewerkschaftsbewegung führte von den weltanschaulichen Gruppen der Arbeitergewerkschaften zu weltanschaulichen Bünden der Arbeitnehmer.

Aus der «Generalkommission der freien Gewerkschaften» wurde der «Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund» (A. D. G. B.). Seine Entstehung verdankt er der sogenannten Drei-Säulen-Theorie, d. h. der Idee, die drei Säulen der Arbeitnehmer: Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammenzuschließen. Der dauernde Anschluß des «Deutschen Beamtenbundes» glückte nicht. Der «Allgemeine freie Angestelltennverband» (Afa) schloß aber mit den freien Gewerkschaften ein festes und enges Kartellverhältnis.

Die christlichen Gewerkschaften bilden mit dem «Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband», dem «Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellten» und der «Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter» den «Deutschen Gewerkschaftsbund» (D. G. B.).

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vereinigten sich mit dem «Gewerkschaftsbund der Angestellten» (G. d. A.) zum Gewerkschaftsring «deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände».

4. Internationale Verbindungen.

Die Voraussetzung für eine internationale Gewerkschaftsvereinigung war vor allen Dingen die nationale Einigung der Arbeiterschaft. Letzteres war nicht so früh gegeben, Zwistigkeiten im eigenen Lager hinderte die Arbeiter am internationalen Zusammenschluß. Ein weiteres Hindernis war die Verschiedenheit der Sprachen und die Mannigfaltigkeit der Formen der beruflichen Organisationen der Lohnarbeiterschaft. So kam es anfangs auf den einzelnen nationalen Gewerkschaftskongressen zu ganz unver-

bindlichen Besuchen der Berufsorganisationen gleichsprachiger oder benachbarter Länder. Diese gegenseitige Teilnahme war aber unverbindlich, es war nur ein loser Verkehr zwischen den Arbeitern einzelner Länder.

Die Marxsche Internationale muß als politische Organisation angesprochen werden, sie stellte die politischen, nicht die Gewerkschaftsfragen in den Vordergrund.

Der erste Versuch eines internationalen Gewerkschaftskongresses wurde im Jahre 1888 in London von der englischen Arbeiterschaft unternommen. Da aber die Gewerkschaften einer Reihe bedeutender Staaten des Festlandes nicht geladen wurden, große Gegensätze zwischen den englischen und den anderen Delegierten bestanden, nahm der Kongreß einen negativen Verlauf. Nun bemühte sich die französische Arbeiterschaft ein internationales Arbeitssekretariat zu schaffen. Doch der im Jahre 1900 in Paris abgehaltene Kongreß wies außer den französischen nur einige englische, italienische und schwedische Vertreter auf. Bei dieser Zusammensetzung und der ungenügenden Beteiligung mußte natürlich auch hier von der Gründung einer internationalen Organisation Abstand genommen werden.

Dänemark blieb es vorbehalten, die erste internationale Gewerkschaftskonferenz zustande zu bringen. Die Vertreter von Gewerkschaften und politischen Organisationen der skandinavischen Arbeiter hielten bereits seit 1886 gemeinsame Arbeiterkongresse ab. Anläßlich eines solchen skandinavischen Kongresses in Kopenhagen im Jahre 1901 lud der Vertreter der dänischen Arbeiterschaft die Sekretäre der Landesorganisationen der Gewerkschaften Europas zu diesem Kongreß ein. Auf diesem wurde beschlossen, allgemeine Fragen den Arbeiter- und Sozialistenkongressen zu überlassen, zur Besprechung von internationalen Gewerkschaftsfragen aber die Landeskongresse mit Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen zu beschicken.

Die zweite Konferenz in Stuttgart beschloß, an diesen regelmäßigen Konferenzen der Gewerkschaftssekretäre fest-

zuhalten und die gewerkschaftliche Landeszentrale eines Landes zur internationalen Zentralstelle zu bestimmen. Die Wahl fiel auf Deutschland. So kam die Zentralstelle der internationalen Gewerkschaftsbewegung nach Berlin. Ihre Hauptaufgaben waren, eine ständige Verbindung zwischen den Gewerkschaften der angeschlossenen Länder zu schaffen, die gegenseitige Unterstützung bei Arbeitskämpfen zu regeln, sowie die Arbeiterschaft über die sozialpolitische Gesetzgebung der einzelnen Länder aufzuklären.

Die Konferenz des folgenden Jahres in Dublin löste die deutsche gewerkschaftliche Landeszentrale als internationale Zentralstelle durch einen «Internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen» ab. Das Sekretariat verblieb Deutschland, der deutsche Gewerkschaftsführer Carl Legien wurde internationaler Sekretär. Auf dieser Konferenz wurde festgelegt, daß an den internationalen Konferenzen nur die Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen der einzelnen Länder teilnehmen sollten; die Konferenzen aber nur alle zwei Jahre stattzufinden hätten.

Den ersten größeren Zwiespalt in die internationale Gewerkschaftsbewegung säten die französischen Arbeiter. Ihre Landeszentrale verlangte vom internationalen Sekretär, daß er die Fragen Antimilitarismus, Generalstreik und Achtstundentag auf die nächste Tagesordnung setze. Da Legien die internationale Gewerkschaftskonferenz für die Beratung der beiden ersten Fragen als unzuständig erklärte, worin ihm die Mehrheit der Landeszentralen zustimmte, blieben die Franzosen von der 4. Konferenz in Amsterdam (1905) fern. Diese billigte mit Ausnahme einer einzigen Landeszentrale das Verhalten Legiens.

Zu dieser Zeit hatten sich dem Internationalen Sekretariat bereits folgende 14 Länder offiziell angeschlossen: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien, Ungarn und Victoria (Australien).

Veranlaßt durch die französischen Anträge nahm die Amsterdamer Konferenz folgende Resolution, wenn auch nicht alle Absätze einstimmig, an[19]):

«1. Die Sekretäre der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen, respektive die von den gewerkschaftlichen Landeszentralen ernannnten oder von den angeschlossenen Gewerkschaften gewählten Delegierten treten alle zwei Jahre zu einer Konferenz zusammen. Zu dieser Konferenz darf jede Landeszentrale höchstens zwei Delegierte entsenden.

2. Es ist Aufgabe der Konferenz, zu beraten über den engern Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehende Fragen.

3. Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.»

Die Franzosen blieben aber infolge ihrer zum Präzedenzfall erhobenen Streitfragen auch der 5. Konferenz im Jahre 1907 in Kristiania (Oslo) fern. Um endgültige Klarheit über den Kreis der Aufgaben der internationalen Gewerkschaftskonferenz zu schaffen und der französischen Landeszentrale einmütig gegenüberzutreten, wurde von der Konferenz nachstehende Resolution einstimmig angenommen[20]):

«Die Internationale Konferenz der Vertreter der Gewerkschaften von England, der Niederlande, von Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Italien, abgehalten am 15. und 16. September in Kristiania, hat sich mit dem wiederum

[19]) Sassenbach Johann, Fünfundzwanzig Jahre Internationale Gewerkschaftsbewegung. Amsterdam 1925. Seite 17.

[20]) Ebenda Seite 22 ff.

eingebrachten Antrage des Französischen Gewerkschaftsbundes beschäftigt, wonach auf die Tagesordnung der Konferenz die Frage des Antimilitarismus und des Generalstreiks gesetzt werden soll.

Die Konferenz wiederholt den in Amsterdam gefaßten Beschluß, laut welchem die internationalen Konferenzen die Aufgabe haben zu beraten über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung in wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterschaft in Zusammenhang stehende Fragen.

Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.

Die Konferenz erachtet die Fragen des Militarismus und Generalstreiks als solche, die nicht von einer Konferenz von Gewerkschaftsfunktionären, sondern nur von der Vertretung der Gesamtheit des internationalen Proletariats, von den regelmäßig stattfindenden internationalen Sozialistenkongressen zu erledigen sind, zumal in Amsterdam und Stuttgart beide Fragen ihre Erledigung entsprechend der gegebenen Situation gefunden haben.

Die Konferenz bedauert, daß die «Confédération Générale du Travail» nicht einsehen wollte, daß die Haltung der Internationalen Konferenz der Vertreter der Landeszentralen in diesen Fragen eine durchaus korrekte ist und diese Haltung zum Vorwand nimmt, um der internationalen gewerkschaftlichen Verbindung fernzubleiben.

Die Konferenz richtet an die Arbeiterschaft Frankreichs das dringende Ersuchen, die erwähnten Fragen mit der politischen Organisation der Arbeiterklasse des eigenen Landes gemeinsam zu beraten, durch Teilnahme an den internationalen Sozialistenkongressen bei der Entscheidung dieser Fragen mitzuwirken und zum Zwecke der Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben auch ferner-

hin der internationalen gewerkschaftlichen Verbindung anzugehören.»

An der nächsten Konferenz, im Jahre 1909, in Paris nahmen die Vertreter Frankreichs wieder und der Präsident der «American Federation of Labour» Gompers als Gast erstmalig teil. Diese sprach sich für die Freizügigkeit der Gewerkschaftsmitglieder aus und regelte die Uebertrittsbedingungen von einem Landesverband zum anderen. Die 7. Konferenz, die 1911 in Budapest stattfand, vereinigte schon 20 Länder als Angehörige des Internationalen Sekretariats und zwar: Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland England; Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Kroatien, Oesterreich, Norwegen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Ungarn und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. An der nächsten Konferenz (Zürich im Jahre 1913) nahmen zum ersten Male die Internationalen Berufssekretariate teil. Diese 8. Konferenz änderte den Namen des Internationalen Sekretariats in «Internationaler Gewerkschaftsbund» um, hierbei wurde L e g i e n zum Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Trotzdem nach dem 1914 ausgebrochenen Weltkriege die im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeiter mit den Waffen in der Hand sich an der Front feindlich gegenüberstanden, wurde vom Präsidenten des Bundes sowie von den einzelnen Landeszentralen nichts unterlassen, um im Kontakt zu bleiben. Zur Erleichterung der Korrespondenz mit den Ententeländern wurde sie über eine Nebenstelle des Bundes in Amsterdam geführt.

Auf einer Konferenz in Leeds im Jahre 1916 waren nur England, Frankreich, Belgien und Italien vertreten. Sie beschloß gewerkschaftliche Forderungen für den zukünftigen Friedensvertrag. Eine andere internationale Gewerkschaftskonferenz, an der Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Holland, Oesterreich, Norwegen,

Schweden und Ungarn teilnahmen, die Gewerkschaften der Ententeländer aber fehlten, tagte im Jahre 1917 in Stockholm. Auch die Berner Internationale Konferenz (1917) wurde nur von den Vertretern der Mittelmächte beschickt. Beide Konferenzen des Jahres 1917 beschäftigten sich wie die in Leeds hauptsächlich mit den gewerkschaftlichen Forderungen für den Friedensvertrag.

Nach Beendigung des Weltkrieges fand im Februar 1919 in Bern, anläßlich der Tagung des Internationalen Sozialistenkongresses, auch eine Internationale Gewerkschaftskonferenz statt. Auf ihr wurde beschlossen, baldigst einen Internationalen Gewerkschaftskongreß abzuhalten. Im selben Jahre fand in Amsterdam der erste Internationale Gewerkschaftskongreß statt, der anfangs noch ganz im Zeichen der Kriegsfeindschaft stand. Es gelang aber, den Vorkriegszustand wiederherzustellen. Auf diesem wurde der Vertreter Englands zum Vorsitzenden des Vorstandes gewählt und der Sitz des Bundes nach Amsterdam verlegt. Die weiteren Konferenzen sahen die internationale Arbeiterschaft wieder einig; der Krieg war überwunden. Die Internationale Arbeitskonferenz in Washington schuf z. B. unter verschiedenen anderen Entwürfen das überaus wichtige Uebereinkommen über den Achtstundentag.

Nachstehende Zahlen geben Aufschluß über die Entwicklung des Internationalen Gewerkschaftsbundes[21]):

Jahr	Zahl der angeschlossenen Mitglieder
1904	2 477 077
1905	2 949 453
1906	3 664 707
1907	4 097 002
1908	4 237 547
1909	5 807 799
1910	6 118 748

[21]) Sassenbach Johann, a. a. O. Seite 84.

Jahr	Zahl der angeschlossenen Mitglieder
1911	6 900 319
1912	7 383 420
1913	7 702 368
1914	6 843 909
1915	5 168 429
1916	5 234 343
1917	6 996 572
1918	10 359 805
1919	23 170 006
1920	22 701 103
1921	21 991 615
1922	18 185 531
1923	15 316 127*)
1924	13 133 004

*) Etwas abweichend hiervon gibt das Internationale Arbeits-Jahrbuch 1925, III. Teil, für 1923 die Zahl von 15 321 692 Mitgliedern in 835 Organisationen an.

Die Berufsverbände der einzelnen Länder organisierten sich in den Internationalen Berufssekretariaten. Der Aufgabenkreis dieser ist einzelberuflich oder einzelindustriell orientiert. Sie halten eigene Konferenzen ab und haben im Internationalen Gewerkschaftsbund eine eigene Vertretung. Im Jahre 1924 bestanden 26 Berufssekretariate mit 12 931 831 Mitgliedern.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine betonten stets ihre nationale Selbständigkeit und lehnten internationale Verbindungen ab.

Die christlichen Gewerkschaften schufen auch eine internationale Organisation. Vom 3. bis 5. August 1908 fand die «1. internationale Konferenz der christlichen Gewerkschaften» statt, an der Vertreter von 443 000 Arbeitern aus Deutschland, der Schweiz, Oesterreich, Holland, Belgien, Italien, Rußland und Schweden teilnahmen. Im Jahre 1924 zählte der «Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften» 1 923 127 Mitglieder[22]).

[22]) Internatilonaes Arbeits-Jahrhuch, Genf 1925. III. Teil.

III. Organisation und Verfassung.

Nur eine starke Gewerkschaftsbewegung vermag die Massen zu gewinnen. Denn bietet sie ihren Mitgliedern einen festen Rückhalt, so erhöht sie ihre Anziehungskraft, die Arbeiter fürchten dann nicht mehr die eventuell drohenden Benachteiligungen für die Mitarbeit in der Organisation. Die Organisierbarkeit der Arbeiterschaft ist aber sehr verschieden. Nicht nur die genannten Hemmungen und die Stärke der Arbeiterbewegung üben einen Einfluß aus, sondern der Charakter der Wirtschaft, der Bevölkerung, der einzelnen Arbeiterschichten, ja des einzelnen Arbeiters spielen eine große Rolle. Je entwickelter die Wirtschaft, desto leichter findet der Gewerkschaftsgedanke Einlaß bei der Arbeiterschaft. Bei unentwickelter Wirtschaft fühlt der Arbeiter noch nicht den Zwang zum solidarischen Vorgehen. Die Verschiedenheit des Charakters der Nationalitäten ist naturgemäß ausschlaggebend. Während das südliche Temperament sich leicht für den Zusammenschluß entzündet, ebenso leicht aber der Gewerkschaft den Rücken kehrt, ist der nördlichere Arbeiter schwerfälliger im Entschluß, einer Berufsvereinigung beizutreten, aber ein stabileres Mitglied. Bei gemischter Bevölkerung kommen außer den Charaktereigenschaften der Nationalitäten noch die Sprachverschiedenheiten und die nationalen Gegensätze erschwerend für die Gewerkschaftsbildung hinzu. Während die in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter sich leicht organisieren, zeigen die isolierten Heimarbeiter fast kein Interesse für den Zusammenschluß. Die eigene Konkurrenz der Arbeiterschaft z. B. beim Akkordsystem steht der Bewegung hindernd im Wege. Nicht Not und Elend des Proletariats allein lassen es die Vorteile der Solidarität erkennen, im Gegenteil sie stumpfen es oft ab. Der Arbeiter muß erst die Vorteile der Gewerkschaft erkennen, um nötigenfalls auch Opfer zu bringen bereit zu sein. Der aus der Großstadt stammende Arbeiter schließt sich schneller einer Organisation an, als der mehr an Anspruchs-

losigkeit gewöhnte Landbewohner. Ebenso fühlt die Sorglosigkeit der Jugend noch weniger das Bedürfnis zum Zusammenschluß als der erfahrene Arbeiter, der mit der Abnahme seiner Arbeitskraft die größte Not befürchtet. Gleichfalls betrachten die weiblichen Arbeiter ihre Tätigkeit oft als eine nur vorübergehende, aus welcher sie durch die Eheschließung erlöst werden. Die verheiratete Arbeiterin hat infolge ihrer doppelten Arbeit, in der Fabrik und im Haushalt, meist keine Zeit, sich den Gewerkschaftsfragen zu widmen. Naturgemäß sind solche Elemente, wobei auch die Animosität der männlichen Arbeiterschaft gegen die unliebsame weibliche Konkurrenz zu beachten ist, schwer für die Organisierung zu gewinnen. Jegliche Nebenbeschäftigung, noch mehr irgendwelcher Besitz an Land, oft schon einer Wohnlaube, entfremdet den Arbeiter der Bewegung. Oft ist es die Furcht vor dem Unternehmer, die die Arbeiterschaft von der Gewerkschaft zurückhält. Bei guter Konjunktur ist die Organisierbarkeit leichter. Erfolge der Arbeiterbewegung auf politischem Gebiet bringen den Gewerkschaften stets einen starken Zustrom von neuen Mitgliedern, obgleich nicht immer der Zuwachs an Zahl dem Zuwachs an Kraft entspricht, da in solchen Zeiten auch recht zweifelhafte Elemente sich aus Opportunitätsgründen den Arbeiterorganisationen anschließen.

Um die Gewerkschaften mächtig zu gestalten, ist es erforderlich, «daß alle Arbeiter unterschiedslos organisatorisch zusammengeschlossen sind, dann aber auch, daß besondere Organisationen die einzelnen Gruppen, je nach der Gemeinschaft ihrer Interessen umspannen»[23]). Das ist das Ideal der Gewerkschaft, damit der Kampf um die einzelnen Ziele kraftvoll und zweckmäßig geführt werden kann. Das Klassengefühl der Lohnarbeiter ist bei geringerer wirtschaftlicher Entwicklung meist wenig ausgeprägt, die Arbeitsverhältnisse sind noch zu mannigfaltig. In

[23]) Nestriepke Siegfried, Gewerkschaftslehre. Seite 107. Stuttgart 1922.

diesem Falle hat man noch keine geeinigte Gewerkschaftsbewegung, sondern nur selbständige nebeneinanderstehende Gruppenorganisationen.

Mit der Zeit haben sich zwei Richtungen von Gesamtorganisationen herausgebildet, die sich nach der Scheidung der Gruppenorganisationen voneinander zusammensetzen. Die Gruppenorganisationen von Arbeitern, die dasselbe Material verarbeiten, vereinigen sich zu «Industrieverbänden». Die Organisationen von Arbeitern, die dasselbe Produkt herstellen, bilden «Fachverbände». Der Fachverband, die Gliederung nach Berufen, schafft ein starkes Gefühl der Gleichinteressiertheit. Für ihn spricht daher das Moment, daß er die Forderungen seiner Mitglieder genauer formulieren kann und beim Kampf nur das Interesse des einen Berufes zu wahren hat. Der Industrieverband hingegen, der viele Berufe vereinigt, zerstört den zünftlerischen Geist, das reine Berufsinteresse. Ihm kommt es nicht darauf an für eine Berufsgruppe besonders günstige Bedingungen zu erzwingen, sondern Vorteile für die ganze Arbeiterschaft. Die Durchsetzung von Forderungen fällt ihm leichter, da hinter ihm die Gesamtheit der Arbeiter des Betriebes steht. Die Gruppenorganisationen vereinigen sich zu lokalen Verbänden, diese wieder zu Bezirken. Die Bezirke bilden Gauverbände. Ueber allen steht als Spitzenvertretung eine Zentralverwaltung.

Neben der zentralistischen Vereinigung, die den örtlichen Organisationen die Pflichten und Rechte zuerteilt, ist die zweite Organisationsform der Gewerkvereine die örtliche Verbindung im föderalistischen Verbande, in welcher der Ortsverein «grundsätzlich souverän»[24]) ist. In Deutschland ist die zentralistische Form in den sozialistischen freien Gewerkschaften vertreten, während die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkvereine Mischformen beider Systeme darstellen. Die sogenannten loka-

[24]) Bernstein Eduard, Die Arbeiterbewegung. Seite 97. Frankfurt a. M. 1910.

listischen Gewerkschaften, die weniger Bedeutung haben, sind Extreme der föderalistischen Verbindung, sie streben dem Anarchismus zu. Im Vordergrunde steht jedenfalls die zentralisierte Gewerkschaft, die sich auch international immer mehr Geltung verschafft.

Die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaft hängt im höchsten Grade von ihrer Verfassung ab, da nur sie den einzelnen Organisationen Elastizität verleihen kann, damit diese jede Vorteil bietende Situation richtig ausnutzen können. Sie hat aber auch dafür Sorge zu tragen, daß die Mitglieder sich nicht von einzelnen Organen vergewaltigt fühlen. Sie muß Einheitlichkeit, Disziplin und Vertrauen zwischen den Einzelgruppen einerseits und von diesen durch alle Gliederungen zur Spitzenvertretung andererseits erhalten, um eine erfolgreiche Arbeit möglich zu machen. Ein Haupterfordernis, um immer schlagfertig zu sein, ist die stetige Aenderung des Programms auf Grund der Erfahrungen.

Die Gewerkschaft übernimmt die Vertretung der Interessen und Bedürfnisse des einzelnen Individuums, verlangt aber auch, daß dieses sich ihren Anforderungen und Anordnungen fügt. Darin geht sie weiter als die Partei, die in ihrer Politik nur die Mitglieder auf dem Umwege über Parlament und Gesetzgebung trifft. «Jeder Beschluß, jede Maßnahme der Gewerkschaft aber trifft vitale Existenzinteressen[25]).» Von der Unterstützung der Organisation ist das Mitglied abhängig; sie kann beschließen, daß das Mitglied seine Existenz aufs Spiel setzt. Da der Tarifvertrag oft maßgebend für alle Arbeiter einer Kategorie wird, auch soweit sie gar nicht zu der ihn abschließenden Organisation gehören, kann oft selbst der Austritt aus der Gewerkschaft die Abhängigkeit des einzelnen von ihr nicht lösen.

Somit ist die Gewerkschaft eine Herrschaftsinstitution, der sich die einzelnen Individuen unterzuordnen haben.

---

[25] Nestriepke Siegfried, a. a. O. Seite 121.

Um aber leicht entstehende Spannungen, Reibungen zwischen dem einzelnen und der Organisation zu vermeiden, ist es erforderlich, daß sie auf weitestgehender demokratischer Basis aufgebaut ist. Hierbei darf sie aber weder ihre Schlagkraft verlieren, noch der Oligarchie einiger Führer ausgeliefert werden.

IV. Die Ziele der Gewerkschaftsbewegung.

1. Das Koalitionsrecht.

Das vornehmste Ziel jeder Organisation, die die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll vertreten will, ist die Sorge darum, daß das Recht zur Vereinigung allen für sie in Betracht kommenden Individuen zusteht, damit sie selbst ungehemmt den weitesten Spielraum haben kann. Daher hat jede Gewerkschaft in erster Linie ein Interesse an günstigen gesetzlichen Bestimmungen, um sich zu vereinigen. Diese müssen vom Unternehmer nicht umgangen werden können. Im Gegenteil, er muß durch sie gezwungen werden, den Koalitionsbestrebungen seiner Arbeiter freien Spielraum zu gewähren; die gebildete Organisation muß er — vom Interessenstandpunkte der Gewerkschaft aus — als Vertretung seiner Arbeiterschaft anerkennen, mit ihr verhandeln. Um die Gewerkschaft zu einem berufenen Vertreter der Arbeiterschaft zu gestalten, ist der Ausbau des Koalitionsrechtes für sie überaus wichtig.

2. Die weiteren Ziele.

a) Allgemeine Fürsorgetätigkeit.

Seit ihrem Entstehen hat sich die Gewerkschaft die Fürsorge für den Arbeiter zur Aufgabe gestellt. Hierbei können wir zwei verschiedene Arten von Fürsorgetätigkeit unterscheiden: erstens diejenige in Zeiten unfreiwilliger Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit, zweitens die Fürsorge für

den Arbeiter in Zeiten der Arbeit und somit der Erwerbsfähigkeit[26]).

In Zeiten der Erwerbslosigkeit des Arbeiters übernimmt die Gewerkschaft die Tätigkeit von Unterstützungsvereinen oder Hilfskassen. Gleich ihnen besteht ihre Leistung in Fällen der Krankheit, Invalidität, des Unfalls, Alters und Todes oder auch bei gewöhnlicher Arbeitslosigkeit in der Darreichung von Geld oder naturalen Unterstützungen. Diese Fürsorgetätigkeit war in den Anfängen der Bewegung die wichtigste. Bald zeigte es sich aber, daß nicht hierin die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaft lag; denn es entstanden genügend Kranken-, Sterbe- und Unfallkassen. Mit der Zeit wurden diese Funktionen vom Staat übernommen. An die Stelle der freiwilligen trat die staatliche Zwangsversicherung. Somit wurde auch die Bedeutung der Gewerkschaften in der Eigenschaft als Unterstützungskassen stark vermindert, sogar vielfach ganz ausgeschaltet.

Das eigentliche Wesen der gewerkschaftlichen Fürsorgetätigkeit liegt demnach immer mehr in der zweiten Art, in der Unterstützung des Arbeiters während seiner Tätigkeit.

b) Beeinflussung des Arbeitsmarktes.

Das wichtigste Ziel der Gewerkschaft ist daher, zu Gunsten des Arbeiters die Marktverhältnisse zu beeinflussen. Da die Arbeitskraft auf dem Markt dem Gesetz von Angebot und Nachfrage untersteht, hat die Gewerkschaft die Aufgabe, das Ueberangebot von Arbeitskräften zu verhindern. Die erste und elementarste Leistung der Arbeiterberufsvereine war es daher, den örtlichen Ausgleich zwischen dem «Zuviel» an einem Orte mit dem «Zuwenig» am anderen Orte zu schaffen. Mit Hilfe des Staates und der Kommunen wurden allmählich öffentliche Arbeitsnachweise ins Leben gerufen, die, paritätisch ge-

[26]) Sombart Werner, Dennoch! a. a. O. Seite 7.

leitet, diese Funktion übernahmen. Trotzdem bestand aber noch immer ein Ueberschuß an Arbeitskräften, die «industrielle Reservearmee», die in Zeiten von Krisen sich vergrößerte. Die Fürsorgetätigkeit für diese Arbeiter, die feiern müssen, obwohl sie arbeiten wollen, wurde zu einer wichtigen Aufgabe der Gewerkvereine. Ihnen wurde eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt, damit sie ihr Leben fristen und von der Unterbietung am Arbeitsmarkte zurückgehalten würden. Vielfach griff hier die staatliche Sozialpolitik ein und übernahm auch diese Funktion.

Somit spielen auch diese Unterstützungstätigkeiten im Aufgabenkreis der Gewerkschaften nicht mehr die erste Rolle. Sie wenden sich daher direkt zu den Arbeitsbedingungen.

c) Leben und Gesundheit des Arbeiters.

Die Gewerkschaften wollen die Gesundheit des Arbeiters durch Einwirkung auf die saubere und hygienische Ausstattung des Arbeitsplatzes schützen. Gleichzeitig richten sie ihr Augenmerk auf die Einführung von sicher wirkenden Vorrichtungen, um Betriebsunfälle möglichst zu vermeiden. Ebenso achten sie darauf, daß die Arbeiterschaft für die im Dienste geschädigte Gesundheit anstandslos entschädigt wird, daß nicht böser Wille oder Unvermögen des Arbeitgebers die Ansprüche des Arbeiters gefährden können.

d) Die Arbeitszeit.

Der Industriearbeiter hat insofern ein besonderes Interesse daran, seine Arbeitszeit zu verkürzen, als er die gesundheitsschädigende Wirkung der überlangen Arbeitszeit kennt. Bei der Eintönigkeit der Wiederholung von Teilarbeit und der Nervenverausgabung in der durch die moderne Technik beherrschten Fabrik will er sich auch die Möglichkeit schöpferischer Betätigung außerhalb des Betriebes durch Muße bei noch nicht erschöpfter Arbeitskraft sichern.

Die Länge der Arbeitszeit ist von den einzelnen Berufen abhängig. Eine bestimmte Freizeit wird aber für jeden Arbeiter verlangt. Dieses Minimum an Freizeit führte zur Forderung eines Maximalarbeitstages. Daher verwerfen die Gewerkschaften die Leistung von Ueberstunden selbst wenn sie auch, vielfach sogar besser als die normalen Arbeitsstunden, bezahlt werden. Die Ueberstunden führen indirekt zur Verlängerung des Arbeitstages. Nicht nur, daß der Mehrverdienst durch Ueberstunden gelegentlich für die Unternehmer als Begründung für Lohnverkürzungen dient, sondern die Ueberstunden berauben weitere Arbeiter des Einkommens, die bei normaler Arbeitszeit beschäftigt werden könnten.

Viel erörtert worden ist die Frage der durchgehenden Arbeitszeit. Für sie spricht in den Großstädten die weite Entfernung zwischen dem Arbeitsplatz und der Wohnung des Arbeiters, die den Arbeitern nicht gestattet, ihre Behausung aufzusuchen, oder aber die Mittagspause nur zu einem Hasten zwischen Fabrik und Heimstätte macht. Gegen sie aber steht der Umstand, daß der Arbeiter nach eingenommenem Mittagsmahl eine größere Spannkraft erlangt, um die zweite Hälfte seines Arbeitstages zu absolvieren. Meist wird es so gehandhabt, daß die durchgehende Arbeitszeit mit kleinen Frühstücks- und Erholungspausen in den Betrieben, die eine kurze Arbeitszeit haben, eingeführt wird.

Daß der Sonntag allein als Erholungstag oft nicht genügt, erkannten schon die Zunftgesellen, die ihren «blauen Montag» haben wollten. Die Industriearbeiterschaft versucht für sich den freien Sonnabendnachmittag, da in den letzten Stunden der Woche doch nicht intensiv gearbeitet wird, zu erringen. In neuester Zeit hat diese «Weekend-Idee» große Fortschritte gemacht.

Die Gewerkvereine legen bei Abschließung der Arbeitsverträge ein besonderes Gewicht auf den Erholungsurlaub. Dieser soll den festangestellten Arbeitern ermög-

lichen, sich gründlich auszuruhen. Gelegentlich versuchen Arbeitgeber durch Zahlung eines erhöhten Lohnes für die zustehende Urlaubszeit zum Verzicht auf den Urlaub zu bewegen. Dieser Art der Urlaubsabgeltung treten die Gewerkschaften u. E. mit Recht entgegen. Denn der eventuell doppelt ausgezahlte Lohn ersetzt dem Arbeiter nicht die Ruhepause, macht die Idee des Erholungsurlaubs illusorisch.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die schädlichere Nachtarbeit gewandt, sie wird nur auf die unbedingt notwendigen Fälle beschränkt. Ebenso erfordert die Regelung der Arbeitszeit von Frauen und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit, da deren schwächere Konstitution größere Rücksichtnahme erheischt.

e) Der Lohn.

Die Regelung der Lohnfrage empfindet der Arbeiter am unmittelbarsten. Den Gewerkschaften liegt die Aufgabe ob, einerseits dafür Sorge zu tragen, daß die geltenden Löhne sich nicht verschlechtern, und andererseits die Hebung des Realwerts der Löhne herbeizuführen. Sie müssen die lohndrückende Konkurrenz verhindern, den Akkordlohn überwachen und kollektiv regeln.

Die Arbeiterorganisationen erkannten allmählich, daß das von ihnen vertretene «Eherne Lohngesetz» Lassalles, welches auch durch Marx widerlegt worden ist, nicht stichhaltig sei. Aber auch die Lohnfondstheorie, die nur einen bestimmten Fonds für jährliche Entlohnung der Arbeiterschaft zur Verfügung stehend glaubt, verfiel lange Zeit der allgemeinen Ablehnung, da die Vertreter dieser Auffassung immer annahmen, daß der Lohn gleich dem Existenzminimum sein müsse. Die Anhänger der gewerkschaftlichen Selbsthilfe, vor allen Dingen Lujo Brentano, erklärten hierzu, daß der Arbeitslohn vom Unternehmer nur vorgeschossen, vom Konsumenten aber bezahlt würde. Mithin hinge er nicht vom Lohnfonds, über den der Unter-

nehmer verfügt, sondern von der Zahlung des Konsumenten ab.

Diese gegen die Lohnfondstheorie gerichtete Auffassung bestätigt aber nur ihren Grundgedanken. Denn da auch Zins und Rente vom Unternehmer vorgeschossen und vom Konsumenten bezahlt werden, kann der Unternehmer aus der Gesamteinnahme, die er beim Verkauf seiner Produkte erzielt, als Arbeitslohn nur so viel zahlen, als nach Abzug der Zins- und Rentenzahlung übrig bleibt. Die größte Rolle spielt aber in der Lohnfrage, wenn man auch die Lohnfondstheorie wie z. B. Cassel beiseite läßt, das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Keine Gewerkschaft vermag einzig ihre Macht als Lohnbestimmungsgrund ins Feld zu führen. Maßgebend für den vom Unternehmer bewilligten Lohnsatz ist der Preis, der für den restlosen Absatz der produzierten Warenmenge erzielbar ist. Gelänge es den Gewerkschaften, den Lohn über den Stand hochzudrücken, so müßten die Unternehmer auf Grund der höheren Kosten auch höhere Preise für die betreffenden Waren fordern. Bei gleicher Nachfrage auf dem Warenmarkt könnten die höheren Preise nur durch Verringerung des Angebots durchgesetzt werden. Daher würde die Produktion eingeschränkt, ein Teil der Arbeiter arbeitslos werden. Diese erwerbslosen Arbeiter würden aber auf dem Arbeitsmarkt einen Druck auf den Lohn ausüben, indem sie ihre Arbeitskraft entweder unter dem Tariflohn zur Verfügung stellen oder aber der Gewerkschaftskasse zur Last fallen, was die Gewerkschaft nachgiebiger stimmen würde. Analog liegt der Fall beim künstlichen Druck des Lohnes durch die Unternehmer. Somit kann weder die Gewerkschaft noch eine Organisation der Unternehmer das Preisgesetz auf dem Arbeitsmarkt aufheben. Die Gewerkschaft hat daher die Aufgabe auf die Konjunktur- und Marktverhältnisse zu achten, zu erkennen, ob diese die Erzielung höherer Löhne gestatten, wozu die Masse der Arbeiter nicht in der Lage ist. Die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeit-

nehmer erleichtern somit auf dem Arbeitsmarkt die Durchsetzung des Preisgesetzes. Nur ein Uebergewicht der Nachfrage nach Arbeit verleiht den Arbeitern bzw. Gewerkschaften Macht, nur dieser Macht ist es beschieden, bei der Bestimmung des Lohnes im Interesse der Arbeiterschaft eine wichtige Rolle zu spielen.

Die Forderung der Geldentlohnung ist fast überall durchgesetzt worden, das Trucksystem, in welchem der Arbeiter als Entlohnung Waren erhält, kommt kaum noch vor. Gleichfalls hat sich der Arbeiter von der Gewährung von Kost und Logis als Teil des Arbeitslohnes befreit.

Bei der Bemessung der Lohnhöhe wird von den Gewerkschaften das Prinzip des gleichen Lohnes bei gleichen Leistungen verfochten. Die Geschlechtszugehörigkeit wird nicht zur Basis der Lohnabstufung gemacht, einzig und allein die Tätigkeit. Dieses Prinzip ließ sich aber bisher nicht vollends durchführen. Mit einem geringeren Lohne müssen sich meist noch nicht erwachsene Arbeiter, die sogen. Jugendlichen, begnügen, da sie in der Regel für keine Familie zu sorgen haben. Diese Abstufung birgt aber die Gefahr in sich, daß der Unternehmer möglichst überwiegend tüchtige billigere jugendliche Arbeitskräfte beschäftigen wird.

Es haben sich als zweischneidiges Schwert auch die sogenannten sozialen Zulagen, d. h. Frauen- und Kinderzulagen, für Familienväter wie auch die Festsetzung von Lohnsteigerungen nach dem Lebensalter in den Tarifverträgen erwiesen. Um die Produktionskosten niedriger zu gestalten, suchen dann verständlicherweise die Arbeitgeber jüngere möglichst ledige Kräfte zu beschäftigen.

Eine heißumstrittene Frage ist die der Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Die Zahlung einer solchen an Stelle des gesicherten Lohnes wird von allen Gewerkschaften abgelehnt. Die Gewinnbeteiligung als Prämie neben dem Lohneinkommen führt die Arbeiterschaft ihrem sonstigen Lohnkampf entgegengesetzte Wege, da es ihr Interesse an

die Rentabilität des Unternehmens hervorruft. Hier heißt es für die Gewerkschaftsbewegung: «Farbe bekennen».

f. Das Mitbestimmungsrecht.

Nachdem der Arbeiter die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß er durch die gewerkschaftliche Organisation einen Machtfaktor bedeutet, erwachte in ihm der Drang, das absolute Selbstbestimmungsrecht des Unternehmers zu Gunsten einer Betriebsdemokratie zu beseitigen. Der erste Schritt in dieser Richtung ist das Verlangen der Arbeiterschaft bei Einstellungen und Entlassungen der Arbeitnehmer mitzubestimmen. Dieser Wunsch, der stärkstens in die bisher nur dem Unternehmer zustehende Rechte eingreift, rief naturgemäß die einmütige Ablehnung der Arbeitgeber hervor. Die Gewerkschaft will Sorge tragen, daß nicht durch einen Mißbrauch des Mitbestimmungsrechts die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens leidet. Dieser erste Schritt drängte die Arbeiterschaft zur weiteren Ausgestaltung der Betriebsdemokratie. Denn die Wirtschaftlichkeit des Betriebes kann nur dann von der Arbeiterschaft beurteilt werden, wenn sie sich an der Verwaltung und Leitung des betreffenden Betriebes beteiligen kannn. Beim Ringen in dieser Mitbestimmungsfrage geschehen noch hüben und drüben Mißgriffe. Die Betriebsdemokratie müßte den Arbeitern ein unmittelbares Mitbestimmungsrecht zugestehen in Fragen, in denen sie ökonomisch sachkundig sind und die ihre Interessen am unmittelbarsten treffen.

V. Mittel und Wege des gewerkschaftlichen Strebens und Ringens.

«Die einzige gesellschaftliche Macht der Arbeiter besteht in ihrer Zahl. Die Macht der Zahl wird aber durch ihre Uneinigkeit gebrochen» sagt Marx in seiner Resolution über die «Gewerksgenossenschaften» für den Genfer Kon-

greß der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1866. Der Ausspruch illustriert treffend das erste Erfordernis für den gewerkschaftlichen Kampf. Daher wollen die Gewerkschaften die Arbeiterschaft zur Einigkeit erziehen.

Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften führen den Arbeitern die Notwendigkeit der Solidarität vor Augen. Die gewerkschaftlichen charitativen Einrichtungen können als Kampfeseinrichtungen in dem Sinne, daß sie die Solidarität heben, angesehen werden.

Um den Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen richtig beeinflussen zu können, müssen die Gewerkschaften genau über die Verhältnisse des Arbeitsmarktes unterrichtet sein. Deshalb haben sie ein so überaus reges Interesse an einer möglichst einwandfreien Statistik der tatsächlichen Verhältnisse und stellen oft selbst, wenn das amtliche Material nicht ausreicht, Erhebungen an. Die Beeinflussung der Arbeitsvermittlung gestattet ihnen den Kampf um die Arbeitsbedingungen. Daher setzen sie sich für die Zentralisation der Arbeitsvermittlung, die es zuläßt rasch, bequem und ohne Kosten die offenen Stellen kennen zu lernen, ein. Der Arbeitsnachweis erlaubt es den Gewerkschaften, darüber zu wachen, daß nicht bei einer Vermittlung schlechtere Arbeitsbedingungen in den Arbeitsvertrag aufgenommen werden. Die größte Bedeutung gewinnt der gewerkschaftliche Einfluß auf die Nachweise in Zeiten des offenen Kampfes, indem dieser für die Unternehmungen, die sich mit der Gewerkschaft im Kampf befinden, gesperrt werden kann. Solange die Gewerkschaft jung ist, hat sie meist einen eigenen Arbeitsnachweis. Erst mit ihrem Erstarken gelingt es ihr, die Arbeitsvermittlung kommunalen oder staatlichen Arbeitsnachweisen die paritätisch von ihr und den Unternehmern kontrolliert werden, zu überweisen.

Die Arbeitsnachweise genügen aber noch nicht, um das Angebot an Arbeitskraft erheblich zu mindern. Wirksamer beeinflußt den Arbeitsmarkt die künstliche Beschränkung der Zulassung zur Berufsarbeit. In erster

Linie richtet sich diese Maßnahme gegen die Frauenarbeit. Man will die Frauen, die dem männlichen Arbeiter Konkurrenz machen, vor allen Dingen von der Tätigkeit zurückhalten, die sich für die Konstitution der Frau nicht eignet. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit versucht man Frauen, deren wirtschaftliche Stellung den Gelderwerb nicht notwendig macht, auszuschalten. Diese Maßnahme betrifft meist verheiratete Frauen, deren Ehemann verdient, oder Ledige, die im Hausstande der Eltern wohnen. Ebenso werden auf Initiative der Gewerkschaften in Zeiten der Arbeitslosigkeit den sogenannten Berufsfremden von den Arbeitsnachweisen nur in ihrem gelernten Beruf, falls in diesem eine geringere Arbeitslosigkeit herrscht, Arbeit zugewiesen, um den notleidenden Beruf auf dem Arbeitsmarkte zu entlasten. Auch der Kampf gegen die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen kann zur weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes führen. Um die Jugendlichen von überfüllten Berufen fernzuhalten, wird eine systematische Berufsberatung ins Leben gerufen, die bestrebt ist, unter Berücksichtigung der individuellen Anlage und Neigung jedes einzelnen, eine ausgleichende Verteilung auf die einzelnen Berufe vorzunehmen. Arbeiten aber die Angehörigen eines Berufes zu günstigen Bedingungen, so ist die Gefahr der Bedrohung dieser Arbeitsbedingungen durch auswärtige Zuwanderung gegeben. Hiergegen können als sicherstes Mittel die Abkommen der Gewerkschaften der verschiedenen Länder untereinander dienen.

Als weiteres Mittel des Kampfes für die Arbeitsbedingungen hat die Gewerkschaft den Ausbau der Erwerbslosenunterstützung. Sie tritt daher nicht nur für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder, sondern für die Auszahlung derselben an alle beschäftigungslosen Lohnarbeiter ein, damit sie nicht ihre Arbeitskraft unter dem Tariflohn zur Verfügung stellen.

Um das Heer der Arbeitslosen zu verringern, setzt sich die Gewerkschaft für die Beschaffung neuer oder die Streckung vorhandener Arbeitsgelegenheit ein. Erstere

kann meist nur durch sogenannte Notstandsarbeiten, für welche die Gemeinde oder der Staat die Mittel bereit gestellt hat, realisiert werden. Die Streckung der Arbeit bedeutet Verkürzung der Arbeitszeit. Damit nicht Tausende zum Feiern gezwungen werden, müssen sich die in Arbeit Stehenden gefallen lassen, unter Lohnreduktion eine kürzere Zeit zu arbeiten. Die Maßnahme ist für die bereits arbeitenden Lohnarbeiter hart. Da es sich hierbei aber meist nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, soll der Solidaritätsgedanke sie diese Einschränkung des Verdienstes sich gefallen lassen.

Kaum ernsthaft in Betracht gezogen werden kann, um Arbeitsstellen zu schaffen, die Verabredung einer Verlangsamung der Arbeit. Nicht nur, daß der Unternehmer und die Akkordarbeiter diese Maßnahme sich nicht bieten lassen, sie birgt in sich auch eine moralische und volkswirtschaftliche Gefahr.

Die Verlangsamung der Arbeitszeit wird oft aber mit Erfolg als Mittel angewandt, um auf den Unternehmer einen Druck auszuüben. Man kann sie als erste gewerkschaftliche Maßnahme gegen einen bestimmten Unternehmer oder eine bestimmte Unternehmergruppe in Zeiten des offenen Kampfes ansehen. Als Steigerungsgrad ist die sogenannte passive Resistenz aufzufassen. Diese läßt die Arbeit scheinbar oder auch tatsächlich genau nach dem Buchstaben des Arbeitsvertrages verrichten. Indem aber übertrieben genau und umständlich gearbeitet wird, ist das Resultat der Arbeit für den Unternehmer eine materielle Schädigung. Die Anwendungsmöglichkeit ist aber beschränkt; oft angewandt, verdirbt die passive Resistenz den Charakter des Arbeiters. Sie wird von den Gewerkschaften selten angewandt, nur wenn andere Druckmittel versagen oder unmöglich sind.

Die folgenden Möglichkeiten, durch solidarisches Vorgehen auf den Unternehmer einen starken Druck auszuüben, sind beliebter. Das eigentliche gewerkschaftliche

Kampfmittel ist nicht nur die Minderung der Arbeitsleistung, sondern die völlige Entziehung der Arbeitskraft. Nur sie kann es bei Einmütigkeit der Arbeiter dazu bringen, daß dem Unternehmer der Besitz an den Produktionsmitteln nichts nützt, da der Betrieb still steht.

Das leichte Geschütz im Kampf der Gewerkschaft mit dem Unternehmer auf dem Gebiete der Entziehung der Arbeitskraft ist die Sperre. Sie wird von der Arbeiterorganisation über einen Betrieb verhängt, ohne daß die im gesperrten Betriebe beschäftigten Arbeiter ihre Plätze verlassen. Sie bedeutet aber, daß keine neuen Arbeitskräfte in den Betrieb hereinkommen, für erkrankte oder ausscheidende Arbeiter kein Ersatz zu beschaffen ist.

Dieser Druck wird gesteigert, wenn gleichzeitig mit der Verhängung der Sperre das schwere Geschütz, der Streik, aufgefahren wird, d. h. die im Betrieb Beschäftigten ihre Arbeit niederlegen, ihre Arbeitsplätze verlassen. Er ist ein Machtmittel. Jeder Streik bedeutet aber wie für die Organisation so auch für den einzelnen Arbeiter ein Risiko. Die Unterstützungszahlungen, die die Kasse der Gewerkschaft schmälern, mindern wohl das Streikrisiko des einzelnen, können es jedoch nicht beseitigen. Ein verlorener Streik hinterläßt stets Mißmut der Mitglieder, Austritte aus der Organisation, Verlust der Macht. Als Beispiel für die fatalen Folgen eines verlorenen Streiks soll nur an das Schicksal der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nach dem Waldenburger Streik erinnert werden.

Je weiter sich die Industrie entwickelt, desto bedenklicher ist die Aufnahme eines Streiks. Der Großbetrieb besitzt in der Regel Mittel, um durchhalten zu können; der entwickelte Verkehr gestattet ihm rasch Streikbrecher heranzuholen. Außerdem wehren sich die vereinigten Unternehmer durch die Aussperrung der nichtstreikenden Arbeiter, die auch der Streikkasse zur Last fallen. Daher ist die Streikfreudigkeit der Gewerkschaften in der neuesten Zeit nicht sehr groß, es wird dieses

äußerste Kampfmittel im allgemeinen nur angewandt, wenn es sich nach Meinung der Gewerkschaft als unbedingt notwendig erweist; die Arbeiterschaft wird durch Abstimmung für oder gegen den Streik jedesmal zuerst befragt. Die Gewerkschaften verbieten alle sogenannten wilden Streiks, in denen einzelne Gruppen eigenmächtig vorgehen; sie dringen darauf, daß nur nach Zustimmung der Zentralleitung in den Streik getreten werden darf. Nur die zentrale Stelle kann die Aussichten eines eventuellen Streiks übersehen, nur sie kennt die Verhältnisse des Unternehmens, die allgemeine Markt- und Konjunkturlage, sie trägt die Verantwortung dafür, daß nicht große Teile der Arbeiterschaft durch Aussperrungen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Deshalb prüft die Gewerkschaft vorher alle Möglichkeiten, mit dem Unternehmer eine Einigung zu erzielen. Sie muß der Stimmung der Arbeiterschaft Rechnung tragen, darf jedoch nicht ihre Forderungen dem Arbeitgeber gegenüber überspannen (Ambition der Gewerkschaftssekretäre!). Wenn alle Verhandlungen zu keinem einigermaßen befriedigenden Ergebnis führen, die Mehrzahl der Arbeiter des betreffenden Betriebes für den Streik ist, dann erst wagt die Gewerkschaft den offenen Kampf.

Während des Streiks hat die Gewerkschaft neben der Auszahlung der Streikunterstützung die Aufgabe der Kontrolle auszuüben; für Ledige, um die Streikkasse zu entlasten, anderorts Arbeit ausfindig zu machen; die Stimmung der Streikenden zu beleben; Ausschreitungen zu verhindern; den Zuzug Arbeitswilliger fernzuhalten; «Streikposten» aufzustellen. Sie muß dauernd verhandlungsbereit sein, sie muß sich stets bemühen den Streik zu einem frühen und befriedigenden Abschluß zu bringen. Der Verlust des Kampfes erfordert Klugheit und Geschick in den Streikabbruchsverhandlungen, die Zugeständnisse des Unternehmers zu würdigen, event. selbst Zugeständnisse zu machen. Die dem verlorenen Streik zum Opfer gefallenen Arbeiter müssen baldmöglichst in anderen Be-

trieben untergebracht werden. Um schwere volkswirtschaftliche Schäden zu verhindern, sind die Gewerkschaften meist bereit, während des Streiks die erforderlichen Notstandsarbeiten zuzulassen, sogenannte lebenswichtige Betriebe in den Streik nicht hineinzubeziehen.

Der Boykott, der dem Unternehmer den Absatz der fertigen Produkte erschweren soll, ist kein spezifisch gewerkschaftliches Kampfmittel, denn es fehlt ihm die Beeinflussung des Angebots von Arbeitskraft. Mitunter kann er sich als begleitendes Mittel im gewerkschaftlichen Kampfe wie bei Sperren oder beim Streik wirksam erweisen. Natürlich aber nur bei Waren des Massenkonsums, für die als Abnehmer Arbeiter in Frage kommen.

Das gefährlichste Kampfmittel aber, das weniger von Gewerkschaften als von einzelnen Arbeitergruppen angewandt wird, ist die Sabotage. Sie bedeutet die Leistung schlechter Arbeit, sogar die Beschädigung der Maschinen, der Rohstoffe, der Fabrikate. Die Sabotage hat eigentlich nichts mit der Einwirkung auf das Arbeitsangebot zu tun, sie kann aber den Unternehmer empfindlich treffen. Angewandt wird sie nur von Gewerkschaften, die noch in den Kinderschuhen stecken. Eine Gewerkschaft, die sich auf die Massen stützt, kann sich der Willkür des einzelnen, der den Sabotageakt ausübt, nicht unterwerfen. Sie weiß es auch, daß die Zerstörung von Arbeitsmitteln Unfälle vermehren, die Wiederaufnahme von Arbeit erschweren kann.

Wichtig für die Gewerkschaften ist es, die im Kampfe errungenen Erfolge in einem «kollektiven Arbeitsvertrag» für eine gewisse Zeitspanne zu sichern. Dieser Tarifvertrag gibt ihnen die Möglichkeit, Sonderverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern zu verhindern, die den letztern etwa nachteilig wären. Der Tarifvertrag wird zur Tarifgemeinschaft, wenn er auch paritätisch zusammengesetzte Tariforgane vorsieht, die die Durchführung des Vertrages überwachen, in Streitfällen Recht sprechen.

VI. Zahlenmäßige Angaben.

Nachstehende Tabelle nennt die Mitgliederzahlen der Gewerkschaftsbewegung in den behandelten Ländern[1]:

Angeschlossene Landeszentralen	Datum	Zahl der Gewerkschaften	Zahl der Mitglieder			
			männliche	weibliche	Jugendliche[2]	Insgesamt
Internationaler Gewerkschaftsbund						
Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund	31. 12. 24	40	4 311 947	1 201 390	236 426	5 749 763
Confédération générale du Travail	31. 12. 22	35	679 592	78 255	—	757 847
Trades Union Congress General Council . . .	31. 12. 23	—	4 047 798	280 437	—	4 328 235
Internationaler Bund der christlichen Gewerkschaften						
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands	31. 12. 23	18	—	—	—	806 992
Confédération française des travailleurs chrétiens .	31. 5. 25	7	—	—	—	101 276
Nichtangeschlossene Verbände						
Verband der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker)[3]	31. 12. 24	18	—	—	—	149 780
Confédération générale du Travail unitaire . . .	1924	26	—	—	—	508 300

[1]) Die Zahlen sind dem Internationalen Arbeits-Jahrbuch 1925, III. Teil entnommen. Beamten- und Angestelltengewerkschaften sind in dieser Tabelle nicht berücksichtigt worden.

[2]) Zahl der Jugendlichen, soweit nicht schon unter «männliche» und «weibliche» aufgeführt.

[3]) Für 1925 errechnen die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine 157 571 Mitglieder und zwar 136 956 männliche und 12 061 weibliche Mitglieder.

Drittes Kapitel.

Die sozialistische Partei.

1. Die marxistische Lehre.

Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts traten Anhänger des Sozialismus auf, der Wirtschaftsform, die die Produktionsmittel nach Aufhebung des Privateigentums an ihnen der Verfügungsgewalt der Gemeinschaft übergeben will.

Auf die große Masse übte erst Einfluß aus der von Karl Marx und Friedrich Engels begründete wissenschaftliche oder evolutionistische Sozialismus, der erstmalig[1]) den Klassenkampf postulierte.

Die marxistische Lehre zeichnet sich durch die materialistische Geschichtsauffassung, die das gesellschaftliche Leben auf wirtschaftliche Vorgänge zurückführen will, aus. Diehl nennt sie daher auch ökonomische oder realistische Geschichtsauffassung. Der Sozialismus ist nach Marx eine notwendige Entwicklungsstufe der Gesellschaftsordnung, die den Kapitalismus, der veraltet sei, ablösen würde, wie dieser an die Stelle der feudal-mittelalterlichen Gesellschaft getreten sei. Das Kapital beute den Arbeiter aus; der Kapitalbesitzer eigne sich den durch Arbeit geschaffenen Mehrwert an, um das Kapital zu akkumulieren. Nur der Proletarier schaffe durch seine Arbeit Werte. Die Konzentration des Kapitals führe zur Verelendung der Massen. In diesen bilden nach Marx die gleichartig gestalteten Verhältnisse eine Solidarität,

[1]) Vor Marx vertrat die Idee der Klassengegensätze, die zum Klassenkampf führen müßten, der Utopist Wilhelm Weitling, ein Handwerksgeselle, der wenig Beachtung fand.

die über die Landesgrenzen hinausgehe, da der Kapitalismus nivellierend wirke. Obgleich der Sozialismus ein notwendiges Entwicklungsprodukt sei, so müßten die Arbeiter für ihr Ideal doch kämpfen.

Das andere kollektivistische Wirtschaftssystem ist der Kommunismus, der das Privateigentum nicht nur an den Arbeitsmitteln, sondern auch an den Arbeitserzeugnissen beseitigen will. Er ist erst eigentlich nach dem letzten Weltkriege durch den Bolschewismus aktuell geworden.

Weiter übte der Anarchismus, der keine Rechtsordnung anerkennt, jedes Individuum zum Herrn seiner Entschlüsse macht, auf die Arbeiterparteibildung Einfluß aus.

2. Ihre Entwicklung.

1. Großbritannien.

Wie bereits in der geschichtlichen Entwicklung der Trade Unions gekennzeichnet worden ist, erblickten die Arbeiter in der Maschine ihren Feind und gingen in gewaltsamen Angriffen gegen sie vor.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts traten sozialistische Schriftsteller auf, die schon vor Marx lehrten, daß Zins, Rente und Gewinn arbeitsloses Einkommen, d. h. ungerechte Abzüge vom Arbeitsertrag der Arbeiter seien. Diese Sozialisten hatten jedoch keinen praktischen Einfluß auf die soziale Arbeiterbewegung. Selbst Robert Owen hat keine politische Arbeiterpartei zustande gebracht. Seine im Jahre 1832 begründete Tauschbank, die «Labour Exchange», in London wurde ein Mißerfolg, wie alle seine kommunistischen und sozialistischen Experimente.

Die Chartistenbewegung war der erste Versuch des Proletariats, die politische Macht zu erobern. Mit ihrer Beendigung war das Interesse für den Sozialismus in der englischen Arbeiterschaft erloschen. Selbst die 1864/65 von Marx gegründete Internationale Arbeiterassoziation, deren Generalrat sich in London befand, übte in England keinen großen Einfluß aus.

Erst in den beiden letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts erstarkte die sozialistische Bewegung wieder, man folgte den festländischen Beispielen. Im Jahre 1884 wurde die «Fabian Society» gegründet. Sie ist mehr eine sozialistische Studiengesellschaft als politische Partei. Ihre Mitglieder gehören allen Gesellschaftsklassen an. Die Fabier, zu deren Gründern auch Sidney Webb und Bernhard Shaw gehören, verfolgen sozialistische Tendenzen, erstreben eine Umwandlung der Gesellschaftsordnung und wollen den Sozialismus verbreiten. Doch treten sie nur für die allmähliche Entwicklung zum sozialistischen Endziel auf dem Wege der Sozialreform ein, sie lehnen den Klassenkampf ab. Gleich Fabius Cunctator, dessen Namen sie ihrer Gesellschaft gegeben haben, wollen sie den richtigen Augenblick für die Umwälzung erwarten. Deutlich erkennbar ist ihr indirekter Einfluß auf die Sozialreform, der direkte auf die Arbeiterschaft dagegen gering.

Dieser friedlichen Vereinigung steht gegensätzlich die «Social-Democratic Federation» gegenüber. Sie wurde im Jahre 1883 aus der 1881 in London gegründeten «Democratic Federation» gebildet. Obgleich diese Partei für den Klassenkampf eintritt und ihr Programm streng marxistisch ist, ist es ihr doch nicht gelungen, die Arbeitermassen für sich zu gewinnen. Eine mehr kommunistisch-anarchistische Vereinigung, die «Socialist League», ging einige Jahre nach ihrer Gründung ein.

Man war weiter bemüht, die Arbeitermassen in einer politischen Partei zu vereinigen, hatte aber auch den minimen Erfolg der «Social-Democratic Federation» vor Augen. Daher verfiel man auf die Gründung einer Partei, die die Mitglieder nicht auf eine bestimmte Theorie festlegen sollte, daher Arbeiter aller Richtungen vereinigen konnte. Nachdem die Gewerkschaften prinzipiell mit der Gründung einer solchen Arbeiterpartei einverstanden waren, wurde im Jahre 1893 die «Independant Labour Party» ins Leben gerufen, die den größten Einfluß auf die englische Arbeiterpolitik gewann. Obgleich sie sich

selbst als sozialistische Partei bezeichnete und die Einführung des sozialistischen Staates als Endziel erstrebte, stand sie doch dem Klassenkampf ablehnend gegenüber, versuchte auf friedlichem Wege Arbeiterpolitik zu treiben. Durch die engen Beziehungen zu den Gewerkschaften und Genossenschaften wurde sie gezwungen, ihr Hauptaugenmerk auf die Sozialpolitik zu lenken; daher rückte das sozialistische Endziel in immer weitere Fernen. Durch Ausschaltung aller sozialistischen Theorien und Doktrinen des Kontinents wurde sie die Partei, die für die englische Arbeiterschaft zugeschnitten war. Der Sozialismus ist ihr Endziel, sie verwirft aber die kontinentalen klassenbewußten Sozialisten, sammelt dafür die bewußten Sozialisten. Die «Independant Labour Party» erklärt den Krieg nicht irgendeiner Klasse, sondern dem System. Daher zählt sie zu ihren Mitgliedern nicht nur Arbeiter, sondern auch Anhänger der gebildeten und wohlhabenden Klassen, die überzeugte Sozialisten sind. Die Revolution wird abgelehnt, zum Sozialismus könne man nur durch Evolution gelangen. Daher wäre es Aufgabe der Partei, sich in erster Linie mit der Sozialreform zu beschäftigen.

Allzubald stellte es sich aber heraus, hauptsächlich bei den Wahlen zum Parlament, daß auch diese Partei für die Zwecke der Arbeiterschaft nicht genügte. Seit 1874 gab es Arbeitervertreter im Parlament, die meist Mitglieder der liberalen Partei waren, deren Wahl jedoch Arbeiterorganisationen durchsetzten. Die Partei und die Gewerkschaften, die öfter verschiedene Kandidaten aufstellten, fanden, daß nur eine gemeinsame Wahlorganisation ihre Zwecke fördern könnte. Daher kam es im Jahre 1900 in London zur Gründung eines Wahlkomitees, des «Labour Representation Committee», das sich aus je zwei Mitgliedern der beiden politischen Parteien, sieben der Gewerkschaften und einem Mitglied der Fabier zusammensetzte. Dieses Komitee hatte ausschließlich die Aufgabe, die Aufstellung gegeneinander rivalisierender Kandidaten dieser Organisationen zu verhindern. Die «Social-Demo-

cratic Federation» verließ aber schon im Jahre 1902 dasselbe, da es ihr nicht gelang, diese neutrale Vereinigung in eine marxistische Kampforganisation umzuwandeln.

Im Jahre 1903 wurde das «Labour Representation Committee» in die «Labour Party» umgewandelt. Die neue Partei erhob zum Grundsatz, daß keiner ihrer Angehörigen die Interessen der liberalen oder der konservativen Partei fördern dürfe. Sie blieb auch weiter eine Vereinigung zu Wahlzwecken zwischen den Trades Unions, den sozialistischen Vereinen und den lokalen Arbeiterparteien. Die Kandidaten der «Labour Party» hatten im Parlament eine besondere Gruppe zu bilden und eine eigene Politik in Arbeiterfragen zu führen. Diese «Labour Party» vermeidet in ihrem Programm den Sozialismus, sie will politisch neutral sein, sie möchte nur die Wahl der von der Arbeiterschaft aufgestellten Kandidaten fördern. Somit ist die «Labour Party» ein neutraler Bund genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher und sozialistischer Organisationen, der nicht das Klassen-, sondern das Gemeinschaftsbewußtsein anerkennt; die Partei will auf dem Wege der Evolution die Gesellschaft dem Sozialismus entgegenführen. Daher ist die «Labour Party» eigentlich eine Fortentwicklung des Trade Unionismus und keineswegs eine rein sozialistisch-marxistische Vereinigung. Bei den Wahlen machte sich diese Einstellung bald bemerkbar. Die «Labour Party» unterstützte dort, wo sie keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, die Liberalen, selbst gegen Sozialdemokraten. Dafür wurde auch sie von den Liberalen gestützt. Die Tätigkeit der «Labour Party» im Parlament beschränkt sich nur auf praktische Gegenwartspolitik der Gewerkschaftler.

So kann man jedenfalls weder die Trade Unions noch die Labour Party im marxistischen Sinne sozialistisch nennen. «Der englische Arbeiter will vor allen Dingen nüchterne Realpolitik treiben und läßt sich nur für erreichbare Ziele gewinnen... Aus diesem Grunde hat die englische Gewerkschaftsbewegung eine so bedeutende Ent-

wicklung angenommen und die eigentliche sozialistische Bewegung so gut wie gar keine Bedeutung gewonnen[2]).»

Der Weltkrieg 1914/18 brachte eine Aenderung. Wie auch die Sozialisten aller anderen Länder waren die englischen sozialistischen Parteien Gegner des Krieges. Der Weltkrieg änderte sehr viel an ihrer Haltung. Nur die «Independant Labour Party» bewies eine pazifistische Haltung und verlor infolge dieser Stellungnahme eine große Anzahl ihrer Mitglieder, deren Zahl erst seit der Beendigung des Krieges wieder zunimmt. Trotzdem hat die Partei ihren Standpunkt nicht geändert, sie lehnt daher auch die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem, insbesondere auch den Bolschewismus, ab.

Eine andere Entwicklung nahm die «Social-Democratic Federation», die sich bereits im Jahre 1911 in Manchester mit einigen Zweigvereinen der «Independant Labour Party» und radikalen Sozialisten zur «Britischen Sozialistischen Partei» zusammengeschlossen hatte. Der internationale Gedanke gewann während des Krieges so weit Einfluß in dieser Partei, daß sie sich im Jahre 1919 auf den Boden des Bolschewismus stellte und sich der Moskauer Internationale anschloß. Nachdem sich die schottischen Anhänger des Bolschewismus mit ihr vereinigten, verwandelte sie sich im Jahre 1920 in die «Kommunistische Partei». Die nationalistischen Mitglieder traten aus ihr aus und gründeten eine eigene «Nationale Sozialistische Partei».

Die Labour Party trieb Kriegspolitik, ihr Führer Henderson war während des Krieges ins Kabinett eingetreten. Den Grundstock der Partei bilden noch immer Gewerkschaften, doch will sie jetzt Hand- und Kopfarbeiter vereinigen. Den Bolschewismus verwirft die Labour Party, sie tritt für eine Politik der internationalen Verständigung ein.

---

[2]) Diehl Karl, Ueber Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. Seite 292. 4. Auflage. Jena 1922.

Die neuartigste Gedankenrichtung findet man im Gildensozialismus, der sich erst während des Krieges richtig entwickelt hat. Sein Ziel ist «die Beseitigung des Lohnsystems und die Einführung der Selbstverwaltung durch ein in Verbindung mit dem Staate eingerichtetes System von nationalen Gilden»[3]). Hierbei handelt es sich um keine eigentliche neue sozialistische Partei, die Gildensozialisten wollen der englischen Arbeiterbewegung neue Anregungen bieten, den Trade Unions neue Ziele zuweisen. Sie sehen die Hauptaufgabe der Gewerkvereine in der Sorge um die Produktion der Güter. Hand- und Kopfarbeiter vereint sollen in engster Verbindung mit dem Staate die Industrie kontrollieren. An Stelle der beruflichen Gliederung der Trade Unions soll das Industriesystem der neuen Gilden treten. Die Gildensozialisten lehnen aber alle Machtmittel ab, sie glauben, daß es dem Staat gelingen könnte, auf friedliche Weise die Industrien zu übernehmen, in denen dann die vereinigten Hand- und Kopfarbeiter die Leitung ausüben sollten. Im Jahre 1915 ist die «National Gilds-League» gegründet worden. Wenn die Gildensozialisten ihre Ideen auch noch nicht praktisch in größerem Umfange durchführen konnten, so haben sie doch während des Krieges und noch mehr nach dem Kriege die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften stark beeinflußt.

Das neue Gewerkschaftsgesetz von 1927 versetzte den Finanzen der Labour Party einen gefährlichen Schlag. Er wird aber aufgewogen durch den neuesten Beschluß einer Arbeitsgemeinschaft der englischen Genossenschaften mit der Arbeiterpartei, die sich im Wahlkampfe auswirken wird. Da die Genossenschaften, die rund fünf Millionen Mitglieder zählen, der Parteikasse Beiträge zahlen wollen, bedeutet diese Arbeitsgemeinschaft eine Stärkung der Labour Party.

Die englische Labour Party, die kürzlich erst dem

---

[3]) Diehl Karl, a. a. O., Seite 413.

Bolschewismus eine Absage erteilt hat, befindet sich zurzeit in einem Zustande starker Gärung; die neuen Maßnahmen der Regierung, insbesondere der Versuch, den Einfluß des Oberhauses zu verstärken und die gesetzgeberische Bekämpfung der Gewerkschaften, haben sie in Erregung versetzt. Es gibt jetzt Mißtrauische, die daran zweifeln, daß sie mit den Mitteln der Demokratie in der bürgerlichen Welt den Kampf bestehen werden können[4]).

2. Frankreich.

In Frankreich traten frühzeitiger als in England sozialistische Theoretiker auf. Vor der großen Revolution finden wir aber nichts, was auf die Bildung einer politischen Arbeiterpartei schließen ließe. Frankreich hatte damals keine Großindustrie und keinen eigentlichen Lohnarbeiterstand. Diese beiden Faktoren bildeten sich erst nach der großen Revolution aus. Die Utopisten und Staatssozialisten, Saint-Simon, Fourier, Considérant, Louis Blanc u. a. verhalfen der sozialistischen Theorie zu großen Fortschritten, deren Verbreitung im Verein mit der Blindheit der Regierung Arbeiterfragen gegenüber das französische Proletariat zur sozialistischen Februar-Revolution von 1848 führte. Diese brachte der Arbeiterschaft das «Recht auf Arbeit», «die erste unbeholfene Formel, worin sich die revolutionären Ansprüche des Proletariats zusammenfassen» (Karl Marx). Die vielen in Frankreich herrschenden sozialistischen Strömungen verhinderten jedoch jegliche Einigung. Vor allen Dingen war diese Revolution keine reine Arbeiterbewegung, man kannte noch nicht den Klassenkampf, die Staatssozialisten sahen eine buntgewürfelte Menge von Arbeitern, Kleinbürgern, Angehörigen aller Stände um sich geschart. Es gab Gruppen und Grüppchen, nur keine Einigkeit des Proletariats. Karl Marx stand naturgemäß dieser Revolution, die keinen reinen proletarischen Charak-

---

[4]) Vergl. hierzu Koch Erich, Reise nach Cambridge. Liberalismus und Arbeiterpartei. Berliner Tageblatt Nr. 448, vom 22. Sept. 1927.

ter hatte, ablehnend gegenüber. Diese Teilung in einzelne von geschickten Führern geleitete Gruppen, die meist nach den Führern benannt wurden, und das Fehlen einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei ist ein besonderes Kennzeichen für den Sozialismus in Frankreich geblieben. Die Juni-Revolution vernichtete alle sozialistischen Hoffnungen und Bestrebungen des Proletariats. Eine erneute sozialrevolutionäre Bewegung der sozialistischen Partei war erst der Kommuneaufstand von 1870/71. Doch auch jetzt noch fehlte allen sozialistischen Parteien die einheitliche Idee, die Organisation, das festumrissene Endziel. Die Kommune, in der die Marxisten sehr schwach vertreten waren, war keine einheitliche Regierung mit festem Programm; ihre Mitglieder gehörten den verschiedensten Parteirichtungen an. Die Erlasse der Kommune zeichneten sich durch einen gemäßigten Ton aus, alle Maßnahmen nahmen Rücksicht auf den Kleinbürgerstand. Der Respekt vor dem Privateigentum wurde nicht erschüttert, was bezüglich des Schutzes der Bank von Frankreich die Mißbilligung der Marxisten hervorrief.

Die Anhänger von Karl Marx verloren sehr bald jeglichen Einfluß auf die französische Arbeiterbewegung, den sie erst auf dem Marseiller Kongreß im Jahre 1879 wiedergewannen. Dieser unter der Aegide des Marxismus stehende Kongreß beschloß die politische Organisation der Arbeiter als Klasse, er gründete den «Parti ouvrier» Dessen Programm, das jegliches Kompromiß mit anderen Parteien und Klassen ablehnte, kam im folgenden Jahre unter Mitwirkung von Marx zustande. Doch der «Parti ouvrier» war keine einheitliche politische Vertretung des französischen Proletariats. Auf dem bei der Gewerkschaftsbewegung bereits geschilderten Kongreß zu Havre kam es zum ersten Bruch, zu getrennten Tagungen einerseits von Marxisten, andererseits ihrer Gegner. Inzwischen schieden die Anarchisten infolge ihres Gegensatzes zum Marxismus aus dem «Parti ouvrier», der ihnen zu reaktionär war, aus. Die gemäßigten Elemente, denen der Marxismus

zu radikal war, und die sich in der «Alliance socialiste républicaine» vereinigten, beschlossen bald die rein gewerkschaftliche Tätigkeit; die Alliance hörte auf als politische Partei zu existieren.

Neben diesen Richtungen stand in Opposition zum «Parti ouvrier» die in London von Blanquisten gegründete «La Commune révolutionnaire», die für ein gewaltsames revolutionäres Eintreten plädierte. Im Jahre 1881 begründeten die Blanquisten, diese unversöhnlichen Revolutionäre, in Paris ihre Partei, das «Comité révolutionnaire central», dessen Name 1898 in «Parti socialiste révolutionnaire» umgewandelt wurde. Nach dem Tode Blanquis wurde aus dieser einseitig politisch-revolutionären Partei eine mehr ökonomisch-revolutionäre. Sie näherte sich allmählich dem Marxismus, bekämpfte ihn nicht mehr und bewahrte ihm gegenüber Neutralität. Dieser neue Blanquismus schied streng die politische Partei von den Gewerkschaften: er forderte von den Gewerkschaften eine ausschließlich wirtschaftliche, von den politischen Parteien eine rein politische Tätigkeit.

Aber auch in dem «Parti ouvrier» selbst traten Uneinigkeiten ein, es erhob sich eine Gruppe seiner Mitglieder gegen die streng zentrale absolutistische Parteigestaltung, gegen das Parteiprogramm. Diese Gruppe, die Possibilisten, brachte es auf dem Kongreß zu Saint-Etienne im Jahre 1882 zum offenen Bruch. Die Marxisten unter Führung von Guesde verließen den Kongreß und hielten in Roanne einen Gegenkongreß ab. Die Possibilisten nannten ihre neue Partei zunächst «Parti ouvrier socialiste révolutionnaire», auf dem Pariser Kongreß im Jahre 1883 änderten sie den Namen ihrer Partei in «Fédération des travailleurs socialistes de France». Diese Partei hielt am Programm der Internationale fest, überließ aber den einzelnen Wahlkreisen eine eigene Ausgestaltung des Programms.

Doch auch die Possibilisten waren untereinander nicht einig, es kam auch in dieser Partei zur Spaltung, auf Grund der Gegensätze zwischen Brousse und Allemanne,

zwei Führern der Partei. Allemanne warf Brousse vor, daß die Possibilisten zu wenig Arbeiterpartei seien. Der Kongreß zu Chatellerault brachte die Spaltung im Lager der Possibilisten. Allemanne wurde von der Partei ausgeschlossen und gründete mit seinen Anhängern die «Parti ouvrier socialiste révolutionnaire». Der Friede unter den Allemannisten war aber auch nicht von langer Dauer, schon im Jahre 1897 schied eine Gruppe aus und vereinigte sich mit den Blanquisten zur «Alliance communiste révolutionnaire».

Hiermit jedoch ist die Zersplitterung der sozialistischen Parteien Frankreichs noch nicht zu Ende. Zu diesen Gruppen trat noch die der unabhängigen Sozialisten, die wohl den Sozialismus vertreten, sich aber keinem bestimmten Parteiprogramm unterwerfen wollten.

Allmählich machten sich in allen diesen sozialistischen Gruppen und Grüppchen Einigungsbestrebungen bemerkbar. Im Jahre 1893 schloß sich der größere Teil der sozialistischen Abgeordneten in der Kammer zum «Groupe socialiste» zusammen, ohne aber eine einheitliche parlamentarische Fraktion zu bilden, ohne rein sozialistisch zu sein, da sich ihr auch nichtsozialistische Abgeordnete anschlossen. Im Jahre 1896 entwickelte der unabhängige Sozialist Millerand, der durch seinen Regierungsbeitritt die größte Streitfrage für die französischen Sozialisten später aufwerfen sollte, sein «Programme de St. Mandé», das alle Sozialisten zu einer Partei vereinigen sollte, in welchem er sämtliche sozialistischen Gedanken verband. Zu einer Einigung gelangte man aber noch nicht.

Während der Dreifuß-Affäre kam es zu einer rein äußerlichen Vereinigung der Sozialisten im «Comité de vigilance», das bald durch das «Comité d'entente socialiste» ersetzt wurde. Außer den in dieser Vereinigung vertretenen Blanquisten, Guesdisten, Allemannisten, Broussisten und den Unabhängigen konnten in sie auch die Syndikate und Genossenschaften aufgenommen werden, die sich auf die «internationale Verständigung der Arbeiter, politische und

ökonomische Organisation der Arbeiter als Klassenpartei zur Eroberung der Macht und Sozialisierung der Produktions- und Tauschmittel»[5]) verpflichteten. Die erste Frage, die von diesem Einigungskomitee entschieden wurde, war die, daß kein Sozialist in ein bürgerliches Ministerium eintreten dürfe. Diese Entscheidung wurde zum Zankapfel der sozialistischen Parteien. Schon nach einigen Wochen, als Millerand als erster Sozialist einer bürgerlichen Regierung beitrat, brachen dieser Frage wegen Zwistigkeiten aus. Der 3. nationale Kongreß in Lyon im Jahre 1901 brachte dieser Ministerfrage wegen die Trennung der sozialistischen Parteien. Die Blanquisten, die Mitglieder der «Alliance communiste» und einige autonome Föderationen verließen den Kongreß und vereinigten sich mit den diesem Kongreß ferngebliebenen Guesdisten zum Gegenkongreß. Die Anhänger der ersten Entscheidung in der Ministerfrage, die «Parti ouvrier français» (Guesdisten), die «Parti socialiste révolutionnaire» (Blanquisten) und die «Alliance communiste» (Failletisten) sowie einige autonome Föderationen schlossen sich nunmehr zu der «Parti socialiste de France» zusammen, die die radikalere Richtung bildete. Ihre Gegner in der Ministerfrage, die «Fédération de travailleurs socialistes» (Broussisten), der «Parti ouvrier socialiste révolutionnaire» (Allemannisten), die Unabhängigen und einige autonome Föderationen bildeten den «Parti socialiste français». Nunmehr stellte jede dieser beiden Parteien ihr eigenes Programm auf. Der «Parti socialiste de France» formulierte sein Programm, das die marxistischen Grundgedanken enthielt, im Jahre 1901 in Ivry. Im folgenden Jahre wurde in Tours das Programm des «Parti socialiste français», welches einen staatspolitischen, sozialreformerischen, opportunistischen Charakter aufwies, angenommen. Zur Einigung dieser beiden sozialistischen Parteien kam es auf Anregung des im Jahre 1904 in Amsterdam abgehal-

[5]) Diehl Karl, a. a. O. Seite 228.

tenen internationalen Sozialisten-Kongresses im Jahre 1905. Diese neue geeinigte Partei, der sog. «Parti unifié», die eine Klassenpartei sein sollte im Kampfe gegen die Bourgeoisie, nannte sich «Parti socialiste, section française de l'internationale ouvrière». Die Geschäftsführung erledigte ein «Conseil national». Doch schon bei der Begründung dieser geeinigten Partei zeigte sich die Uneinigkeit der französischen Sozialisten; denn eine Anzahl Mitglieder schied aus dem «Parti unifié» aus und bildete die Gruppe der unabhängigen Sozialisten, die Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien erstrebte.

Neue Zerissenheit in die sozialistische Arbeiterbewegung brachte der revolutionäre Syndikalismus, den Diehl «reiner Arbeitersozialismus»[6]) nennt. Diese Bewegung knüpft an die Gewerkvereine und Arbeiterbörsen an, sie hält sich an keine Parteidoktrin, sie ist mehr eine Form von gewerkschaftlicher Taktik, die in Opposition zu jeder politisch-parlamentarischen Betätigung steht. Jegliches Kompromiß ablehnend, fordert diese Bewegung die «action directe» der Arbeiter selbst, den Umweg über die Politik vermeidend. Sie will gar nicht eine sozialistische Bewegung sein, das würde an Parteischablonen erinnern, sie will eine freie ungebundene proletarische Bewegung sein, sie will unabhängig von jeder politischen Partei ihre eigene und zwar revolutionäre Politik treiben. Fortdauernd soll nach dem Prinzip der Syndikalisten die Staatsgewalt und die Unternehmerschaft durch Boykott, Sabotage, passive Resistenz und Streiks belästigt werden. Um einen wirklichen Generalstreik durchzuführen, der die Bourgeoisie vernichten könnte, soll der Wächter der bürgerlichen Ordnung, das Militär, durch antimilitaristische Propaganda zersetzt werden. Somit kann man im Syndikalismus Anklänge an alle sozialistischen Parteidoktrinen, selbst an den Anarchismus finden. Eingruppieren läßt sich aber diese Bewegung in keine der Parteien; sie ist selbständig.

---

[6]) Diehl Karl, a. a. O. Seite 232.

Der Weltkrieg einigte zunächst alle sozialistischen Parteien Frankreichs. Doch schon während des Krieges trat eine Minderheit auf, welche seine Beendigung forderte. Die eigentliche Spaltung vollzog sich im Jahre 1920 infolge der Stellungnahme zum Bolschewismus. Die einige Partei teilte sich. Nunmehr gab es eine kommunistische Partei, die sich bedingungslos Moskau anschloß, und eine sozialistische Partei, die die Minderheit bildete.

3. Deutschland.

Die politische Betätigung der Arbeiter Deutschlands geht auf Lassalle zurück. Er versuchte das Proletariat «klassenbewußt» zu machen und zu organisieren. Den sozialistischen Vorgängern Lassalles, auch wenn sie Agitatoren waren, fehlte bei der Unentwickeltheit der Industrie die breite Masse der Arbeiter. Seine Ideen aber eroberten sich den größten Einfluß auf den Gang der sozialistischen Arbeiterbewegung. Lassalle war nur eine kurze Agitationstätigkeit für den Sozialismus beschieden. Nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1863 starb er im Jahre 1864.

Der marxistischen internationalen Revolution stellte Lassalle eine streng national-deutsche entgegen. Und während Marx stets an seinem materialistischen, antistaatlichen und revolutionären Programm festhielt, vertrat Lassalle in seiner Agitation den idealistischen, staatssozialistischen, sozialreformerischen Standpunkt. Nur in der Erringung der politischen Macht durch eine Arbeiterpartei nach der Erlangung des allgemeinen und gerechten Wahlrechts könne das Proletariat seine Interessen befriedigen. Aus der klassischen Theorie übernahm Lassalle das Lohngesetz, «das eherne ökonomische Gesetz ..., daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen

der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben zu erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können...» Dieses Gesetz hindere die Schulze-Delitzschen Assoziationen wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zu werden. Nur die Produktivgenossenschaft, die Staatskredite erhalten sollte, könne dieses Ziel erreichen. Lassalle erhoffte bis zuletzt ein Entgegenkommen des Staates in der Gewährung des Kredits für die Produktivassoziationen und in der Verleihung des allgemeinen direkten Wahlrechts. Seine Hoffnungen erfüllten sich nicht, selbst der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein brachte ihm Enttäuschungen. Statt der erwarteten Massen traten diesem nur einige Tausend bei; er zählte beim Tode Lassalles 4610 Mitglieder.

Gleichzeitig mit dem Lassalleschen Arbeiterverein wurde in Leipzig der liberal-fortschrittliche Verband deutscher Arbeitervereine gegründet, der vom Mitgliede der Internationalen Arbeiterassoziation August Bebel ins marxistische Fahrwasser gelenkt wurde. Im Jahre 1869 konstituierte sich der Verband mit einigen ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zur «Sozialdemokratischen Arbeiterpartei». Somit gab es zwei deutsche sozialistische Arbeitervereinigungen. Der marxistischen Partei gelang es bald nicht nur den Lassalleschen Arbeiterverein in sich aufzunehmen und die Ideen Lassalles durch die materialistische Geschichtsauffassung zu verdrängen, sondern auch die deutsche Arbeiterbewegung mit dem Marxismus derart zu durchsetzen, daß heute noch in der deutschen sozialdemokratischen Partei die Lehren Marx' am reinsten erhalten geblieben sind.

Im Jahre 1875 kam es in Gotha zur Vereinigung beider sozialistischen Richtungen in der «Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands». Die in diesem Kompromißprogramm, welches Engels «im höchsten Grad unordenbtlich, konfus, unzusammenhängend, unlogisch und blamabel» nannte, aufgenommenen Sätze über das eherne Lohngesetz und die

Produktivgenossenschaften waren noch der letzte Rest der Ideen Lassalles.

Das Sozialistengesetz sollte die aufstrebende Sozialdemokratie, die 1877 bereits 12 Mandate im Reichstage inne hatte, vernichten Ständige geheime Agitationen, sogen. «Minierarbeit», ließen die Partei nicht untergehen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gestaltete die Sozialdemokratie ihr Programm um. Dieses Erfurter Programm der «Sozialdemokratischen Partei Deutschlands» vom Jahre 1891, das bis 1921 galt, ist rein marxistisch. In ihm sind die drei wichtigsten Lehren Marx' (Konzentrations-, Verelendungs- und Krisentheorie) enthalten, die vom geistigen Urheber desselben, Karl Kautsky, streng dogmatisch nach dem Kommunistischen Manifest entwickelt wurden. Kautsky sah keine soziale Veränderung im Zeitraum von 1848 bis 1891, er hielt sich streng an die von Marx gegebenen Theorien.

Einigen Sozialdemokraten erschienen die marxistischen Dogmen veraltet, und sie begannen an ihnen Kritik zu üben. Diese Oppositionsströmung im sozialdemokratischen Lager ist unter der Bezeichnung «Revisionismus» bekannt. Den Namen erhielt die Bewegung durch eine Schrift des Sozialdemokraten Alfred Nossig, die er unter dem Titel «Die Revision des Sozialismus» veröffentlichte. Der Hauptrepräsentant dieser Richtung ist Eduard Bernstein, der in allen seinen Schriften sich für die Revision der Grundlagen der marxistischen sozialistischen Idee einsetzt. Einer Sammlung von Vorlesungen[7]) setzte er folgendes seine Einstellung bezeichnende Motto voraus: «Es hat nichts auf sich, wenn die Erinnerung, die mit Vorliebe das festhält, was erfreute, uns die Vergangenheit schöner erscheinen läßt, als sie war, und es ist nur berechtigt, wenn unser Wollen und Wünschen uns durch den Ausblick auf eine Zukunft, wie sie sein kann, zum Kampf für sie begeistert. Die Gegenwart will aber erkannt sein, wie sie ist». Vor

[7]) Bernstein Eduard, Der Sozialismus einst und jetzt. 2. Auflage. Berlin 1923.

allem versucht der Ideologe Bernstein den Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung zu mildern, neben den ökonomischen weist er auf politische und ideologische Faktoren hin. Die Marxsche Werttheorie faßt Bernstein als eine gedankliche Konstruktion auf, er läßt sie aber nur in Verbindung mit der Grenznutzentheorie gelten. Gleichfalls wendet er sich gegen die marxistischen Konzentrations-, Krisen- und Verelendungstheorien. Im Gegensatz zum internationalen Marxismus will er die nationalen Eigentümlichkeiten jedes Landes berücksichtigen. Da Bernstein an einen baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus nicht glaubt, setzt er sich für den demokratischen Staat und die Sozialreform, in denen er die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie sieht, ein.

Trotzdem der Revisionismus sich schnell ausbreitete, gelang es ihm zunächst nicht, das Parteiprogramm zu ändern. Die Vertreter des orthodoxen Marxismus blieben in der Majorität.

Während des letzten Weltkrieges stellte sich ein neben dem international-pazifistischen Revisionismus als neue Richtung in der Sozialdemokratie der sogenannte Neu-Marxismus oder Kriegsmarxismus, der besonderen Wert auf die nationale Staatsauffassung legte. Der Krieg und die Revolution zerrissen die Einheitlichkeit der deutschen sozialdemokratischen Partei. Die erste Spaltung trat anläßlich der Abstimmung über die Kriegskredite im Reichstag ein, die eine Minderheit von Sozialdemokraten verweigerte. In der Folge gründeten 19 Vertreter der Opposition in der Sozialdemokratie eine neue Fraktion, die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, der sich auch Bernstein anschloß. In ihr gab es eine Gruppe, die der Internationale angehörte. Diese war auf der Zimmerwalder internationalen sozialistischen Konferenz im Jahre 1915 vertreten und gründete bald eine eigene Organisation, die sich «Internationale Sozialisten Deutschlands» nannte. Das Leitmotiv dieser Vereinigung war der internationale Klassenkampf gegen den Krieg für das internationale Vaterland des Proletariats. Die sozialdemokratische Partei versuchte auf

ihrer Reichskonferenz im Jahre 1916, um die Einheit der Partei zu wahren, eine Einigung mit der Opposition herbeizuführen. Die Bemühungen der Partei waren jedoch vergeblich; im folgenden Jahre kam es unter Leitung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu einer Reichskonferenz der Opposition. Außer der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die eigentlich den Anschluß an der alten Partei aufrecht erhalten wollte, und den «Internationalen Sozialisten» war auch die Spartakusgruppe, die offen die Spaltung der Partei herbeiführen wollte, vertreten. Im Jahre 1917 folgte der Fraktionsspaltung die Parteispaltung. Die Opposition gründete auf ihrer Gothaer Konferenz die «Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands» (U. S. P. D.), welcher auch die extreme linke Spartakusgruppe trotz grundsätzlich anderer Anschauungen beitrat.

Die «Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands» stellte den revolutionären Charakter des Marxismus in den Vordergrund, sie verwarf die Evolutionsideen und die sozialreformerische Taktik der Reformisten und Neu-Marxisten. Ihr war der Internationalismus des Proletariats die Hauptsache, während die alte Partei, die Mehrheitssozialisten, für die Landesverteidigung eintraten. Beeinflußt wurde das Programm dieser neuen Partei vom Bolschewismus. Sie trat für die sofortige Sozialisierung, für das Rätesystem und für die Diktatur des Proletariats ein. Doch verwarf sie im Gegensatz zum Bolschewismus den Terror und billigte die Mithilfe der Parlamente.

Die Mehrheitssozialisten bekannten sich seit ihrem Würzburger Parteitag im Jahre 1917 zum Revisionismus und ergänzten dementsprechend das Erfurter Programm.

Obgleich die «Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands» der treibende Faktor der deutschen Revolution war, und sie gemeinsam mit den Mehrheitssozialisten die Regierungsgewalt übernahm, trat sie doch infolge der Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Durchführung der revolutionären Politik nach nicht vollen zwei Monaten gemeinsamer Ausübung der Staatsgewalt aus der Regierung aus.

Die Spartakusgruppe schied im Dezember 1918 aus der «Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands», da die Führer der U. S. P. D. sich zur Demokratie bekannten und für die Nationalversammlung eintraten. Sie bildete eine selbständige «Kommunistische Partei Deutschlands» (Spartakusbund), die sich vollständig den bolschewistischen Ideen anschloß, für die Diktatur des Proletariats, das Rätesystem und die Abschaffung des Parlamentarismus eintrat.

Die Moskauer bolschewistische dritte Internationale brachte die Spaltung der «Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands», in der die Majorität für die Unterwerfung unter die Moskauer Bedingungen war, zustande. Dieser die Mehrheit bildende linke Flügel der U. S. P. D. schied aus der Partei aus und gründete im Jahre 1920 in Berlin gemeinsam mit dem Spartakusbund die «Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands» (V. K. P. D.). Vorher war es aber in der «Kommunistischen Partei Deutschlands» (Spartakusbund) zur Spaltung gekommen. Im Gegensatz zur Parteiauffassung, die den Parlamentarismus unter Umständen als taktisches Mittel zuläßt, trat im Spartakusbunde eine Richtung gegen jegliche parlamentarische Betätigung auf. Die Angehörigen dieser Richtung gründeten im Jahre 1920 die «Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands» (K. A. P. D.).

Außer diesen sozialistischen Richtungen ist auch in Deutschland der revolutionäre Syndikalismus entstanden. Die Syndikalisten vereinigen sich in der «Freien Arbeiterunion Deutschlands». In ihren Ideen und in ihrer Taktik gleichen sie den französischen Syndikalisten, ohne die Bedeutung ihrer französischen Genossen erreicht zu haben.

Das Jahr 1921 brachte die Einigung der beiden sozialistischen Parteien Deutschlands durch das Görlitzer Programm. Die radikalen Mitglieder der U. S. P. D. schwenkten zu den Kommunisten hinüber.

Die deutsche Revolution hatte ein Anschwellen der Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Partei zur Folge. Die Meinungsverschiedenheiten ließen die Partei zersplit-

tern. Die seit 1921 mit Ausnahme der Kommunisten wieder vereinigte sozialdemokratische Partei ist vom revolutionären Standpunkt zum reformistischen übergegangen. Es war ihr nicht möglich, den Sozialismus zu verwirklichen, die Sozialisierungsbestrebungen schlugen fehl.

4. Die Internationale.

«Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» Mit diesen Worten beschließen Karl Marx und Friedrich Engels das Manifest der kommunistischen Partei im Jahre 1848. An der Internationalität der Arbeiterbewegung hat Marx stets festgehalten.

Doch der erste Versuch einer internationalen Vereinigung des Proletariats, der von Marx ins Leben gerufene Bund der Kommunisten, zeitigte wenig praktische Erfolge und löste sich schon Ende der 50er Jahre wieder auf.

Erst bei der Londoner Weltausstellung im Jahre 1862 bot sich für die englischen und kontinentalen Arbeiter wieder eine Gelegenheit zu gemeinsamer Beratung. Am 28. September 1864 wurde in London unter geistiger Leitung von Karl Marx, trotz der Verschiedenheit der sie gründenden Elemente (Gewerkschaftler, Sozialisten und Anarchisten), die Internationale Arbeiterassoziation gegründet. Durch diese Assoziation wollte Marx «den naturnotwendigen einheitlichen Geist in die internationale Arbeiterbewegung hineintragen»[8]). Die Statuten dieser Vereinigung wurden von Marx ausgearbeitet und im Jahre 1866 in Genf angenommen. Die Gegensätze der Mitglieder aber traten schroff zutage. Die englischen Gewerkschaften waren gegen den marxistischen revolutionären Klassenkampf, die französischen Proudhonisten lehnten die autoritären Anschauungen Marx' ab, sie sahen in der Internationale mehr eine Studiengesellschaft, nicht aber ein Organ für den Klassenkampf. Im Jahre 1872 mußten, in-

[8]) Weber Adolf, a. a O. Seite 155.

folge der Unmöglichkeit der Zusammenarbeit mit ihnen, die Anarchisten unter Führung von Bakunin ausgeschlossen werden. Nachdem immer mehr Gruppen und Nationen die Internationale freiwillig verließen oder ausgeschlossen worden waren, verblieben in ihr bis zuletzt nur noch die Sozialisten Englands, Deutschlands und Amerikas. 1876 erfolgte in Philadelphia die Auflösung der Internationalen Arbeiterassoziation, die nur eine Lebensdauer von zwölf Jahren erreichte, und den unversöhnlichen Gegensätzen zwischen Marxismus und Anarchismus zum Opfer gefallen war.

Die erste Internationale hatte aber nicht unnütz bestanden, die Sozialisten hatten aus ihr gelernt. Man sah ein, daß für das Bestehen eines zentralistischen Organs für die gesamte Arbeiterbewegung das Proletariat noch nicht reif genug war; daher fanden nur Zusammenkünfte der Vertreter der sozialistischen Parteien verschiedener Länder statt. Inzwischen erstarkte in den Arbeitermassen der Sozialismus.

Der erste größere internationale Sozialistenkongreß, der im Jahre 1889 in Paris stattfand, wurde zum Geburtstag der zweiten Internationale. Der Beschluß aber, daß nur solche Gewerkschaften und sozialistische Parteien aufgenommen werden dürften, die die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen und der politischen Aktion anerkennen, konnte von der zweiten Internationale weder die zum Anarchismus neigenden französischen noch die sog. politischen englischen Gewerkschaften fernhalten. Die Streitigkeiten der auf sozialistischem Boden stehenden Organisationen jedes einzelnen Landes unter sich, die Gegensätze zwischen den Marxisten und allen den verschiedenen sozialistischen Gruppen verhinderten eine ersprießliche Zusammenarbeit. Somit konnten überhaupt nur Kompromisse oder gar keine Beschlüsse in sozialistischen Prinzipienfragen gefaßt werden. Der Amsterdamer Kongreß von 1904 trat für die Einheit der sozialistischen Partei ein und lehnte schroff den Revisionismus ab. Dagegen konnte man bezüglich der Produktivgenossenschaften und in der für die fran-

zösischen Sozialisten so überaus wichtigen «Ministerfrage» im Jahre 1900 in Paris zu keinem Beschluß kommen, man überließ es den einzelnen Ländern in diesen «Einzelfragen» selbst zu entscheiden. Internationale Sozialistenkongresse fanden alle drei bis vier Jahre statt. Da sie nur politische Fragen behandelten, genügten sie keineswegs der Arbeiterbewegung und ersetzten nicht die internationalen Gewerkschaftskonferenzen.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde, um die internationalen Beziehungen neben den Kongressen ständig wahrnehmen zu können, in Brüssel ein internationales sozialistisches Bureau errichtet. Seit 1904 steht diesem Bureau eine interparlamentarische Kommission zur Seite, um die Interessen des internationalen Proletariats durch einheitliche Kundgebungen in den Landesparlamenten zu fördern.

Trotz allen gegensätzlichen Richtungen, heftigen Meinungsverschiedenheiten hat die Internationale doch stets die äußerliche Einigkeit gewahrt. Erst der Weltkrieg hat auch auf die zweite Internationale zersetzend gewirkt.

Im Jahre 1919 wurde von den Kommunisten, den Bolschewiki und ihren Anhängern in Moskau die dritte Internationale begründet, die sich für die Diktatur des Proletariats einsetzt. Sie will nur konsequente Kommunisten vereinigen, daher werden in ihr nur kommunistische Parteien aufgenommen. Die Aufnahmebedingungen zur dritten Internationale weisen 21 Punkte auf, die als Programm gelten können.

Doch nicht genug mit den zwei bestehenden Internationalen. Die ehemaligen Mitglieder der zweiten Internationale, die von der 3. Internationale ausgeschlossen oder überhaupt nicht aufgenommen wurden, zu ihrer früheren Vereinigung aber nicht zurückkehren wollten, schlossen sich im Jahre 1920 zur 2½. Internationale zusammen. Diese will zwischen den beiden anderen stehen, sie glaubt nicht an den sofortigen Sieg der Revolution, aber auch nicht, daß eine reformistische Politik die sozialistische Revolution ersetzen könne.

Viertes Kapitel.

Schlußbetrachtung.

Genossenschaft, Gewerkschaft und sozialdemokratische Partei sind die drei großen Formen der modernen Arbeiterbewegung. Der belgische Standpunkt, daß die Gewerkschaft nur ein Appendix, der Konsumverein nur die «Melkkuh» der sozialistischen Partei sei, ist eine Ausnahme. In der englischen Arbeiterbewegung herrscht zwischen den einzelnen Formen mehr oder weniger ein Burgfrieden, um die Arbeiterpartei nicht zu schwächen. Anders ist es in den anderen Ländern.

Der Lausanner Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1867 trat für die Errichtung von Produktivgenossenschaften ein, empfahl sogar den Gewerkschaften diese zu finanzieren. Wir sahen bereits, daß in ihrer Entwicklung die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei sich von der Idee der Produktivgenossenschaften, wie sie sich Lassalle dachte, losmachte, so daß das Erfurter Programm von 1891 die Produktivgenossenschaften gar nicht mehr erwähnt. Auf dem Berliner Parteitag des Jahres 1892 drückte die Resolution Auer eine direkte Absage an die Produktivgenossenschaften aus. In Frankreich hatte bereits der dritte Arbeiterkongreß im Jahre 1879 in Marseille erklärt, daß die Genossenschaft in keiner Weise als ausreichendes Mittel zur Emanzipation des Proletariats angesehen werden könne. Wir sahen ferner bereits, wie innerhalb der Genossenschaftsbewegung die Idee der Produktivgenossenschaft, mit der die französische Arbeiterschaft sympathisierte, dem in Großbritannien geschaffenen Konsumverein unterlag.

Der immer zahlreicher werdende Beitritt von Arbeitern

zum Konsumverein schuf trotz der statutarischen politischen Neutralität in der modernen Konsumvereinsbewegung eine sozialistische Tendenz, so daß diese Arbeiterorganisation sich auch in den Reihen der Sozialdemokratie Freunde gewann. Die Gewerkschaftsführer sahen allmählich in den Konsumgenossenschaften ein wichtiges Teilstück ihrer auf Hebung der Lage der Arbeiterschaft gerichteten Tätigkeit und forderten daher ihre Mitglieder zum Beitritt zu den Konsumvereinen auf. Erst das Jahr 1910 brachte aber die einmütige Erklärung der Sozialisten für die Konsumgenossenschaften auf dem Internationalen Sozialisten-Kongreß in Kopenhagen, dem deutschen Parteitag in Magdeburg und dem außerordentlichen französischen Parteitag in Paris. Der Schutz der sozialistischen Partei ließ die Konsumgenossenschaftsbewegung zu einer Macht in unserem Wirtschaftsleben werden. Da die Arbeiterproduktivgenossenschaft völlig versagt hat, ist die Konsumentengenossenschaft, Konsumverein und Konsumentenproduktivgenossenschaft, als Basis einer auf eine Sozialisierung unserer Wirtschaftsordnung gerichteten Genossenschaftsbewegung zu werten. «All diese Erfolge der Konsumgenossenschaftsbewegung berechtigen aber noch nicht dazu, einer gänzlichen Sozialierung unserer Wirtschaftsordnung auf dem Wege des organisierten Konsums, also einem konsumgenossenschaftlichen Sozialismus das Wort zu reden. Voraussetzung hierzu wäre vielmehr, daß der konsumgenossenschaftliche Betrieb auf sämtlichen Gebieten allen andern Betriebsformen überlegen wäre, und zwar nicht nur hinsichtlich des Handels, sondern auch in bezug auf die Produktion im eigentlichen Sinne. Diese Voraussetzung trifft aber nicht zu. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß die Konsumgenossenschaft, ja die Genossenschaft überhaupt in sehr vielen Fällen versagt und von anderen Wirtschaftsformen in Zuverlässigkeit und Zweckmäßigkeit übertroffen wird[1]).»

---

[1]) Jacob Eduard, a. a. O. Seite 378 ff.

Eine andere Entwicklung nahm das Verhältnis zwischen sozialistischer Partei und Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkvereine, die nicht auf dem Boden der sozialistischen Partei stehen, erfreuen sich natürlich keiner Billigung der Sozialisten. Es soll hier nur das Verhältnis zwischen sozialistischer Partei und sozialistischer Gewerkschaft betrachtet werden. «Das Aufkommen der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland fällt mit dem Beginn der Agitation für die Sozialdemokratie nicht nur zeitlich, sondern vor allem ursächlich zusammen. So wie diese stützt jene sich darauf, daß die Masse des Volkes an den Segnungen der neueren Kulturfortschritte deshalb keinen genügenden Anteil nimmt, weil die Besitzlosen durch den ausschlaggebenden Einfluß des Privatkapitals in der modernen Gesellschaft in immer größere Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel geraten[2]).» Dieses gemeinsame Entstehen, das gemeinsame Ziel führte zunächst aber zu keiner Einigkeit. Die deutschen freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei wurden mit einem zankenden Ehepaar verglichen, «sie können nicht voneinander loskommen, aber sie zanken sich immer weiter»[3]). Die Sozialdemokratie wollte revolutionäre Gewerkschaften züchten, «die Gewerkschaften sollten Rekrutenschulen für die Partei abgeben, und diesem obersten Ziel wurde deren ganze Organisation untergeordnet... Gewerkschaften sollten die Arbeiter nur widerstandsfähiger und dadurch geeigneter für die endgültige Lösung der sozialen Frage machen»[4]). Diese revolutionären Berufsvereine wandten sich aber praktischen Aufgaben zu, ebenso wie die reformistischen Gewerkvereine, z. B. die englischen Trade Unions und die deutschen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. So wurden auch die

---

[2]) Schmöle Joseph, Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlasse des Sozialisten-Gesetzes. I. Teil. Jena 1896. Seite 202.

[3]) Schmoller Gustav, Die soziale Frage. München und Leipzig 1918. Seite 466.

[4]) Herkner Heinrich, a. a. O. I. Teil. Seite 198.

revolutionären deutschen freien Gewerkschaften reformistisch. Unter revolutionärer Gewerkschaft versteht man heute fast ausschließlich den Syndikalismus.

Der Weg für den «dumpfen Schritt der Arbeiterbataillone» (Lassalle) hat erst die sozialistische Partei freigemacht. Die Männer, die sich um Marx geschart hatten, waren «Verfechter des Sozialismus und zugleich Vorkämpfer der Gewerkschaften»[5]). Die enge Anschauung, die Gewerkschaften nur als Vorschulen der Sozialdemokratie zu betrachten, ist auf die Epigonen Lassalles zurückzuführen. Wir sahen bereits, daß von Schweitzer der Gewerkschaftsbewegung die freie Entwicklungsmöglichkeit nehmen wollte, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein der politischen Organisation unterstellte. Die Ansicht Marx': «Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Vereine zusammen gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen; geschieht dies, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben»[6]), hat sich nur spät Bahn gebrochen. Die deutsche Sozialdemokratie hat jedenfalls die Entwicklung der Gewerkschaften keineswegs nach Gebühr gefördert, sie wollte diese Organisation nicht als etwas Selbständiges ansehen. Die Schüler Marx' folgten den Spuren ihres Lehrers, sie sahen es aber auch ein, daß nicht die Gewerkschaftsbewegung allein die Arbeiter zu der von ihnen ersehnten Freiheit führen könne. Um den Befreiungskampf bis zum Siege führen zu können, bedürfe die Gewerkschaftsbewegung als Ergänzung des politischen Kampfes durch die Sozialdemokratie. Diese Ansicht wurde in Deutschland von Bebel, Liebknecht u. a. vertreten. Die Einigung der sozialistischen Partei brachte noch keineswegs die marxistische Einstellung zu den Gewerkschaften. Erst nach dem Fallen des Sozialistengesetzes nahm die Partei auf ihrer Tagung zu Halle eine gewerkschafts-

---

[5]) Braun Adolf, a. a. O. Seite 21.
[6]) Ebenda Seite 23.

freundliche Resolution einstimmig an. Seit diesem Parteitag ergänzen sich in Deutschland Gewerkschaften und politische Arbeiterbewegung.

Nach dem Weltkriege glaubten die freien Gewerkschaften in Deutschland ihre politische Tätigkeit aufnehmen zu müssen. Sie übernahmen die führende Rolle beim Streik zur Abwehr des Kapp-Putsches im Jahre 1920, sie schützten die Einheitlichkeit der deutschen Volkswirtschaft beim Ruhrkampfe im Jahre 1923. Innig verbunden scheinen heute deutsche freie Gewerkschaft und Sozialdemokratie. Ihr Aufgabenkreis kann wie folgt differenziert werden: «Aufgabe der Gewerkschaft ist es, die soziale Struktur der Gesellschaft zu verändern, und Aufgabe der Partei, diese Veränderungen in der Gesetzgebung zur Anerkennung zu bringen. Die Aufgabe der Partei besteht ferner darin, die politische Macht der Arbeiterklasse zu vermehren, und die Gewerkschaften haben die Aufgabe, den sozialen Inhalt der durch die Machtsteigerung der Arbeiterklasse umgebildeten politischen Formen zu verwirklichen[7]).»

Die Sozialdemokratie und die konsumgenossenschaftliche Bewegung haben klarumrissene Ziele vor sich. Anders steht es um die Gewerkschaften. In dieser Bewegung gibt es noch Klippen, an denen die Gewerkvereine zerschellen, die ihre Tätigkeit lähmen können[8]). Eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung ist die religiöse Einstellung, in der Praxis hauptsächlich der Katholizismus. Er schafft Gegenorganisationen, die auf christlichem Boden stehen. Er wünscht keine Vereinigung des Proletariats als Klasse, sein Ideal ist der katholische Arbeiterverein. Die Wirtschaftsfriedlichkeit bringt diese religiösen Arbeiterorganisationen den gelben Verbindungen sehr nahe. Weiterhin gefährdet der Nationalismus die gewerkschaftliche Bewegung, wie man das in nationalgemischten Staaten sieht. Die schlimmste Gefahr ist wohl der Syndikalismus, der die

---

[7]) Seidel Richard, a. a. O. Seite 30.

[8]) Vergl. Herkner Heinrich, a. a. O. Band I, Seite 262 ff.

Gewerkschaften zum Kampf gegen die Ordnung treibt. Er lähmt das gewerkschaftliche Prinzip, an dessen Stelle nach Herkner «eine lediglich gewerkschaftlich maskierte revolutionär-politische, auf Umsturz von Staat und Wirtschaftordnung zielende Bewegung» tritt. Da der Syndikalismus auch die Autorität der Führer bekämpft, setzt er die Arbeiterschaft den größten Gefahren aus. Gefährlich ist ferner auch das Streben, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft als solche in die Politik eingreifen zu lassen. Diese Politik entspricht meist nicht allen Arbeitern; die politischen Gegensätze können den gewerkschaftlichen Zusammenhang sprengen.

Literatur- und Quellenangabe.

Ballod Karl, Der Zukunftsstaat, 2. Auflage. Stuttgart 1919.

Bauer Stephan, Der Weg zum Achtstundentag. Basel 1918.

Bebel August, Aus meinem Leben. I. und II. Teil, 4. Auflage. Stuttgart 1919. III. Teil, herausgegeben von Karl Kautsky. Stuttgart 1914.

Bernstein Eduard, Die Arbeiterbewegung. Frankfurt a. M. 1910.

— Der Streik, sein Wesen und sein Wirken. Frankfurt a. M. 1920.

— Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 2. Auflage. Stuttgart und Berlin 1921.

— Was ist Sozialismus? Berlin 1922.

— Der Sozialismus einst und jetzt, 2. Auflage. Berlin 1923.

Borght R. van der, Grundzüge der Sozialpolitik. Leipzig 1904.

Bötcher Hans, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Jena 1922.

Brauer Theodor, Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften. Jena 1920.

— Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft. Berlin 1921.

— Die moderne Gewerkschaftsbewegung. Duisburg 1922.

— Krisis der Gewerkschaften. Jena 1924.

— Der Gemeinschaft Werden. Düsseldorf-Reisholz 1925.

Braun Adolf, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Nürnberg 1914.

Brentano Lujo, Die Arbeitergilden der Gegenwart. Leipzig 1871/72.

— Ueber das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung. Leipzig 1876.

— Die gewerbliche Arbeiterfrage. Schönebergs Handbuch der politischen Oekonomie. Tübingen 1882.

— Ueber die Ursachen der heutigen sozialen Not. Leipzig 1889.

Bücher Karl, Arbeit und Rhythmus, 2. Auflage. Leipzig 1899.

— Die Sozialisierung. Tübingen 1919.

Calwer Richard, Das sozialdemokratische Programm. Jena 1919.

Citrine Walter M., Die Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens. Deutsch von E. F. Rimensberger. Amsterdam 1926.

Dellessalle Paul, Die zwei Methoden der Gewerkschafts-Bewegung. Brüssel 1910.

Deumer Robert, Das deutsche Genossenschaftswesen. Berlin u. Leipzig 1919.

Diehl Karl, Ueber Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, 4. Auflage. Jena 1922.

— *und Mombert Paul,* Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie:
Band 11/12, Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. Karlsruhe 1920.
Band 14, Sozial-Politik. Karlsruhe 1922.
Band 20, Arbeiter und Maschine. Karlsruhe 1926.

Fehlinger H., Erfolge der Internationalen Arbeitsorganisation. Leipzig 1924.

Girard, Eugène de, Die Gewerbegenossenschaften der Zukunft, Separatabdruck aus dem „Gewerbe". Bern 1898.

Grimm Robert, Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm. Bern 1925.

Güttler Gerhart, Die Englische Arbeiterpartei. Jena 1914.

Heilborn Otto, Die „freien" Gewerkschaften seit 1890. Jena 1907.

Herkner Heinrich, Die Arbeiterfrage, 6. Auflage. Berlin 1916.

Heyde Ludwig, Abriß der Sozialpolitik, 2. Auflage. Leipzig 1922.

Hirsch Max, Die hauptsächlichsten Streitfragen der Arbeiterbewegung. Berlin 1886.

— Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkvereine. Leipzig 1893.

Hirschfeld Paul, Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896 bis 1906. Jena 1908.

Horneffer Ernst, Die große Wunde, Psychologische Betrachtungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit, 2. Auflage. München und Berlin 1923.

Jacob Eduard, Volkswirtschaftliche Theorie der Genossenschaften. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1913.

Jacobi Erwin, Einführung in das Gewerbe- und Arbeitsrecht. Leipzig 1922.

Jaeggi Bernhard, Die schweizerische Genossenschaftsbewegung und ihre Entwicklung. Separatabdruck aus der Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 58. Jahrgang, Heft 2, 1922.

— Richtlinien zur weiteren Entwicklung der Genossenschaftsbewegung.

Jastrow Ignatz, Arbeiterschutz. Textbücher zu Studien über Wirtschaft und Staat, Band 2. Berlin 1912.

Kampffmeyer Paul, Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland. Berlin 1910.

Kaskel Walter, Die sozialpolitische Gesetzgebung, 3. Auflage. Berlin 1921.

Kautsky Karl, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil. Stuttgart 1892.

— Karl Marx' Oekonomische Lehren, 19. Auflage. Stuttgart 1920.

— Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. Berlin 1923.

Kranold Albert, Das Problem des Achtstundentages. Jena 1925.

Kretzen Johannes, Die freien Gewerkschaften in der grossen Krise. Leipzig 1927.

Kulemann W., Die Gewerkschaftsbewegung. Jena 1900.

Lange Friedrich Albert, Die Arbeiterfrage, ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Herausgegeben von Franz Mehring. Berlin 1910.

Lassalle Ferdinand, Offenes Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitercongresses zu Leipzig. Zürich 1863.
— Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch der ökonomische Julian, oder: Capital und Arbeit. Berlin 1864.
Lederer Emil, Die wirtschaftlichen Organisationen. Leipzig und Berlin 1913.
— Einige Gedanken zur Soziologie der Revolution. Leipzig 1918.
Legien Karl, Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. Hamburg 1899.
Levenstein Adolf, Die Arbeiterfrage. München 1912.
Lexis W., Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich. Leipzig 1879.
Liebknecht Wilhelm, Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen. Chemnitz 1894.
Liefmann Robert, Geschichte und Kritik des Sozialismus. Leipzig 1922.
— Die Unternehmungsformen mit Einschluß der Genossenschaften und der Sozialisierung, 3. Auflage. Stuttgart 1923.
Lorenz J., Zur Einführung in die Arbeiterfrage unter besonderer Berücksichtigung schweizerischer Verhältnisse. Zürich 1921.
Louis Paul, Geschichte des Sozialismus in Frankreich. Uebersetzt von Hermann Wendel. Stuttgart 1908.
— Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich (1789—1912). Deutsch von Hedwig Kurucz-Eckstein. Stuttgart 1912.
Mac Donald, J. Ramsay, Sozialismus und Regierung. Uebersetzt von Oskar Petersson. Jena 1912.
Maier Gustav, Soziale Bewegung und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung, 9. Auflage. Leipzig und Berlin 1922.
Manes Alfred, Sozialpolitik in den Friedensverträgen und im Völkerbund. Berlin 1919.
Marr Heinz, Proletarisches Verlangen. Jena 1921.
Marx Karl, Das kommunistische Manifest, 7. Auflage, mit Vorreden von Marx und Engels und einem Vorwort von K. Kautsky. Berlin 1906.
— Das Kapital, 8. Auflage. Hamburg 1919/21.
Mehring Franz, Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, 2. Auflage. Stuttgart 1913.
— Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie, 6. und 7. Auflage. Stuttgart 1919.
Mertens Cornelius, Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien. Amsterdam 1925.
Muckle Friedrich, Die großen Sozialisten. Leipzig und Berlin 1919.
Müller August, Genossenschaftswesen. Teubners Handbuch der Staats- und Wirtschaftskunde, Abteilung 2, Band I, Heft 5. Leipzig und Berlin 1924.
Müller Hans, Die schweizerischen Konsumgenossenschaften. Basel 1896

— Das Prinzip der Genossenschaften und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Gera 1922.
— Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung. Halberstadt 1924.
Nestriepke Siegfried, Gewerkschaftslehre. Stuttgart 1922.
Nobel Alphons, Die Gewerkschaften. Gotha 1925.
Nußbaum Arthur, Das neue deutsche Wirtschaftsrecht, 2. Auflage. Berlin 1922.
Parisius Ludolf und Crüger Hans, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, 8. Auflage. Berlin 1915.
Parvus (Helphand Alex.), Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Olten.
Quessel Ludwig, Der moderne Sozialismus. Berlin 1919.
Reichesberg Naum, Die Arbeiterfrage einst und jetzt. Leipzig 1897.
— Die Entstehung der modernen Verkehrswirtschaft. Bern 1916.
— Entwicklung der volkswirtschaftlichen Anschauungen im Rahmen des modernen Kapitalismus. Zürich 1917.
Riemann Gustav, Vom Wesen, Werden und dem sozialen Wirken des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Hannover 1927.
Sassenbach Johannes, Fünfundzwanzig Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung. Amsterdam 1925.
Schäffle A., Die Quintessenz des Sozialismus, 19. Auflage. Gotha 1919.
Schloesser Robert, Wege zum Wirtschaftsfrieden. Düsseldorf-Reisholz 1924.
— Die Konsumgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen. 2. Auflage. Köln 1926.
— Die berühmten Grundsätze der Rochdaler Pioniere nebst Originalstatuten. Köln 1927.
Schmöle Joseph, Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlasse des Sozialistengesetzes. Jena 1896.
Schmoller Gustav, Ueber einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft. Jena 1875.
— Ueber einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1904.
— Die soziale Frage. München und Leipzig 1918.
Schoellhorn Fritz, Arbeitgeber und Arbeitnehmer: Zeitfragen. Winterthur 1920.
Schwarz Fritz, Der große Irrtum der Sozialdemokratie. Erfurt und Bern 1922.
Seidel Richard, Die Gewerkschaften nach dem Kriege. Berlin 1925.
Sombart Werner, Dennoch! Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Jena 1900.
— Die gewerbliche Arbeiterfrage. Berlin und Leipzig 1912.
— Sozialismus und soziale Bewegung, 9. Auflage. Jena 1920.
— Der moderne Kapitalismus, 4. Auflage. München und Leipzig 1921.
— Der proletarische Sozialismus („Marxismus"). Jena 1924.

Staudinger Franz, Die Konsumgenossenschaft. Leipzig und Berlin 1919.
Thimme Friedrich und Legien Karl, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Leipzig 1915.
Tönnies Ferdinand, Die Entwicklung der sozialen Frage. Berlin und Leipzig 1913.
Totomianz V., Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisationen. Berlin 1914.
— Einführung in das Genossenschaftswesen. Halberstadt 1925.
Ure D. A., Das Fabrikwesen in wissenschaftlicher, moralischer und commercieller Hinsicht. Aus dem Englischen von Dr. Diezmann. Leipzig 1835.
Vandervelde Emile, Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung. Deutsch von Hanna Gernsheimer-Hertz. Stuttgart 1914.
Webb Sidney und Beatrice, Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus. Deutsch von R. Bernstein. Stuttgart 1895.
Weber Adolf, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 3. und 4. Auflage. Tübingen 1921.
Weber Lic., Bestrebungen für das Arbeiterwohl. Gotha 1891.
Weinhold Moritz, Geschichte der Arbeit. Dresden 1869.
Wiese Leopold v., Einführung in die Sozialpolitik. Leipzig 1910.
Wilbrandt Robert, Sozialismus. Jena 1919.
— Konsumgenossenschaften. Stuttgart 1922.
— Die Entwicklungslinie des Sozialismus. Leipzig 1925.
Winschuh Josef, Betriebsrat oder Gewerkschaft? Essen a. d. Ruhr 1922.
Wolf Julius, Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung. Stuttgart 1892.
Zwiedeneck-Südenhorst, Otto v., Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Leipzig 1912.
Zwing Karl, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung. Jena 1925.
— Geschichte der Deutschen Freien Gewerkschaften, 2. Auflage. Jena 1926.

Jahrbücher, Zeitschriften und Zeitungen.

Berliner Tageblatt.
Der Arbeitgeber.
Die Arbeit.
Die Gewerkschaft.
Die Zukunft der Arbeit.
Gewerkschafts-Archiv.
Internationales Arbeits-Jahrbuch.
Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
Jahrbuch des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine E. V.
Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.
Konsumgenossenschaftliche Praxis.
Schweiz. Konsum-Verein.
Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik.
Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.
Vorwärts.
Wirtschaftsdienst.
Zeitschrift für schweiz. Statistik und Volkswirtschaft.

Sonderausgaben anläßlich von Kongressen, Statuten, Jahresberichte, Material auf Grund schriftlicher und mündlicher Umfragen.